

Rieller,
Bankdepotgesetz.



BERLIN
VERLAG VON OTTO LIEBMANN.

II

2086

EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL
BIBLIOTHEK
II 12086

AUS DER BIBLIOTHEK VON

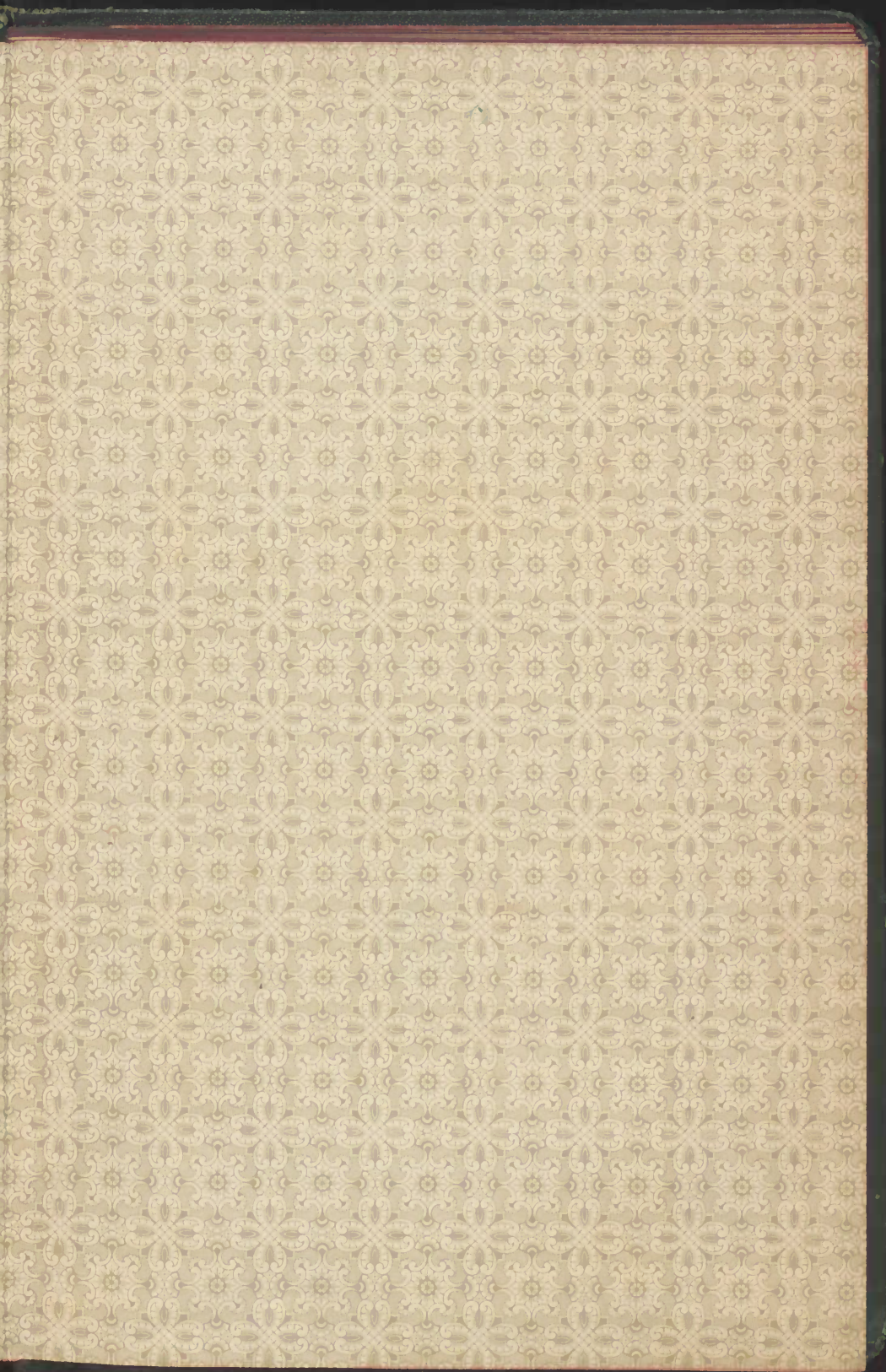
JULIUS
LANDMANN

6. VIII. 1877 — 8. XI. 1931

PROFESSOR DER
STAATSWISSENSCHAFTEN

BASEL 1910—1927

KIEL 1927—1931



18/5/12

2. Apr

Das Bankdepotgesetz

vom 5. Juli 1896.

Aus der Praxis und für die Praxis
insbesondere des Handelsstandes

erläutert

von

Justizrat Dr. Riesser,

Bankdirektor in Berlin.



Berlin 1897.

Verlag von Otto Liebmann,
Buchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaften.
W. Likhovstraße 27.



Alle Rechte, einschließlich des Uebersetzungsrechts, vorbehalten.

Vorwort.

Die vorliegende Abhandlung ist auf der Grundlage eines Vortrags erwachsen, den ich am 25. September 1896 zu Berlin in dem Verein der Bankbeamten, also vor Praktikern, gehalten habe. Dadurch war Form, Inhalt und Ziel der Erörterungen im Großen und Ganzen von vornherein bestimmt. Bei der inzwischen erfolgten näheren Ausarbeitung habe ich jedoch, unter Festhaltung der allgemeinen Anlage der Arbeit, versucht, der letzteren, soweit möglich, zugleich den Charakter eines ausführlichen Kommentars zu geben, welcher über alle praktisch wichtigen Fragen Auskunft geben soll. Ich hoffe, daß die Arbeit, obwohl sie sich zunächst an den Handelsstand wendet, doch, was mir als weiteres Ziel vor- schwebte, auch für Juristen brauchbar und von einigem Werte sein wird.

Es wird wohl, namentlich bei den Letzteren, keiner Entschuldigung bedürfen, daß ich über den Rahmen eines Kommentars insofern hinausgegangen bin, als ich an verschiedenen Stellen auch kritisch die Frage erwogen habe, ob und inwieweit das Gesetz die Ziele, die es erreichen wollte, auch wirklich erreicht hat und auf den eingeschlagenen Wegen erreichen konnte.

Berlin, im Januar 1897.

Dr. Kieffer.

Literatur zum Bankdepotgesetz.

(Chronologisch geordnet.)

- Frankfurter Ztg. vom 26. und 27. Novbr. 1891.
 Goldschmidt, Prof. Dr. L., Börsen und Banken in den Preuss. Jahrbüchern. Dez. 1891.
 Wiener, Senatspräsident Dr., in der „National-Ztg.“ vom 11. und 12. Dez. 1891.
 Nießer, Bankdirektor Dr., Die Anträge betr. die Reform des Börsen- und Bankverkehrs in Nr. 1 von Goldheim's Wochenschr. (jetzt Monatschrift) für Aktienrecht u. vom 2. Jan. 1892.
 Erörterungen des Berliner Aeltestenkollegiums: „Zur Frage des Depots im Fonds- und Effektenverkehr“ in der Korrespondenz der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin d. d. 13. Jan. 1892.
 Dfner, Dr. J. (Wien): „Das irreguläre Depot“ in Goldheim's Monatschrift für Aktienrecht und Bankwesen I. S. 51—54 (6. Febr. 1892).
 Goldschmidt, Rechtsanwalt Dr. Julian, und Lefse, Justizrat, Zur Reform des Bankdepotwesens. Zwei Vorträge, gehalten im Berliner Anwaltverein. Berlin 1892 (Siemenroth & Trotschel).
 Endemann, Dr. A., Das moderne Börsenkommissionsgeschäft im Effektenverkehr. Berlin 1895 (Franz Vahlen).
 Schen, Prof. von, Das Bankdepotgesetz, in Goldheim's Monatschrift für Aktienrecht und Bankwesen. V. Jahrg. Nr. 3. 1896.
 Apt, Dr. Max, Gerichtsassessor, Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister. Berlin 1896 (H. von Deder's Verlag).
 Kunreuther, Dr. H., Rechtsanwalt, Börsengesetz und Bankdepotgesetz mit Anmerkungen und Sachregister. Berlin 1896 (Siemenroth & Trotschel).
 Weber, Prof. Dr. Max, Die Ergebnisse der deutschen Börsenquete in Goldschmidt's Zeitschr. Neue Folge. Bd. 29: III. Das Kommissionsgeschäft. 1. Das Effektenkommissionsgeschäft. S. 29—74.

Während der Drucklegung erschien:

- Zufensky, J., Geh. Regierungsrat, Textausgabe mit Einleitung, Erläuterungen und Sachregister (Nr. 40 der Guttentag'schen Sammlung deutscher Reichsgesetze), aus der namentlich die ausführliche und vortreffliche Einleitung hervorzuheben ist.

Inhaltsverzeichnis.

I. Einleitung.

	Seite
1. Die äußeren Ursachen des Gesetzes	1—2
2. Die inneren Ursachen des Gesetzes	2—4
3. Die Plenar- und Kommissions Beratungen, sowie die Vertretung und Publikation der Vorlage	5—6
4. Die formellen Mängel der Verkündigung des Gesetzes	6—9

II. Erläuterung des Gesetzes.

§ 1.	Reguläres Depot und Verpfändung; Verpflichtungen des Verwahrers und Pfandgläubigers	10—16
	1. Bisher üblich gewesenes Verfahren	11
	2. Objekte des § 1; Begriff der vertretbaren Wertpapiere	12
	3. Fortbestand der sog. Sammel-Depots	12—13
	4. Benutzung der vorhandenen Depotbücher	13
	5. Keine Pflicht zur Uebersendung eines Stückerzeichnisses	13—14
	6. Etwaige Rechte und Pflichten des Verwahrers oder Pfandgläubigers zu Verfügungen und Verwaltungshandlungen	14—15
	7. Verschllossene Depots	15
	8. Rückwirkung des § 1	15
	9. Frist zur Erfüllung der Vorschriften des § 1 Nr. 1 und 2	15—16
§ 2.	Ermächtigung des Verwahrers oder Pfandgläubigers, gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren oder über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen: Irreguläres Depot	16—28
	1. Zweck des § 2	16
	2. Form der Ermächtigungen nach § 2 für den Nichtbankier	16—18
	a. Ausdrücklich	16—18
	b. Schriftlich	18
	c. Für das einzelne Geschäft	18
	3. Form der Ermächtigungen des § 2 für den Bankier	18—19
	4. Zurücknahme der Ermächtigung	19
	5. Spätere Aufsehung der formlosen oder generellen Ermächtigung	19—20

	Seite
6. Rechtsfolgen der gemäß § 2 erteilten Ermächtigungen . . .	20—22
a. Rechtsfolgen der Ermächtigung des Depositar's oder Pfandgläubiger's, gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren . . .	20
b. Rechtsfolgen der Ermächtigung des Depositar's oder Pfandgläubiger's, über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen . . .	20—22
7. Bedenken gegen den zweiten Absatz des § 2	22—28
§ 3. Einkaufskommission	28—40
1. Inhalt des § 3	29
2. Der bisherige Rechtszustand	29—31
a. Der Einkaufskommissionär erwirbt selbst das Eigentum an den angeschafften Papieren	30
b. Das Recht des Kommittenten, die Besitz- (Eigentums-) Uebertragung zu fordern und die Mittel zur Durchführung dieses Rechts	30
c. Die Notwendigkeit und Folge des Besitzübertragungsaktes	30—31
d. Die verschiedenen Formen der Besitz- (Eigentums-) Uebertragung nach gemeinem und preussischem Recht	31
3. Der jetzige Rechtszustand	31—40
a. Die für das Stückeverzeichnis festgesetzte Form und Frist	31—32
b. Unterzeichnung des Stückeverzeichnisses	32—33
c. Wegfall der Verpflichtung zur Uebersendung des Stückeverzeichnisses	33
d. Rechtsfolgen der Uebersendung des Stückeverzeichnisses	33—34
e. Rechtsfolgen der (vorsätzlichen) Nichtübersendung des Stückeverzeichnisses	34
f. Rechtsfolge des Verzichts auf Uebersendung des Stückeverzeichnisses	34—37
g. Etwas engere Bedeutung des Verzichts auf das Stückeverzeichnis	38—40
§ 4. Rechte des Kommittenten für den Fall der Nichtübersendung des Stückeverzeichnisses durch den Einkaufskommissionär	40
§ 5. Kommission zum Umtausch von vertretbaren Wertpapieren oder zur Geltendmachung von Bezugsrechten: Stückeverzeichnis. Zulässigkeit des Verzichts auf die Uebersendung des Stückeverzeichnisses. Form dieses Verzichts	40—41
§ 6. Rechtsfolge der Verletzung des § 5	40—41
§ 7. Spätestes Moment des Eigentumsübergangs an den im Stückeverzeichnis benannten Wertpapieren s. zu § 3	41

§ 8. Pflichten des Lokalbantiers, welcher fremde vertretbare Wertpapiere zum Zweck der Aufbewahrung, der Veräußerung, des Umtausches oder des Bezugs von anderen Wertpapieren, Zins- oder Gewinnanteilscheinen einem Zentralbankier ausantwortet, oder welcher eine ihm erteilte Kommission zur Anschaffung vertretbarer Wertpapiere einem Zentralbankier weitergibt	41—58
1. Zweck des § 8	42
2. Entstehungsgeschichte des § 8	43
3. Rechtsfolgen der Mitteilung nach § 8	44—45
4. Die Wirkungen des § 8 in der Praxis	45
A. Die Uebersendung fremder vertretbarer Wertpapiere zum Zwecke der Aufbewahrung, der Veräußerung, des Umtausches oder des Bezuges anderer Papiere (Zins- oder Gewinnanteilscheine) seitens des Lokalbantiers an den Zentralbankier	45—52
a. Die für den Zentralbankier bei Entgegennahme einer Mitteilung gemäß § 8 entstehenden Gefahren	46—48
b. Die geschäftliche Undurchführbarkeit der Anlegung und Evidenzhaltung von den einzelnen Aufträgen entsprechenden Depot- und Geld-Konten	46—47
c. Die hieraus erwachsenen Beschlüsse der Vereinigung von Berliner Banken und Bankinstituten d. d. 21. Juli 1896	47—48
d. Dispositionsbefugnis des Lokalbantiers über die von ihm dem Zentralbankier als fremde übergebenen Wertpapiere	48—51
e. Das Aussonderungsrecht des Kommittenten in den sub A bezeichneten Fällen des § 8, insbes. im Falle einer Verkaufskommission	51—52
B. Die Weitergabe eines Auftrages zur Anschaffung vertretbarer Wertpapiere an einen Dritten (Weitergabe einer Einkaufskommission)	52—58
a. Die Voraussetzungen der Mitteilungspflicht, daß die Anschaffung für fremde Rechnung erfolge	53
b. Wegfall der Mitteilungspflicht für den als Selbstkontrahent (Verkäufer) eingetretenen Lokalbankier	53—55
c. Mitteilungspflicht auch dem ausländischen Bankier gegenüber	55—56
d. Rechtsfolge der Mitteilung in Bezug auf das Aussonderungsrecht des Kommittenten im Falle der Weitergabe einer Einkaufskommission	56—58

	Seite
§ 9. Strafen im Falle rechtswidriger Verfügung seitens des Kommissionärs oder vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen § 8.	58—60
§ 10. Strafen im Falle der Zahlungseinstellung oder des Konkurses des Kaufmanns, der den Vorschriften des § 1 Ziff. 1 oder 2 oder als Kommissionär denjenigen der §§ 3 oder 5 vorsätzlich zuwidergehandelt hat. . .	58—60
§ 11. Strafen im Falle der Zahlungseinstellung oder des Konkurses des Kaufmanns, der im Bewußtsein seiner Zahlungseinstellung oder Ueberschuldung sich fremde Wertpapiere rechtswidrig zugeeignet hat.	58—60
§ 12. Voraussetzung der Strafbarkeit der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, der Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sowie der Liquidatoren einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft.	60—61
§ 13. Unanwendbarkeit des Gesetzes auf sogen. Minderkaufleute.	61
III. Resultat der Erörterungen.	
Anlagen (Formulare)	64—70
Sachregister.	71—74

Abkürzungen.

- Begr. = Amtliche Begründung des dem Reichstage vorgelegten Gesetzesentwurfs.
 BGB. = Bürgerliches Gesetzbuch.
 HGB. = Handelsgesetzbuch.
 RG. = Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen.
 ROHG. = Entscheidungen des vormaligen Reichsoberhandelsgerichts.

I. Einleitung.

1. Die äußeren Ursachen des Gesetzes.

Der Erlaß eines Bankdepotgesetzes ist infolge einer tief gehenden Erregung, die der im Herbst 1891 erfolgte Zusammenbruch mehrerer Berliner Bankgeschäfte veranlaßt hatte, von vielen Seiten, u. a. auch im Reichstage, gefordert worden. Während bis dahin die Lücken des für das Bankdepotwesen vorhandenen Rechtszustandes nur von einzelnen in ihren Interessen und in ihrem Vermögen Geschädigten empfunden und beklagt wurden, sind damals wie mit einem Schlage die vielfachen Fragen, die in dieser Materie streitig und unklar waren, in den Vordergrund der lebhaftesten Erörterungen weitester Kreise gerückt worden. In Verfolg derselben konnte es nach dem ganzen Zuge der Zeit nicht ausbleiben, daß man nach dem sofortigen Erlasse eines Depotgesetzes, wie nach einer Universalmedizin, stürmisch verlangte, die, vom Staate in thunlichst starken Dosen verordnet, in der Zukunft jede Depotveruntreuung unmöglich machen solle und werde, eine Ansicht, der sogar ein am 20. Nov. 1891 im Reichstage eingebrachter Antrag mindestens nahe kam, welcher dahin ging:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

dem Reichstage noch im Laufe der gegenwärtigen Session Gesetzesvorlagen zu machen, durch welche der Veruntreuung anvertrauter Depots (und dem Börsenspieler sowohl an der Produkten- als auch an der Effektenbörse) entgegengetreten . . . wird.

Ich habe demgegenüber schon damals (in der ersten Nummer der Goldheim'schen Monatschrift für Aktienrecht und Bankwesen, Jahrg. I S. 2, publ. 2. Jan. 1892) mahnend hervorgehoben:

„Speziell in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression und allgemeinen Erregung, wo jeder Thor mit irgend welchem möglichst

Rieffer, Bankdepotgesetz.

weitgehenden Vorschläge den Stein der Weisen gefunden zu haben meint; wo Personen, denen keinerlei Sachkenntnis die Unbefangenheit des Urteils trübt, über Nacht zu Staatsrettern werden; wo häufig gerade die am lauteften nach Staatshilfe und der rettenden Gesetzgebungsklinke rufen, welche hierdurch am besten den Verdacht von sich ablenken zu können glauben, daß sie vorher — natürlich bei günstiger Lage des Marktes — den wüsten Tanz ums goldene Kalb mit Seelenruhe mitgetanzt haben:

in einer derartigen Zeit wird es für den Gesetzgeber zur doppelten Pflicht, sehr kühlen Kopf zu behalten und nur mit Nüchternen ruhig und nüchtern zu reden.“

Auf der anderen Seite erklärte ich (a. a. O. S. 3):

„daß auch ich befürworten möchte, ernstlich zu erwägen, ob und inwieweit auch in derartigen Fragen ein Einschreiten der Gesetzgebung nötig, wünschenswert und möglich ist,“ und daß ich es für die unabwiesbare Pflicht eines jeden halte, „dem die gesunde Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens am Herzen liegt, sich solchen Fragen nicht mit kühler manchesterlicher Ablehnung entgegenzustellen.“

Allmählich klärten sich denn auch die Ansichten, und es stellte sich eine ziemliche Übereinstimmung über die Lücken und Mängel des bisherigen Rechtszustandes heraus, die teils zivilrechtlicher, teils strafrechtlicher, teils allgemein wirtschaftlicher Natur waren.

2. Die inneren Ursachen des Gesetzes.

Zivilrechtliche, strafrechtliche und wirtschaftliche Lücken und Mängel des bisherigen Rechtszustandes.

Was zunächst die zivilrechtlichen Lücken betrifft, so ergab sich, daß man sich in kaufmännischen Kreisen und im Publikum vielfach nicht darüber klar war, mit welchem Momente kommissionsweise eingekaufte und zunächst in das Eigentum des Kommissionärs übergehende Papiere zum Depot des Kommittenten wurden mit der Wirkung, daß nunmehr jede Verfügung des Kommissionärs, insbes. die Weiterverpfändung, ausgeschlossen war. Man hatte ziemlich allgemein, und sogar unter teilweiser Billigung der Gerichte (MDGW. XVI S. 207 ff. u. XIX S. 78 ff.), angenommen, daß der Kommissionär über die eingekauften Papiere, solange er sie noch nicht in irgend einer Weise (dem Kommittenten gegenüber) spezialisiert habe, ver-

fügen könne, wenn er nur in der Lage sei und bleibe, dem zur Zahlung der Provision und Auslagen bereiten Kommittenten Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge zurückgewähren zu können. —

Man hatte ferner gefunden, daß selbst das Aussonderungsrecht des Kommittenten im Konkurse des Kommissionärs auf schwachen Füßen stehe, einerseits weil eine gesonderte Aufbewahrung der Papiere sogar bei dem gewöhnlichen Verwahrungsdepot infolge genereller Vorbehalte in den Geschäftsbedingungen oder stillschweigenden Uebereinkommens vielfach nicht zu erfolgen pflegte, andererseits weil bei kommissionsweise eingekauften Papieren dem Kommissionär in den bestehenden Gesetzen weder eine Frist angesetzt war, innerhalb deren er den Eigentumsübergang der eingekauften und zunächst in sein Eigentum übergehenden Papiere auf den Kommittenten zu bewirken hatte, noch in zweifelloser Weise eine Pflicht auferlegt war, dem Kommittenten die Nummern der angeschafften Papiere anzugeben (s. aber Anm. 1 auf S. 14).

Endlich hatte man übereinstimmend als einen beklagenswerten Mangel die Thatfache aufgedeckt, daß, wenn zur Ausführung eines Auftrags der Lokalbänkier der Mitwirkung eines an einem Börsenplatz wohnhaften (Zentral-) Bankiers bedurfte, diesem teils auf Grund des Gesetzes (Art. 374 HGB.), teils infolge der üblichen vertragsmäßigen Erweiterung des Gesetzes ein Pfandrecht an den Wertpapieren des Eigentümers der Papiere, also des Kunden des Lokalbänkiers, dann zustand, wenn dem Zentralbankier bei der Uebersendung der Papiere seitens des Lokalbänkiers nicht mitgeteilt wurde, daß die Papiere fremde seien, und zwar in der Regel wegen aller Forderungen, die der Zentral- gegen den Lokalbänkier zu erheben hatte.

Eine Mitteilung aber, daß die Papiere fremde seien, glaubte der Lokalbänkier im Kommissionsverkehr, also bei Uebergebung von Papieren zum Verkauf, zum Umtausch oder zur Geltendmachung von Bezugsrechten, in der Regel schon um deswillen unterlassen zu können, weil er in solchen Fällen kraft Gesetzes dem Zentralbankier gegenüber in eigenem Namen auftreten durfte, während er im Falle der Uebersendung von Papieren zur Aufbewahrung die Mitteilung vielfach seines Kredits halber, vielleicht auch deshalb unterließ, weil er sich über seine desfallige Verpflichtung, namentlich bei dem vielfachen und raschen Zueinandergreifen der einzelnen Geschäfte (reine Verwahrung, Verwaltung, Verpfändung, Auftrag zur Geltendmachung von Bezugsrechten etc.), unklar war. —

Mit der Erkenntnis jener zivilrechtlichen Lücken war aber die der strafrechtlichen von selbst gegeben, denn nach der geschilderten Rechtslage mußte es im Falle objektiv rechtswidriger Verfügung vielfach an der Grundlage für die Verurteilung wegen Unterschlagung oder Untreue um deswillen fehlen, weil das Bewußtsein des Täters nicht festzustellen war, daß die Sache eine fremde und die Zueignung eine rechtswidrige sei, oder weil der Täter bei der Aneignung bezw. Verfügung die durch bereite Mittel in ihrer Ausführbarkeit gesicherte Absicht des Erfasses hatte.

Was aber endlich die wirtschaftlichen Mängel des bisherigen Rechtszustands betrifft, so war mit Recht auf den engen Zusammenhang verwiesen worden, in welchem eine ungesunde Entwicklung des Depot- bezw. Kommissionsgeschäfts mit dem Umfange der Börsenspekulation stand und stehen mußte. Denn die letztere war naturgemäß erheblich erleichtert, wenn, so weit und so lange es dem Kommissionär leicht gemacht war, mit den Mitteln seiner Kommittenten zu spekulieren. Letzteres aber konnte der Kommissionär insbesondere dann ohne weiteres thun, wenn er nicht verpflichtet war, bei Weitergabe von Kommissionsaufträgen bezüglich fremder Effekten an einen Zentralbankier, diesem mitzuteilen, daß die Papiere fremde seien; er konnte alsdann die Papiere als Kreditunterlage für seine eigenen Spekulationen benutzen. Dieses Resultat wurde auch dann erreicht, wenn der Kommissionär auf Grund der bisher vielfach üblichen generellen Vorbehalte in den Geschäftsbedingungen von der Aufgabe von Nummern in der Absicht und mit der Wirkung sich entbinden ließ, daß er seinerseits von einer Anschaffung bestimmter Stücke zu der dem Auftrage entsprechenden Bezugszeit befreit sein solle. Es ist denn auch die ausgesprochene Absicht der Regierung gewesen, als sie an die Ausarbeitung eines Bankdepotgesetzes heranging, thunlichst nach allen diesen Richtungen Abhilfe zu schaffen. Der erste, etwa Anfang 1892 im Ministerium für Handel und Gewerbe fertig gestellte Entwurf ist zunächst einer Vorberatung einer im kgl. preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengetretenen Kommission¹⁾ unterstellt worden, welcher auch eine größere Anzahl von Fragen vorgelegt wurden, dann aber noch vielfach umgeändert worden.

¹⁾ Mitglieder dieser Kommission waren (s. Lujensky a. a. O. S. 3) die Herren: Geh. Kommerzienrat Frenzel-Berlin; Stadtrat Meßler-Frankfurt a/M.; Direktor des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins Königs-Köln; Bankier M. Richter-Berlin (in Firma: Emil Ebeling) und der Verfasser vorliegender Arbeit.

5. Die Plenar- und Kommissions-Beratungen, sowie die Vertretung und Publikation der Vorlage.

Dem Reichstage ist der — auch im Bundesrate noch an manchen Stellen modifizierte — „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere“, zusammen mit dem Entwurfe eines Börsengesetzes, erst am 3. Dezember 1895 überreicht worden¹⁾. Der Entwurf ist dort zusammen mit dem Börsengesetze in der 11., 12. u. 13. Sitzung, nämlich am 9., 10. und 11. Januar 1896, einer ersten Lesung unterzogen worden, wobei sich die Diskussion im wesentlichen nur auf das Börsengesetz bezogen hat, und ist alsdann einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen worden, welche ihre Aufgabe in vier Sitzungen erledigte, von denen drei auf eine erste, und eine auf eine zweite Lesung des Entwurfs entfielen. Die Kommission, deren Berichterstatter der Abgeordnete Müller (Zulda) war²⁾, hat unter dem 12. Mai 1896 einen 10 bzw. 18 Druckseiten umfassenden Bericht erstattet³⁾; das Gesetz ist alsdann in einer einzigen (der 107.) Sitzung, am 17. Juni 1896, in zweiter und dritter Beratung, bei welcher ausschließlich bezüglich des § 3 eine kleine Debatte stattfand, angenommen worden. — Das am 5. Juli 1896 vollzogene Gesetz ist in Nr. 19 des am 16. Juli 1896 zu Berlin ausgegebenen Reichsgesetzblatts (S. 183) publiziert, also am 30. Juli 1896 in Kraft getreten, eine Berichtigung des Textes ist in Nr. 20 des Reichs-

¹⁾ Druckf. des Reichstags 9. Legisl.-Periode, IV. Session 1895/96 Nr. 14.

²⁾ An den Verhandlungen der Kommission haben als Vertreter der verbündeten Regierungen teilgenommen:

1. Die Bevollmächtigten zum Bundesrat:

der Vizepräsident des fgl. preuß. Staatsministeriums Staatsminister
und Staatssekretär des Innern Dr. v. Boetticher;
der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Rothe;
der fgl. bayr. Ministerialdirektor Freiherr v. Stengel;
der fgl. württemb. Regierungsdirektor v. Schider.

2. Die Kommissarien des Bundesrats:

der Präsident des Reichsbank Direktoriums Wirtl. Geheimrat Dr. Koch;
die kaiserl. Geh. Ober-Regierungsräte Vermuth (Reichsamt des
Innern) und Dr. Hoffmann (Reichsjustizamt);
der fgl. preuß. Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Ullmann und
der fgl. preuß. Geh. Regierungsrat Lujensky
vom fgl. preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe;
der kaiserl. Reichsbankdirektor Schmiedicke.

³⁾ Druckf. des Reichstags 9. Legisl.-Periode, IV. Session 1895/96 Nr. 342.

gesetzblatts vom 23. Juli 1896 (S. 194) erfolgt. Der Gesetzestext ist in dieser Abhandlung unter Berücksichtigung dieser Berichtigung wiedergegeben. —

4. Die formellen Mängel der Verkündung des Gesetzes.

Das Gesetz ist also bei seiner Verkündung im Reichsgesetzblatt (Nr. 19 vom 16. Juli 1896) unrichtig publiziert worden.

In Nr. 20 des am 23. Juli 1896 ausgegebenen Reichsgesetzblattes ist nun folgende nur die Ueberschrift: „Berichtigung“ und keine Unterschrift tragende Richtigstellung erschienen:

„Berichtigung“

„In dem Text des im 19. Stück des Reichsgesetzblatts für 1896 S. 183 abgedruckten Gesetzes, betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere, vom 5. Juli 1896 sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

1. Im § 1 ist im Absatz 1 Zeile 4 hinter „Banknoten“ einzufügen „und Papiergeld“ und im Absatz 2 Zeile 1 statt „Das Recht und die Pflicht“ zu setzen „Etwas Rechte und Pflichten“ sowie in Zeile 3 statt „wird“ „werden“.
2. Im § 3 Absatz 1 Zeile 6 ist statt „eines Dritten“ zu setzen „einen Dritten“.

Ausweislich der Sitzungsprotokolle des Reichstags ist der Gesetzesinhalt in den hier allein wesentlichen Punkten (§ 1 Abs. 1 u. 2), abweichend vom Regierungs-Entwurfe, nach den — mit der Berichtigung Nr. 1 übereinstimmenden — Beschlüssen der Reichstagskommission vom Reichstage angenommen worden, es ist aber, wohl infolge eines Fehlers des Schriftführeramts des Reichstags, dem Kaiser ein unrichtiger, nämlich der in diesen Punkten dem Regierungsentwurfe entsprechende Text vorgelegt worden, während es unklar ist, ob dem Bundesrate zur verfassungsmässigen Sanktion dieser oder der richtige Text vorgelegen hat.

Man hat nun folgendermaßen deduziert: der bloße Druckfehler in § 3 sei gleichgiltig, nicht gleichgiltig aber seien die materiellen Abweichungen des verkündeten Textes von dem wirklich beschlossenen. Hier müsse man zu dem Schlusse gelangen, daß das Gesetz nicht gehörig publiziert sei, denn eine auch nur in einzelnen Punkten unrichtige Publikation habe zur Folge, daß die Publikation des ganzen Gesetzes als nicht erfolgt anzusehen sei; eine nachträgliche formlose, wenn auch im Reichsgesetzblatt verkündete, „Berichtigung“ könne

aber den Mangel der ursprünglichen Publikation nicht beseitigen. (So Dr. Freund im Berliner Börsen-Kourier Nr. 356 von 1896).

In Kürze läßt sich diese Ansicht vielleicht dahin zusammenfassen: dasjenige Gesetz, welches publiziert wurde, sei nicht gültig, und dasjenige, was gültig ist, sei nicht publiziert. —

Wenn man nun aber auch mit dem Satze einverstanden sein könnte, daß eine materielle Unrichtigkeit in der Publikation des Gesetzes die nicht gehörige Publikation des ganzen Gesetzes zur Folge hat — mit der Verneinung dieser immerhin bestreitbaren Ansicht würde natürlich die ganze Streitfrage erledigt sein — so glaube ich doch, daß die Gerichte sich die daraus gezogene Folgerung dann nicht aneignen werden, wenn sie sich auf den — allerdings bestrittenen — Laband'schen Standpunkt stellen, daß gegenüber gehörig verkündeten Reichsgesetzen der Richter nicht zu prüfen befugt sei, ob sie verfassungsmäßig zustande gekommen sind. Man wird dann entscheiden, daß, da die erste Publikation formell ordnungsmäßig erfolgt ist, das Gesetz in dem so publizierten Wortlaut gültig zustande gekommen sei, und daß die spätere formlose Berichtigung nicht die Wirkung haben könne, ein gehörig publiziertes Gesetz abändern zu können. Der Richter wird wohl zu dieser Deduktion im vorliegenden Falle umso mehr geneigt sein, als ein wesentlicher materieller Unterschied, falls das Gesetz in der Fassung der ersten Publikation als gültig zustande gekommen zu erachten ist, gegenüber dem Texte der Berichtigung kaum vorhanden ist. Denn daß das „Papiergeld“ den im ersteren Texte allein genannten „Banknoten“ im Sinne des Gesetzes gleichzustellen sei, würde man wohl auch im Wege der Auslegung feststellen. Wenn aber im letzten Absatz des § 1 die Worte: „Das Recht und die Pflicht“ (statt: „Etwaige Rechte und Pflichten“) stehen bleiben, so wird man kaum im Ernste behaupten wollen, daß hierdurch ein — sonst nicht vorhandenes — Recht bzw. eine Pflicht des Verwahrers oder Pfandgläubigers zu Verfügungen oder Verwaltungshandlungen neu habe eingeführt werden sollen.

Geht jedoch das Gericht von dem oben erwähnten Laband'schen Standpunkte ab, so läßt sich nicht verkennen, daß es in Folge der „Berichtigung“, wie immer es auch den Wert derselben beurteilen möge, zu Zweifeln darüber gelangen kann, ob der erste Text des Gesetzes der richtige ist, und es wird kaum zu bestreiten sein, daß es alsdann, wenn man nicht etwa noch weiter gehen will, mindestens für befugt erachtet werden müßte, eine amtliche Bestätigung zu verlangen, daß der berichtigte Text nochmals die kaiserliche Sanf-

tion gefunden habe. Ist aber Letzteres, wie anzunehmen, geschehen, so wären damit die Schwierigkeiten noch nicht erledigt, denn es könnte dann immer noch gesagt werden, daß es an einer gehörigen Verkündung dieses berichtigten Textes fehle, da, was Laband sogar für bloße „Schreibfehler in der Ausfertigung“ für erforderlich erachtet (Das Staatsrecht des Deutschen Reiches 3. Aufl. Bd. I S. 537 Anm. 3), die „Berichtigung“ im Reichsgesetzblatt mindestens vom Reichskanzler hätte unterzeichnet sein müssen. In der Praxis hat man sich aber allerdings in solchen Fällen fast immer über das letztere Erfordernis hinweggesetzt. —

Die Frage wird wohl bei dem ersten im Anschluß an das vorliegende Gesetz anhängig zu machenden Rechtsstreite zur Entscheidung gebracht werden müssen. —

Wenn ich nun im Folgenden in einzelnen dazu geeigneten Fällen auch die Frage kritisch erörtern werde, ob und inwieweit die Bestimmungen des Gesetzes die Zwecke, welche der Gesetzgeber erreichen wollte, auch wirklich erreicht haben und erreichen konnten, so scheint es mir, um Mißverständnisse zu verhüten, erforderlich, vorweg auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen:

Eines wird auch der beste Gesetzgeber nie erreichen, ja, er würde, wenn er es auch nur erreichen wollte, sich selbst und Andere täuschen:

Kein Gesetz der Welt kann Schurkereien verhindern, kann die Moral der Menschen herstellen, wenn sie Schiffbruch gelitten hat. Fälle, wie diejenigen, die den Anstoß zu diesem Gesetze gegeben haben, gemeine Fälle des Betrugs, der Veruntreuung und Unterschlagung, sind durch kein Gesetz der Welt unmöglich zu machen, weder durch strafrechtliche Vorschriften, mit denen dies Gesetz in so reichlicher Weise ausgestattet ist, noch durch zivilrechtliche Kautelen. In letzterer Beziehung soll daran erinnert werden, daß gerade in den traurigsten von jenen Fällen, auf die ich hingedeutet habe, in einer Richtung noch mehr geschehen war, als was selbst das jetzige Gesetz vom Depositar verlangt: es fanden sich nicht nur die Nummern der deponierten Papiere fein säuberlich eingetragen,¹⁾ sondern man hat sehr darauf gehalten, den

¹⁾ Ein höchst lehrreiches Beispiel nach dieser Richtung kann auch der oben schon erwähnten, a. 1896 publizierten Abhandlung von Prof. Max Weber über „die Ergebnisse der deutschen Börsen-Enquête“ (Fortsetzung, Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Neue Folge Bd. 29 S. 42) entnommen werden. Hier wird gelegentlich einer Besprechung der im Kommissionsgeschäft üblichen „Geschäftsbedingungen“ bemerkt, daß „nur vereinzelt aus-

Kunden stets auch Nummernverzeichnisse in die Hand zu geben, nur haben sich schließlich die Papiere nicht vorgefunden, und jene Nummernverzeichnisse haben nur dazu gedient, die Kommitteuten in trügerische Sicherheit zu wiegen. Diese letzteren aber mögen sich auch durch die jetzigen Depotgesetzvorschriften nicht in den Glauben versetzen lassen, daß nun ja alles geschehen sei, was notwendig ist. Nicht lediglich das Auge des Gesetzes, ihr eigenes Auge soll vor allem wachen, dann werden Fälle nicht mehr denkbar sein, wie sie leider vorgekommen sind, daß Leute, die notorisch sich 3- und 4-mal erkundigten, ehe sie bei einem neuen Weinhändler Wein, bei einem neuen Schuhmacher Schuhwerk bezogen, ihr ganzes Vermögen ohne jede Prüfung und Erkundigung einem Menschen anvertrauten, der ihnen als angenehmer Causeur eine langweilige Badereise verkürzt hatte!

drücklich geforderte Verwahrung aller im Verkehr in laufender Rechnung empfangenen Papiere versprochen werde“, und als solche rühmliche, aber vereinzelte Ausnahme die Rheinisch-Westfälische Bank in Berlin namhaft gemacht. Gerade dies Institut ist aber noch in dem nämlichen Jahre (1896) in Konkurs verfallen und die vorhandene „Masse“ hat zunächst nicht einmal zur Deckung der in diesem Falle entstehenden Gerichtskosten ausgereicht. —

II. Erläuterung des Gesetzes.

Gesetz,

betreffend

die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder
Wertpapiere

vom 5. Juli 1896.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König
von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundes-
rats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Ein Kaufmann, welchem im Betriebe seines Handelsgewerbes
Aktien, Anze, Interimscheine, Erneuerungsscheine (Talons), auf den In-
haber lautende oder durch Indossament übertragbare Schuldverschreibungen,
oder vertretbare andere Wertpapiere mit Ausnahme von Banknoten und
Papiergeld unverschlossen zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind,
ist verpflichtet:

1. diese Wertpapiere unter äußerlich erkennbarer Bezeichnung jedes
Hinterlegers oder Verpfänders gesondert von seinen eigenen
Beständen und von denen Dritter aufzubewahren,
2. ein Handelsbuch zu führen, in welches die Wertpapiere jedes
Hinterlegers oder Verpfänders nach Gattung, Nennwert, Nummern
oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen der Stücke einzutragen
sind; der Eintragung steht die Bezugnahme auf Verzeichnisse
gleich, welche neben dem Handelsbuche geführt werden. Die
Eintragung kann unterbleiben, insoweit die Wertpapiere zurück-
gegeben sind, bevor die Eintragung bei ordnungsmäßigem
Geschäftsgange erfolgen konnte.

Einwaige Rechte und Pflichten des Verwahrers oder Pfandgläubigers, im Interesse des Hinterlegers oder Verpfänders Verfügungen oder Verwaltungshandlungen vorzunehmen, werden durch die Bestimmung unter Ziffer 1 nicht berührt.

Der § 1 regelt die Fälle der gewöhnlichen Aufbewahrung (des sog. „regulären Depots“) und der Verpfändung von (vertretbaren) Wertpapieren. Seine Vorschriften haben nach Z. 69 der Begründung den Zweck, „die Eigentumsverhältnisse zu jeder Zeit und in jedem Stadium des geschäftlichen Verkehrs“ klar zu legen, damit im Falle des Konkurses des Bankiers¹⁾ der Kunde nicht nur auf einen persönlichen Anspruch gegen diesen verwiesen sei, welchenfalls er lediglich eine, unter Umständen recht schmal bemessene, Dividende zu erhalten hätte, sondern die Papiere selbst herausverlangen, aus der Masse als ihm gehörig „aussondern“ kann.

1. Bisher üblich gewesenes Verfahren.

Den Vorschriften der Nr. 1 (gesonderte Aufbewahrung der deponierten oder verpfändeten Wertpapiere) entsprach schon bisher das Verfahren zahlreicher Banken und Bankiers, und es ist gewiß nur mit Freude zu begrüßen, wenn eine solche gesonderte Aufbewahrung nunmehr generell zur Pflicht gemacht wird.

Handelsbücher, aus welchen die Wertpapiere jedes Verpfänders oder Hinterlegers nicht nur nach Gattung und Nennwert, sondern auch nach Nummern, erkennbar gewesen wären, sind bisher, wenigstens in der Regel, nicht geführt worden. Die im Interesse der Hinterleger behufs Erleichterung der Geltendmachung etwaiger Aussonderungsansprüche getroffene Vorschrift, daß nunmehr auch die Nummern einzutragen sind, kann umsoweniger beanstandet werden, als durch die zusätzliche Bestimmung, daß der Eintragung die Bezugnahme auf solche Verzeichnisse gleichstehen soll, welche neben dem Handelsbuche geführt werden, allzugroßen Belästigungen des Geschäftsverkehrs mit Recht gesteuert ist.

¹⁾ So will ich mich in der Folge kurz ausdrücken; der Entwurf spricht im § 1 von Kaufleuten überhaupt, zu welchen letzteren bekanntlich auch die Handelsgesellschaften (H. D. HGB. Buch II Tit. 1—3, also die offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft, die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften), ferner die eingetragenen Genossenschaften und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehören. Dagegen werden nach § 13 dieses Gesetzes die sog. Winderkaufleute von den Vorschriften des Gesetzes nicht betroffen.

Im Einzelnen ist folgendes zu bemerken:

2. Objekte des § 1; Begriff der „vertretbaren Wertpapiere“.

Objekte der Vorschriften des § 1 sind „vertretbare Wertpapiere“, also solche Wertpapiere, welche im Verkehr in Mengen, ohne daß es dabei auf bestimmte Nummern ankommt, emittiert und gehandelt werden, und welche speziell auch in Mengen deponiert zu werden pflegen.¹⁾ Nicht vertretbare Wertpapiere bedürfen eines besonderen gesetzgeberischen Schutzes weniger, da sie nicht in großen Massen deponiert zu werden pflegen, und da überdies, zumal sie nur Gegenstand eines depositum regulare zu sein pflegen, Zweifel über das Eigentum des Hinterlegers bei der Bindation oder Aussonderung im Konfuzie kaum entstehen können. Das Gesetz zählt als vertretbare Wertpapiere besonders auf: Aktien²⁾, Anze, Interimsscheine, Erneuerungsscheine (Talons), auf den Inhaber lautende oder (Art. 301 HGB.) durch Indossament übertragbare Schuldverschreibungen, und es nimmt von seinen Bestimmungen ausdrücklich aus: Banknoten und Papiergeld, da an der Rückgabe dieser Objekte in specie der Deponent in der Regel kein Interesse hat.

Man wird, als nicht vertretbar im Sinne des § 1, weiter annehmen haben: Konnossemente, Ladescheine, Lagerscheine, Lagerpfandscheine (Warrants), Wechsel³⁾ und alle Schuldverschreibungen, welche auf Namen lauten und nicht durch Indossament übertragbar sind.⁴⁾

3. Fortbestand der Sammeldepots.

Die Pflicht des Verwahrers oder Pfandgläubigers, die Wertpapiere unter äußerlich erkennbarer Bezeichnung des Hinterlegers

¹⁾ Der Begriff der „vertretbaren Wertpapiere“ kommt auch schon im Handelsgesetzbuch (HGB.) vor, vgl. Art. 301; der Begriff der vertretbaren Sachen ist im § 91 des bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB.) dahin definiert: „Vertretbare Sachen im Sinne des Gesetzes sind bewegliche Sachen, die im Verkehr nach Zahl, Maß oder Gewicht bestimmt zu werden pflegen“.

²⁾ Hier ist vom Gesetz keine Unterscheidung gemacht, es ist also gleichgültig, ob die Aktien auf den Namen oder auf den Inhaber lauten.

³⁾ Für Konnossemente und Wechsel wird dies von der Begründung S. 87 ausdrücklich bestätigt.

⁴⁾ Letzteres ist nach Art. 301 HGB. anzunehmen von allen Verpflichtungsscheinen, welche nicht an Order lauten, oder von denjenigen, welche, selbst wenn sie an Order lauten, über andere Leistungen als über solche von Geld oder vertretbaren Sachen oder Wertpapieren ausgestellt sind.

oder Verpfänders gesondert von seinen eigenen Beständen und von denen Dritter aufzubewahren, hindert nicht, wie seitens eines Regierungskommissars in der Reichstagskommission mit Recht erklärt worden ist¹⁾, den Fortbestand der vielfach üblichen sog. Sammeldepots, d. h. die gemeinsame Aufbewahrung gleichartiger Gattungen von Effekten in einem Raum, jedoch unter der jedenfalls von nun ab selbstverständlichen Bedingung, daß dieselben, soweit sie einem Eigentümer gehören, in getrenntem den Namen dieses Eigentümers tragenden Umschlag aufbewahrt werden.²⁾

4. Benutzung der vorhandenen Depotbücher.

Zu dem im § 1 Nr. 2 vorgeschriebenen Handelsbuch, dem Depotnummernbuche, kann auch das bestehende, die persönlichen Konten der Hinterleger und die Summen der hinterlegten Papiere enthaltende, sog. persönliche Depotbuch verwandt werden, wenn nur darin besondere Kolonnen für die Eintragung der Nummern oder für den Hinweis auf etwa vorhandene, nebenher geführte Verzeichnisse eingerichtet werden (vgl. Begründung S. 76 Zeile 8 v. u.).

Daß die Eintragung unterbleiben kann, insoweit die Wertpapiere zurückgegeben sind, bevor die Eintragung in ordnungsmäßigem Geschäftsgange erfolgen konnte, ist ein selbstverständlicher Zusatz des Gesetzes.

5. Keine Pflicht zur Uebersendung eines Stückerzeichnisses.

Eine Pflicht zur Uebersendung eines Stückerzeichnisses binnen bestimmter Frist (welche Pflicht allerdings im ersten, nicht an den Reichstag gelangten, aber der schon erwähnten Kommission zur gutachtlichen Vorberatung unterstellt gewesenen Regierungsentwurfs

¹⁾ S. Bericht der Reichstagskommission (Druckf. d. Reichstags, Legisl.-Periode IV. Session 1895/96 Nr. 342) S. 2. H. M. Kunreuther a. a. O. S. 122 Anm. 7.

²⁾ Das von Dr. Carl Adler („Das österreichische Lagerhausrecht“, Berlin, Carl Heymann 1892 S. 147 ff.) gelegentlich seiner scharfen und klaren Erörterungen über das „unregelmäßige Lagergeschäft“ berührte „Vermengungsdepositum“ ist (ich bemerke dies zu den äußerst lehrreichen Ausführungen Strohal's in den „Verhandlungen des 22. deutschen Juristentags“ Bd. 4 S. 197) mit dem „Sammeldepot“ von Wertpapieren wenigstens wie es nach dem Bantdepotgesetze in Zukunft allein fortbestehen darf, nicht identisch, da bei letzterem durch den den Namen des Eigentümers tragenden besonderen Umschlag überhaupt keine Rechts-, sondern nur eine Raumverschiebung eintritt. Ist aber eine Ermächtigung nach § 2 gegeben, so liegt, wie unten näher zu erörtern ist, m. E. gleichfalls kein „Vermengungsdepositum“ vor, sondern ein depositum irregulare. (Vgl. v. Schey a. a. O. S. 393 Anm. 19.)

als Nr. 3 des § 1 normiert war) ist vom Gesetze in den Fällen der Aufbewahrung und Verpfändung von Wertpapieren, also in den Fällen des § 1, nicht statuiert, was im Hinblick auf zahlreiche desfallige Zweifel und Mißverständnisse, die sogar in Formularen ihren Ausdruck gefunden haben, nachdrücklich betont werden muß. Es hat deshalb auch eine Klausel: „Für die nachstehenden von Ihnen aufbewahrten (bzw. in Pfand genommenen) Wertpapiere befreie ich Sie von der Uebersendung eines Stückeverzeichnis“ gar keinen Sinn, weil sie von einer Verpflichtung befreien soll, die gesetzlich gar nicht existiert, und sie kann auch nicht etwa als eine Befreiung im Sinne des § 2 umgedeutet werden, da eine solche ausdrücklich, also unter klarer Angabe des Zweckes der Befreiung, zu erfolgen hätte.

Man hat, wie dies auf S. 76 der Begründung ausgeführt ist, von der Auferlegung einer Verpflichtung zur Uebersendung eines Stückeverzeichnis in den Fällen des § 1 abgesehen, einerseits weil durch die Pflicht der Eintragung der Nummern in das in § 1 Nr. 2 vorgeschriebene Handelsbuch jene weitere Maßregel völlig entbehrlich gemacht werde, andererseits weil damit, zumal bei dem beständigen Wechsel der Unterpfänder im Lombardverkehr, dem Bankgeschäft eine ganz unerträgliche Mehrbelastung auferlegt worden wäre, und weil schließlich in der Mehrzahl der Fälle die Deponenten in der Lage seien, behufs Sicherung ihres ev. Aussonderungsanspruches sich selbst ein Nummernverzeichnis anzufertigen.

Selbstverständlich wird dadurch nichts an der bisherigen Uebung der Bankiers¹⁾ geändert, den Deponenten auf Verlangen Nummernverzeichnisse der deponierten oder als Pfand gegebenen Wertpapiere auszuhändigen.

6. Etwaige Rechte und Pflichten des Verwahrers oder Pfandgläubigers zu Verfügungen und Verwaltungshandlungen.

Die Zusatzbestimmung, wonach etwaige Rechte und Pflichten des Verwahrers oder Pfandgläubigers, im Interesse des Hinterlegers Verfügungen oder Verwaltungshandlungen vorzunehmen, durch die Bestimmung unter Ziffer 1 (gesonderte Aufbewahrung) nicht berührt werden, hat den Zweck festzustellen, daß durch die Vorschriften des § 1 Ziffer 1 nicht ausgeschlossen werden soll, daß bei dem regulären Depot eine Wegsendung der Papiere behufs Abstempelung, oder

¹⁾ Vgl. übrigens auch R.-G. V S. 6.

Erhebung von neuen Couponsbogen u. dgl. im Interesse des Hinterlegers erfolgen muß, sei es, weil auch die Verwaltung der Papiere (gegen besonderes Entgelt) übernommen ist, sei es, weil nur hierdurch der Deponent vor Schaden bewahrt werden kann, z. B. im Falle einer Feuergefährdung u. dgl. m. Durch die in der Kommission beschlossene redaktionelle Aenderung („Etwas Rechte und Pflichten“ statt: „Das Recht und die Pflicht“) soll noch besonders klargestellt werden, daß ein Recht oder eine Verpflichtung des Verwahrers, ohne Auftrag des Deponenten Verfügungen oder Verwaltungshandlungen vorzunehmen, z. B. auch die Papiere an einem anderen Orte zu hinterlegen (vgl. § 691 BGB.), sich durchaus nicht von selbst versteht, sondern nur im Falle eines besonderen Rechtsgrundes zulässig ist.

Ich bin der Meinung, daß dieser ganze letzte Absatz des § 1 hätte fortbleiben können, da nicht zu befürchten steht, daß solchenfalls von den Gerichten in den hier vorausgesetzten Fällen abweichend entschieden worden wäre.

7. Verschllossene Depots.

Verschllossene Depots unterliegen selbstverständlich den Vorschriften des § 1 überhaupt nicht, dies ist auch zum Ueberfluß im § 1 noch besonders zum Ausdruck gebracht.

8. Rückwirkung des § 1.

Man hat vielfach die Frage aufgeworfen, ob die Vorschriften des § 1 auch auf solche Depots von Wertpapieren anwendbar seien, welche zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bereits vorhanden waren.¹⁾ Diese Frage ist zu bejahen, da die Bestimmungen des § 1 nach dessen insoweit unzweideutigem Wortlaut sich auf alle vertretbaren Wertpapiere (mit Ausnahme von Banknoten und Papiergeld) beziehen, welche unverschlossen zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind, nicht: übergeben werden.

9. Frist zur Erfüllung der Vorschriften des § 1 Nr. 1 u. 2.

Eine besondere Frist behufs Erfüllung der Vorschriften der Ziffer 1 und 2 des § 1 ist vom Gesetze nicht vorgeschrieben, doch

¹⁾ Es werden hier natürlich wirkliche Depots und nicht auf „Stückkonto gutgeschriebene“ Papiere vorausgesetzt. Letztere würden nur dann zu Depots geworden sein, wenn eine Aussonderung bestimmter Nummern erfolgt war, wozu im Gebiete des preuss. Landrechts noch das Erfordernis einer bestimmten Aufbewahrungserklärung des Bankiers gegenüber dem Deponenten tritt.

würde nach § 10 im Falle der Zahlungseinstellung oder des Konkurses des Bankiers dessen Bestrafung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren zu erfolgen haben, wenn er die Erfüllung jener Vorschriften vorsätzlich unterlassen hat und dadurch der Berechtigte in seinem Aussonderungsanspruche benachteiligt ist. —

Der § 2 des Gesetzes lautet:

§ 2. Eine Erklärung des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt wird, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren oder über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen, ist, falls der Hinterleger oder Verpfänder nicht gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, nur gültig, soweit sie für das einzelne Geschäft ausdrücklich und schriftlich abgegeben wird.

Wird der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren, so finden die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung.

1. Zweck des § 2.

Der Zweck des § 2 ist nach der Begründung (S. 77) in erster Linie der, besonders festzustellen, daß ohne eine den Vorschriften des § 2 entsprechende Ermächtigung der verwahrende Bankier, wenn er sich nicht strafbar machen will, nicht berechtigt ist, über die ihm zur Aufbewahrung übergebenen Wertpapiere irgendwie zu verfügen, und daß die früher wohl hier und da selbst für die Fälle des § 1 gehegte Ansicht, daß ein Verfügungsrecht über die deponierten oder verpfändeten Papiere (z. B. ein Weiterverpfändungsrecht) dem Bankier unter der Voraussetzung zustehe, daß er zur Rückgewähr einer gleichen Quantität von Papieren gleicher Qualität in der Lage sei, falsch ist bzw. jedenfalls für die Folge durchaus aufgegeben werden muß.

2. Form der Ermächtigungen nach § 2 für den Nichtbankier.

Die beiden im § 2 bezeichneten Ermächtigungen sollen nun mit einer bestimmten Ausnahme nur gültig sein, wenn sie „ausdrücklich“ und „schriftlich“ abgegeben werden. Hierauf ist etwas näher einzugehen:

a) Ausdrücklich.)

Bei der Vorberatung des Gesetzes ist speziell die Frage gestellt worden, was der Entwurf unter ausdrücklich erklärtem Verzicht

versteht, und es ist darauf von den Regierungsvertretern Folgendes zu Protokoll festgestellt worden: „daß damit bezweckt sei, für den Verzicht eine klare, unzweifelhafte Ausdrucksweise zu fordern, damit nicht, was bisher häufig vorkam, das Rechtsgeſchäft durch unklare, zweifelhafte Ausdrücke, namentlich in den Geſchäftsbedingungen, verdunkelt werde.“

Ich glaube, daß damit der Sinn des Wortes: „ausdrücklich“ durchaus richtig bezeichnet iſt (vgl. u. A. Art. 41 HGB.); es ſoll mit einem Worte gefordert werden, daß völlig außer Zweifel ſteht, daß der Unterzeichner ſich über das, was er unterzeichnet, vollkommen klar geworden iſt.¹⁾ Ich halte daher insbeſondere ein mir zu Geſicht gekommenes Formular, worin ſteht: „Ich erteile für dies Geſchäft die in § 2 des Geſetzes (betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere) vorbehaltenen Ermächtigungen“ für nicht dem Geſetze entſprechend, weil nicht zu erſehen iſt, ob der Unterzeichner den Inhalt des § 2 gekannt hat; hieran würde m. E. auch der etwaige Zuſatz nichts ändern: „die in dem mir bekannten § 2 des Geſetzes vorbehaltenen Ermächtigungen.“ Ebenſo halte ich das Formular (Anlage 1) für nicht dem Geſetze entſprechend, worin es heißt:

¹⁾ Es ſoll damit erreicht werden, daß von nun ab nur, wenn ſolche jeden Zweifel ausschließende Ermächtigungen im Sinne des § 2 erteilt ſind, der Bankier ſich zu Verſügungen über die deponierten Stücke berechtigt halten darf, und es ſoll der früher viel verbreiteten Anſchauung entgegengetreten werden, als ob auch jezt noch auf Grund zweifelhafter und unklarer Redewendungen in den allgemeinen Geſchäftsbedingungen die Bankiers den Privatkunden gegenüber nur zur Leiſtung in genere verpflichtet, alſo zur Verſügung über die deponierten Stücke unter der alleinigen Vorausſetzung berechtigt ſeien, daß ſie jederzeit in der Lage ſind, andere Papiere derſelben Art zurückzugewähren. Vgl. Begründung S. 69/70; vgl. eod. S. 75: „Als Mißſtand bei den einfachen Fällen des Depotgeſchäfts — der Verwahrung mit und ohne Verwaltungsauftrag, der Verpfändung nebit der Hingabe zur Deckung — mußte es bezeichnet werden, daß nach der beſtehenden Geſchäftspraxis beim Abſchluß dieſer Depotgeſchäfte nicht ſelten zu Zweifeln Anlaß gebende Ausdrücke gebraucht werden und daß hierdurch, ſowie durch die Faſſung der allgemeinen Geſchäftsbedingungen, deren Anerkennung von den Kunden gefordert wird, bisweilen eine Verdunkelung der Abſichten der Parteien in betreff des Charakters des Rechtsgeſchäfts herbeigeführt wird. Zum Zweck der Abſtellung dieſes Mißſtandes macht der Entwurf die Gültigkeit von Erklärungen des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche der Verwahrer oder Pfandgläubiger zur Rückgabe in genere ermächtigt wird, davon abhängig, daß ſie ausdrücklich und ſchriftlich für das einzelne Geſchäft abgegeben werden, und begründet hierdurch für jede nicht in dieſer Form erfolgte Hingabe von Wertpapieren zur Verwahrung die unwiderlegbare Rechtsvermutung, daß ein depositum regulare vorliegt.“

Rieſſer, Bankdepotgeſetz.

„Ich erkläre mich mit der Hinterlegung der anzuschaffenden Papiere gemäß § 2 des Gesetzes vom 5. Juli 1896 einverstanden.“

Dagegen ist es m. E. gleichgültig, ob die Ermächtigung selbst den Inhalt der beiden gesetzlichen Alternativen wiedergibt, oder ob es heißt: „Ich erteile für dieses Geschäft die im § 2 des Gesetzes bezeichneten Ermächtigungen“, und dann im Texte oder in der Anmerkung der Wortlaut des § 2 (i. Anl. 2, 2a, 3 und 4) wiedergegeben wird; mit dem Einwande, er habe diesen Wortlaut im Texte oder in der Anmerkung nicht gelesen, kann der Unterzeichner nach allgemeinen Grundsätzen nicht gehört werden.

b) Schriftlich.

Wir haben in Vorstehendem wiederholt von Formularen gesprochen; es ist aber mit Bezug auf die Vorschrift, daß die Ermächtigungen des § 2 nicht nur ausdrücklich, sondern auch schriftlich erfolgen müssen, die Ansicht ausgesprochen worden, daß gedruckte und nur vom Deponenten unterzeichnete Formulare nicht gültig sein könnten. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen; nach meiner Meinung giebt das Wort: „schriftlich“ nur in positiver Form die Vorschrift, die auch negativ, nämlich dahin hätte gefaßt werden können, daß die qu. Ermächtigungen von Nichtbankiers nicht mündlich ausgesprochen werden können. Es steht also der Unterzeichnung von dem Gesetze entsprechenden gedruckten Formularen nichts im Wege.

c) Für das einzelne Geschäft.

Nach dem Gesetze können diese Formulare, falls der Hinterleger oder Verpfänder nicht gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, nur auf das einzelne Geschäft sich beziehen, generelle Ermächtigungen, also insbesondere auch solche, die bei Eingehung der Geschäfts- bzw. Kontokorrentverbindung in den gedruckten Geschäftsbedingungen stehen, sind, soweit jene Ausnahme nicht vorliegt, ungültig.

3. Form der Ermächtigungen des § 2 für den Bankier.

Liegt aber jene Ausnahme vor,¹⁾ so sind sowohl generelle als mündliche Ermächtigungen gültig, wobei der Lokal-

¹⁾ Dieses ist infolge einer Eingabe des Berliner Kassenvereins beschlossen worden, um das in Berlin bei dieser Bank bestehende Giro-Effektendepot zu erhalten. Schon hieraus, aber auch nach allgemeinen Grundsätzen, ist zu schließen, daß die Ermächtigung zur Rückgewähr gleichartiger Wertpapiere (anderer Nummern) zugleich die Ermächtigung in sich schließt, die Papiere

Bankier¹⁾, welcher eine solche generelle Ermächtigung gemäß § 2 dem Zentralbankier ausgestellt hat, zu beachten hat, daß, sofern er demnach fremde Wertpapiere einem Zentralbankier zur Aufbewahrung oder als Pfand berechtigterweise übersendet, er sich in jedem einzelnen Falle von seinem Kommittenten wieder für dies einzelne Geschäft eine Ermächtigung gemäß § 2 ausstellen lassen muß. Es wird daher vielfach vom Lokalbankier, da seine Klienten es vielleicht in einzelnen Fällen ablehnen könnten, eine Ermächtigung solchen Inhalts zu erteilen, der von ihm dem Zentralbankier auszustellenden generellen Erklärung der Vorbehalt beigefügt: „Ich behalte mir vor, in besonderen Fällen hiervon Abweichendes zu bestimmen.“

4. Zurücknahme der Ermächtigung.

Ich bin aber der Meinung, daß auch ohne solchen Vorbehalt eine solche Ermächtigung sowohl generell, als für den einzelnen Fall zurückgezogen werden kann, insoweit und insofern der Verwahrer oder Pfandgläubiger von jener Ermächtigung noch keinen Gebrauch gemacht hat.

5. Spätere Anfechtung der formlosen oder generellen Ermächtigung.

Da Voraussetzung für die Formlosigkeit der Ermächtigung oder für die generelle Erteilung derselben die Thatsache ist, daß der Hinterleger oder Verpfänder zur Zeit der Erklärung dieser Ermächtigung gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß späterhin die Gültigkeit der Erklärung mit dem Einwande angefochten wird, der Hinterleger u. habe in Wahrheit zur Zeit der Erklärung der Ermächtigung nicht gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betrieben, habe daher nicht generell oder nicht mündlich, sondern nur für das einzelne Geschäft und nur schriftlich ermächtigen können. Diesen Einwand wird man sogar dem Deponenten selbst nicht abschneiden können, auch wohl dann nicht, wenn man ihn zur Vorsicht, wie ich dies in

bei der Bank des Berliner Kassenvereins im Giro-Effektendepot zu deponieren, nach deren Statuten zwar ein Eigentumsübergang auf den Kassenverein, was im Urtheil des Reichsgerichts vom 19. April 1888 (Entsch. i. Zivils. 21 S. 33) anerkannt ist, nicht erfolgen, aber auch ein Anspruch des Deponenten auf Rückgewähr der nämlichen Nummern, wie er sie eingeliefert hat, nicht bestehen soll.

¹⁾ So will ich in der Folge den nicht an einem Börseplatz wohnenden Bankier nennen, im Gegensatz zu dem an einem Börseplatze domicilirenden, welchen letzteren ich mit dem Worte Zentralbankier bezeichne.

einem Formular (s. Anlage 5) gefunden habe, selbst erklären läßt, „daß er gewerbsmäßig Bank- bzw. Geldwechslergeschäfte betreibe“.

In der Praxis werden aber daraus erhebliche Schwierigkeiten faum entstehen. —

6. Rechtsfolgen der gemäß § 2 erteilten Ermächtigungen.

a) Rechtsfolgen der Ermächtigung, gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren.

Die Rechtsfolgen der Erteilung der Ermächtigungen gemäß § 2 sind im Gesetze selbst nur für den einen Fall ausgesprochen, daß der Depositar ermächtigt ist, gleichartige Wertpapiere (andere Nummern) zurückzugewähren, und zwar dahin, daß alsdann die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung finden, daß also weder eine von den eigenen Beständen des Depositors und von denen Dritter getrennte Aufbewahrung, noch eine Eintragung von Nummern in das Depotnummernbuch zu erfolgen hat.

Infolge dieser gesetzlichen Vorschrift hat der Deponent gegen den zur Rückgewähr anderer Nummern berechtigten Depositar nur einen persönlichen Anspruch auf Rückgewähr einer gleichen Quantität von Wertpapieren gleicher Qualität, er kann also im Konkurse des Bankiers nicht mehr bestimmte Stücke als ihm gehörig vindizieren (aussondern), sondern ist gewöhnlicher Konkursgläubiger und als solcher auf die zur Verteilung gelangende Konkursdividende beschränkt.

Auf der anderen Seite haftet ihm der Depositar (was da, wo ein Konkurs desselben nicht in Frage kommen kann, für den Deponenten natürlich äußerst wichtig ist) im Falle eines solchen sog. depositum irregulare auf Rückgewähr gleichartiger Papiere auch dann, wenn er für das gewöhnliche Depositum, z. B. weil die Papiere infolge höherer Gewalt verbrannt oder vernichtet sind, die Haftung, also die Rückgewähr, ablehnen könnte. —

Dies ist der Grund, weshalb vielfach auch schon früher Privatleute, ohne Ansuchen des Bankiers, auf Rückgewähr der nämlichen Nummern verzichtet haben.

b) Rechtsfolgen der Ermächtigung des Depositors oder Pfandgläubigers, über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen.

Was in dem anderen Falle Rechtens ist, wenn die Ermächtigung dahin geht, daß der Depositar oder Pfandgläubiger über die Papiere „zu seinem Nutzen verfügen“ dürfe, darüber findet sich in dem Gesetze keine Bestimmung, dagegen ist es nach dem — in diesem Punkte allerdings sehr unklaren — Berichte der Reichstagskommission (a. a. O. S. 3/4) zweifellos, daß man absichtlich von der Regierungsvorlage abgewichen ist, welche für beide Arten der Er-

mächtigung das Außerkräfttreten der Vorschriften des § 1 vorgeschlagen hatte. Man könnte hiernach versucht sein, zu deduzieren, daß folgerweise, wenn die Ermächtigung dahin geht, daß der Depositar oder Verpfänder über die Papiere in seinem Nutzen solle verfügen dürfen, nach dem Willen des Gesetzgebers die Vorschriften des § 1 bestehen bleiben, der Depositar also solchenfalls zur gesonderten Aufbewahrung und zur Nummerneintragung verpflichtet sei.¹⁾ Ich vermöchte mich jedoch dieser Deduktion nicht anzuschließen. Einmal um deswillen nicht, weil die letztgedachte Ermächtigung, wenn sie auch gesondert aufgeführt und gesondert erteilt werden kann, m. E. nur als eine Folgerung aus der ersteren anzusehen ist. Denn wer lediglich zur Rückgewähr gleichartiger Papiere verpflichtet und berechtigt ist, kann damit eo ipso über die ihm eingelieferten Papiere nach seinem Ermessen disponieren, wie auch umgekehrt, wer zu seinem Nutzen verfügen kann, auch zur Rückgewähr lediglich gleichartiger Stücke berechtigt sein muß, weshalb allein schon es kaum angängig sein dürfte, für den letzteren Fall andere Rechtsfolgen zu konstruieren, wie für den ersteren. Dann aber auch deshalb nicht, weil eine solche Ansicht m. E. auf eine theoretische Spielerei hinauslaufen würde. Denn angenommen selbst, der Depositar wäre ungeachtet der Ermächtigung, über die Papiere zu seinem Nutzen verfügen zu dürfen, an und für sich zur Beobachtung der Vorschriften des § 1 verpflichtet, so kann doch darüber kein ernstlicher Zweifel bestehen, daß er auf Grund dieser so ungemein weit gehenden Ermächtigung jeden Moment, also auch unmittelbar nach der Einlieferung der Papiere, befugt ist, die Papiere seinen eigenen Beständen anzureichen und in sein Eigentum zu bringen, welchenfalls von einer Anwendung der Vorschriften des § 1 sicherlich keine Rede mehr sein kann, der Deponent vielmehr auch hier auf einen persönlichen Anspruch gegen den Depositar angewiesen wäre. Der Depositar würde also niemals gezwungen werden können, die Pflichten des § 1 zu erfüllen, da er auf eine solche Aufforderung das ihm zustehende Recht, über die Papiere zu verfügen, in die That umsetzen könnte. Zum Ueberflus ist aber auch die vorstehende im Wege der Deduktion gefundene Ansicht in der Begründung S. 83, wenn auch nur indirekt, als richtig bzw. als dem Willen des Gesetzgebers entsprechend mit den folgenden Worten anerkannt: „daß eine Verpflichtung zur Erstattung der fraglichen Anzeige [nach § 8] dann nicht besteht, wenn die Papiere dem

¹⁾ Apt (a. a. O. S. 30) erörtert diese Frage überhaupt nicht, sondern erklärt lediglich: „Die gegebene Ermächtigung entbindet . . . den Depositar von der Beobachtung der Vorschriften des § 1.“

Bankier nach Maßgabe des § 2 zu freier Verfügung übergeben sind, versteht sich von selbst; es handelt sich dann eben nicht mehr um „fremde“ Wertpapiere im Sinne des § 9“ [heut § 8].

Zuzugeben ist aber — und dies mag auch der Grund für die seitens der Kommission beschlossene Fassungsänderung sein — daß die dem Depositar erteilte Ermächtigung auch eine engere sein kann, z. B. über die Papiere zu einem bestimmten Zweck, etwa zur Weiterverpfändung, oder lediglich behufs Hinterlegung bei einer andern Verwahrungsstelle, verfügen zu dürfen u. dgl. m.; in solchen Fällen wird allerdings eine Pflicht zur Beobachtung der Vorschriften des § 1 angenommen werden können, aber es muß betont werden, daß, wo die Gesetzesworte gebraucht werden („zu seinem Nutzen zu verfügen“) kein Anlaß vorliegt, diese ihrem Wortlaut nach völlig unzweideutige und ungemein weit gehende Ermächtigung etwa restriktiv interpretieren zu wollen. —

7. Bedenken gegen den zweiten Absatz des § 2.

Wir haben die in den Fällen des Absatzes 1 des § 2 eintretenden Rechtsfolgen in Vorstehendem aus dem Absatz 2 des § 2 abgeleitet; ich vermag aber nicht zu verschweigen, daß ich es bedauere, daß dieser Absatz 2 überhaupt in das Gesetz aufgenommen wurde, und zwar aus folgenden Gründen:

Hätte man lediglich den Absatz 1 aufgenommen, also nur bestimmt (was vollkommen ausgereicht haben würde), daß die beiden dort näher bezeichneten Ermächtigungen nur in bestimmten Formen, also in der Regel nur ausdrücklich und schriftlich und nur für den einzelnen Fall, gegeben werden können, so wäre der juristischen Theorie und der gerichtlichen Praxis völlig freie Hand gelassen worden, die Frage zu entscheiden, was die Rechtsfolge dieser Ermächtigungen sei. Es hätte dann nichts im Wege gestanden, zu entscheiden, daß es auch, wo solche Ermächtigungen erteilt sind, nicht entfernt in der Absicht des Deponenten liegt, auf sein Eigentumsrecht an den deponierten Stücken zu verzichten und dafür nur einen persönlichen Anspruch gegen den Depositar einzutauschen, daß er vielmehr auch in diesen Fällen sich das Eigentum an den deponierten Stücken reservieren und dem Depositar nur die Ermächtigung erteilen will, die deponierten Stücke jederzeit gegen Substituierung von Stücken gleicher Qualität und Quantität umzutauschen, so daß, so weit und so lange von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht ist, die Pflicht zur Beachtung der Vorschriften des § 1 be-

stehen bliebe.¹⁾ Ein solcher Vertrag wäre also weder mit dem reinen (regulären) depositum, noch mit dem depositum irregulare, welches dem Depositar Eigentum an den deponierten Stücken überträgt, identisch, sondern eine vollkommen berechnete und wirtschaftlich notwendige Zwischenstufe, welche Prof. v. Schey²⁾ in seiner ausgezeichneten Darstellung des Verwahrungsvertrages als (reguläres) Summendepositum bezeichnet.³⁾

Bei tieferem Eindringen in die rechtliche und vor allem in die wirtschaftliche Natur der in Betracht kommenden Geschäfte hätte der Gesetzgeber davon Abstand nehmen können und müssen, eine Rechtsfolge gesetzlich festzulegen, welche es leider unmöglich macht, die in Vorstehendem angedeutete Konstruktion für das bestimmt geltende Recht aufrecht zu erhalten, was umso mehr zu bedauern ist, als es doch gerade der Ausgangspunkt und das Ziel des Bankdepotgesetzes ist, die Interessen der Deponenten in weitestem Umfange zu schützen.

Nachdem nun aber im zweiten Absätze des § 2 die Rechtsfolge der Ermächtigung, gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren, ausdrücklich dahin festgestellt ist, daß der Depositar zur Befolgung der Vorschriften des § 1 nicht verpflichtet sein soll, läßt sich m. E. schlechterdings nicht anders entscheiden, als daß nach dem Willen des Gesetzgebers in diesem Falle — und damit, wie oben erörtert, auch im zweiten Falle: über die Papiere in seinem (des Depositors) eigenem Nutzen zu verfügen — ein *fg. depositum irregulare*⁴⁾

¹⁾ Vgl. Strohal a. a. O. S. 207: „... auch meine ich, daß der Kommissionär trotz eines solchen Verzichtes von der Verpflichtung zur ordnungsmäßigen Aufbewahrung und Verzeichnung der Nummern im Depotbuche nicht entbunden sein sollte.“

²⁾ v. Schey: „Die Obligationsverhältnisse des österreichischen allgem. Privatrechts“ Wien 1895 od. Manz Bd. 1 Heft 2 S. 377. Vgl. v. Schey in Goldh. Monatsschrift V. Jahrg. Nr. 3 S. 77: „... dann bleibt dem „Depotgesetz“ nur die weit leichtere, aber auch unabweisbare Aufgabe, durch seine Formulierungen der theoretischen und praktischen Ausgestaltung des im Leben erwachsenen Rechtsinstituts wenigstens keine unüberwindlichen Hindernisse zu bereiten.“

³⁾ Die Ansicht des Referenten auf dem 22. deutschen Juristentag, daß es sich um „ganz neue Begriffsbestimmungen“ handle, die bisher weder in Theorie, noch in Praxis jemals angetreten seien, ist, was die Praxis betrifft, jedenfalls unrichtig, da ein solcher Vorgang bei dem Giro Effektendepot des Kassenvereins seit Jahren vorhanden ist.

⁴⁾ Von einem Darlehen in diesen Fällen zu sprechen, heißt m. E. den wirtschaftlichen Zweck sowohl, wie die rechtliche Absicht der Parteien, deren voller Verwirklichung allerdings durch unser Gesetz ein Miegel vorgehoben ist, vollständig verkennen. Dieselben wollen auch in diesen Fällen nicht etwa ein Kreditgeschäft machen, nicht dem Depositar Geld kreditieren, sondern einen,

vorliegt, da es mit der Fortdauer eines depositum regulare oder mit der Existenz des oben erwähnten (regulären) Summendepositums unvereinbar sein würde, daß der Depositär kraft Gesetzes die deponierten Stücke von vornherein nicht getrennt aufzubewahren braucht, also ermächtigt ist, sie ohne jede Nummernfeststellung seinen eigenen Beständen anzureihen.¹⁾

Eine weitere sich daraus ergebende Konsequenz ist bei Gelegenheit der Erörterung des § 8 noch besonders zu besprechen, die nämlich, daß der Depositär, da er in den beiden Fällen der Ermächtigung aus § 2 Eigentümer der deponierten Stücke wird, wenn er diese Stücke einem Dritten (dem Zentralbankier) zu irgend einem Zwecke, z. B. zur Aufbewahrung, ausantwortet, selbstverständlich nicht verpflichtet ist, dem Dritten mitzuteilen, daß die Papiere fremde seien.

Aus dem Vorstehenden erhellt:

Folgt des, wie erörtert, durchaus nicht notwendigen zweiten Absatzes des § 2 sind in den Fällen des ersten Absatzes des § 2 fast sämtliche Zwecke, welche das Gesetz durch seine Vorschriften über

wenn auch modifizierten, Verwahrungsvertrag abschließen. Vgl. die vor trefflichen Ausführungen von Prof. Strohal auf dem 22. deutschen Juristentag, denen der Referent in diesem Punkte sehr mit Unrecht entgegengetreten ist. S. übrigens auch Oñer a. a. O. S. 51—54. Es bleibt aber wohl auch nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs in solchen Fällen nichts anderes übrig, als einen Darlehensvertrag anzunehmen, da § 700 BGB. lautet: „Werden vertretbare Sachen in der Art hinterlegt, daß das Eigentum auf den Verwahrer übergehen und dieser verpflichtet sein soll, Sachen von gleicher Art, Güte und Menge zurückzugeben, so finden die Vorschriften über das Darlehen Anwendung . . . Bei der Hinterlegung von Wertpapieren ist eine Vereinbarung der im Abj. 1 bezeichneten Art nur gültig, wenn sie ausdrücklich getroffen wird,“ wenn man nicht etwa dieser Konsequenz dadurch entgehen will, daß man erklärt, in dem Gebrauche der Formeln des § 2 liege keine ausdrückliche Vereinbarung im Sinne des § 700 BGB.

¹⁾ Es ist aber immer festzuhalten, daß diese Ermächtigungen unentgeltlich erteilt werden, aus welchem Grunde allein schon die — inzwischen vom Finanzminister durch Erlaß vom 5. Nov. 1896 (Z. Nr. 15 187) gebilligte — Ansicht der Berliner Steuerbehörden m. E. unhaltbar ist, daß im Falle der Erteilung solcher Ermächtigung, weil damit dem Depositär die Möglichkeit gegeben sei, sich jederzeit ohne Mitwirkung des Deponenten zum Eigentümer der deponierten Stücke zu machen, ein stempelpflichtiges Anschaffungs geschäft vorliege. Das letztere setzt nach der konstanten und zweifellos richtigen Praxis des Reichsgerichts ein „entgeltliches Vertragsgeschäft“ (s. RG. Bd. 21 S. 36) voraus, während schon der Verwahrungsvertrag meist unentgeltlich geschlossen wird, für die Erteilung der Ermächtigungen im Sinne des § 2 aber ohne Zweifel kein besonderes Entgelt gewährt wird. Diese „Entgeltlichkeit“ ist aber durchaus nicht identisch mit der aus der Hingabe zur Aufbewahrung von selbst folgenden Verpflichtung zur Rückgabe; der Begriff „entgeltlich“ deckt sich vielmehr mit dem technischen Begriffe „oneros“.

den Verwahrungs- und Verpfändungsvertrag nach der Begründung erreichen wollte, verfehlt und vereitelt:

1. Eine Erweiterung des zivilrechtlichen Aussonderungsanspruchs des Deponenten, (welcher letztere, falls der Depositar die deponierten Stücke rechtswidriger Weise an einen gutgläubigen Dritten weiter veräußert, in Folge der Artt. 306 und 307 HGB. schon bei dem regulären Depot recht schlecht gestellt ist), hat der Entwurf nicht erreicht, vielmehr ist der Aussonderungsanspruch, wie wir gesehen haben, ohne Not in den Fällen des § 2 von vornherein nach dem Gesetze ausgeschlossen.
2. Eine Erweiterung des jetzigen strafrechtlichen Schutzes des Deponenten gegen rechtswidrige Verfügungen des Depositors, welche in der Begründung als durchaus notwendig erachtet und für die Fälle des regulären Depots wohl auch in Gemäßheit der §§ 9 und 10 des Gesetzes erreicht ist, hat man, wiederum ohne innere Notwendigkeit, in den Fällen des § 2 des Gesetzes von vornherein aufgegeben. Denn da in den beiden dort bezeichneten Fällen, wie wir zeigten, der Bankier die Vorschriften des § 1 nicht zu befolgen hat, fällt hier die Anwendbarkeit des neuen § 10 des Gesetzes fort, und ebensowenig kann der Bankier in diesen Fällen gemäß § 9 Abs. 2 wegen Nichtbeachtung der Vorschrift des § 8 (also weil er dem Zentralbankier bei Weitergabe der Papiere nicht erklärt hat, daß sie „fremde“ seien) bestraft werden, da die Papiere thatsächlich nicht als fremde zu betrachten sind.¹⁾
3. Endlich ist in Folge des zweiten Abjages des § 2 auch der wirtschaftliche Zweck, den man bei Erlaß des Gesetzes im Interesse der Einschränkung der Spekulationskreise im Auge hatte und haben mußte, den Kommissionär abzuhalten, mit den dem Kommittenten gehörigen Papieren sich selbst behufs Erleichterung eigener Spekulationen Kredit zu machen, nicht erreicht worden. Denn da in den Fällen des § 2 der Vofalbankier, wenn er die bei ihm deponier-

¹⁾ Es braucht wohl kaum besonders hervorgehoben werden, daß auch in den Fällen des § 2 die Kriterien einer Strafbarkeit des über die Wertpapiere disponierenden Bankiers auf Grund der bisherigen (allgemeinen) Strafbestimmungen dann vorliegen, wenn er zur Zeit dieser Disposition die Absicht der Ersatzleistung in genere nicht hat oder die Ausführung der letzteren durch bereite Mittel nicht gewährleistet ist.

ten Papiere dem Zentralbankier einsendet, nicht zu sagen hat, daß diese Papiere „fremde“ seien (vgl. für den Fall der Ermächtigung, über die Papiere zu eigenem Nutzen zu verfügen, Begründung S. 83), kann er sie ohne weiteres als Kreditunterlage für seine eigenen Spekulationen benutzen.

Gerade die letztere Konsequenz aber mag in erster Linie die Schuld an dem Vorgange tragen, den wir heute schon konstatieren können, daß seit dem Inkrafttreten des Bankdepotgesetzes die Zahl der regulären Depots gegen früher in sehr erheblichem Umfange, wenigstens bei den Lokalkbankiers, zurückgegangen ist, da, soweit sich bisher beobachten ließ, eine sehr bedeutende Zahl von Lokalkbankiers sich von ihren Kunden, speziell von denen, welche noch Beträge auf die deponierten Werte schuldig geblieben waren, Ermächtigungen in Gemäßheit des § 2 haben ausstellen lassen, während dies von großen Banken, z. B. in Berlin, nur ausnahmsweise, und auch dann nicht generell, verlangt worden ist.¹⁾ Viele Lokalkbankiers, und zwar gerade die zuverlässigsten und solche, welche

¹⁾ Das Resultat wird also voraussichtlich in der That so werden, wie es Strohal (a. a. O. S. 199) vorausgesagt hat, wenn auch der Entwicklungsgang ein anderer gewesen ist: „Da nun das reguläre Depot sich in dem großen Bankverkehr auf die Dauer nicht halten läßt, so werden die großen Bankunternehmungen mit Stipulationen vorgehen, daß die Grundätze des streng regulären Depots nicht Platz greifen sollen, alle kleineren Unternehmungen werden folgen und das Resultat wird sein, daß das streng reguläre Depot trotz der neuen Maßregeln eine seltene Ausnahme bilden wird.“ In einer Sitzung einer Vereinigung von großen Berliner Banken und Bankinstituten, welche am 21. Juli 1896, also unmittelbar nach der Publikation des Bankdepotgesetzes, stattfand, hat man im Gegenteil als Grundsatz festgestellt, „daß es geboten erscheine, sich . . . auf den Boden des Gesetzes zu stellen und insbesondere alles zu vermeiden, was als eine Vereitelung der dem Gesetze zu Grunde liegenden Absicht aufgefaßt werden könnte“. Man hat daher insbesondere von dem Beschlusse Abstand genommen, sich in den Fällen des regulären Depots (§ 1) die Ermächtigungen des § 2 ausstellen zu lassen und desfallige Formulare zu entwerfen und der Klientel zu übersenden. Es kann sonach nur bedauert werden, daß Dr. Endemann-Bremen in der Deutschen Juristenzeitung I. Jahrg. Nr. 20 S. 394 (15. Okt. 1896) sich in nachstehender Weise geäußert hat: „Nur vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ging die Nachricht durch die Blätter, daß unter Führung unserer größten Banken eine Einigung der Beteiligten dahin im Werke sei, daß in allen Fällen der Bankier sich von den Verpflichtungen des Gesetzes in der vorgeschriebenen Form vom Privatkunden entbinden lassen und der Provinzialbankier seinerseits dem hauptstädtischen Bankier jene Ermächtigung ein für allemal erteilen solle. Gelingt dieser Plan u.“ — Wir haben gezeigt, daß das gerade Gegenteil der Fall ist, das Resultat der Beratungen, auf die hier hingedeutet wird, war lediglich die Feststellung des Zirkulars Anlage 6. (Vgl. S. 38, 39 u. 47.)

kaum je in die Lage kommen, von der ihnen eingeräumten Ermächtigung nach § 2 Gebrauch zu machen, mag auch (zum Teil, oder ausschließlich) der Wunsch geleitet haben, nicht etwa wegen irgend welcher Verfehlung gegen die formale Vorschrift des § 8 nach § 9 Absatz 2 strafbar oder auch nur denunziert zu werden.

Bevor wir nun den § 2 verlassen und den § 3 des Gesetzes besprechen, ist noch eine in der Praxis vielfach aufgeworfene Frage zu erörtern, die dahin geht, ob nicht die sämtlichen Bestimmungen über die Pflichten des Kommissionärs bei der kommissionsweisen Anschaffung von Wertpapieren dadurch unanwendbar gemacht werden könnten, daß der Bankier im voraus in einem an seine Klientel zu richtenden Zirkular generell, und dann noch außerdem gelegentlich der einzelnen Auftragserteilung, es ablehne, überhaupt als Kommissionär (sei es durch Ausführung des Auftrags mit Dritten, sei es als Selbstkontrahent) den Auftraggebern gegenüber aufzutreten, daß er vielmehr erkläre, daß er die Papiere, die er einkaufen solle, als Selbstverkäufer liefere und diejenigen, welche er verkaufen solle, als Selbstkäufer beziehen werde bezw. beziehe. —

Die Möglichkeit eines solchen Abkommens wird sich kaum in Abrede stellen lassen, wenn auch in den einzelnen Fällen der Vorgang sich etwas kompliziert gestalten, und vielleicht die Ausführbarkeit, insbesondere infolge des Erfordernisses eines bestimmten Kaufpreises, vielfach praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten begegnen dürfte. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß die möglichen einzelnen Fälle etwa folgendermaßen präzisiert werden könnten:

Im Falle einer solchen prinzipiellen Ablehnung der Ausführung eines Kommissionsauftrages tritt an dessen Stelle:

1. wenn ein Kauf, und zwar bestens, erfolgen soll, der Verkauf des betr. Wertpapiers an den Kunden zu dem am nächsten Börsentage von dem Bankier beim Einkauf für seine Rechnung zu erzielenden Bestenskurse nach den Usancen der für den letztgedachten Einkauf in Betracht kommenden Börse plus der zu vereinbarenden Provision (oder eines der letzteren gleichkommenden Zuschlages);
2. wenn ein Kauf, und zwar zu einem bestimmten Limit, erfolgen soll, der Verkauf des betr. Wertpapiers an den Kunden zu dem bestimmten Limit zuzüglich der zu vereinbarenden Provision, unter der Bedingung, daß es dem Bankier gelingen werde, innerhalb der Gültigkeitsdauer des Limits das betr. Wertpapier bis zu diesem Limit an der in Betracht kommenden Börse zu deren Usancen sich selbst zu beschaffen;

3. wenn ein Verkauf, und zwar bestens erfolgen soll, der Kauf des betr. Wertpapiers seitens des Bankiers von dem Kunden zu dem Bestenskurse des nächsten Börsentages und zu den Chancen der in Betracht kommenden Börse, zuzüglich der zu vereinbarenden Provision;
4. wenn ein Verkauf, und zwar zu einem bestimmten Limit, erfolgen soll, der Kauf des betr. Wertpapiers seitens des Bankiers von dem Kunden zu dem bestimmten Limit und zu den Chancen der in Betracht kommenden Börse zuzüglich der zu vereinbarenden Provision unter der Bedingung, daß es dem Bankier gelingen werde, innerhalb der Gültigkeitsdauer des Limits mindestens zu diesem Limit den Verkauf des betr. Wertpapiers für sich selbst an der in Betracht kommenden Börse und zu deren Chancen zu bewirken.

Abgesehen davon aber, daß es den Auftraggebern wenig zu raten wäre, sich, besonders in den Fällen der Nr. 2 und 4, derart in die Hand des Kommissionärs zu begeben, so würde die theoretische Möglichkeit, daß sich der Bankier auf diesem Wege den bezüglich den Vorschriften des Bankdepotgesetzes (und ev. des Börsengesetzes) entziehen könnte, doch speziell in dem Falle ganz beseitigt sein, wenn er einen telegraphischen Auftrag eines neuen Kunden erhält, der das oben erwähnte generelle Zirkular noch nicht erhalten und unterzeichnet hat, da der Bankier einen solchen Auftrag, wenn er ihn nicht sofort ablehnt, doch immer als Kommissionär (sei es durch Abschluß mit Dritten, sei es als Selbstkontrahent) ausführen muß.

Eher noch denkbar und jedenfalls einfacher als diese ungemein komplizierten und wohl schwerlich durchführbaren Vorgänge würde eine vielfach schon heute geübte Praxis sein, wonach der eine Teil (der Bankier oder der Kunde) eine feste Anstellung bzw. Offerte macht, die von dem anderen Teile acceptiert wird. Dann kann allerdings von einem Kommissionsverhältnis nicht mehr die Rede sein; aber auch dieses Verfahren würde wegen der vielfachsten geschäftlichen Schwierigkeiten sich im Effektenverkehr zu allgemeiner Einführung kaum eignen.

Wir gehen nunmehr zum § 3 des Gesetzes über, welcher lautet:

§ 3. Der Kommissionär (Artikel 360, 378 des Handelsgesetzbuchs), welcher einen Auftrag zum Einkaufe von Wertpapieren der im § 1 bezeichneten Art ausführt, hat dem Kommittenten binnen drei Tagen ein Verzeichnis der Stücke mit Angabe der Gattung, des Nennwertes, der Nummern oder sonstiger Unterscheidungsmerkmale zu übersenden. Die Frist beginnt, falls

der Kommissionär bei der Anzeige über die Ausführung des Auftrages einen Dritten als Verkäufer namhaft gemacht hat, mit dem Erwerbe der Stücke, andernfalls mit dem Ablaufe des Zeitraums, innerhalb dessen der Kommissionär nach der Erstattung der Ausführungsanzeige die Stücke bei ordnungsmäßigem Geschäftsgange ohne schuldhafte Verzögerung beziehen konnte.

Ein Verzicht des Kommittenten auf die Uebersendung des Stückeverzeichnis ist, falls der Kommittent nicht gewerbmäßig Kauf- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, nur dann wirksam, wenn er bezüglich des einzelnen Auftrages ausdrücklich und schriftlich erklärt wird.

Soweit die Auslieferung der eingekauften Stücke an den Kommittenten erfolgt oder ein Auftrag des Kommittenten zur Wiederveräußerung ausgeführt ist, kann die Uebersendung des Stückeverzeichnis unterbleiben.

Der § 3 ist in Verbindung mit dem § 7 zu besprechen, der folgenden Wortlaut hat:

§ 7. Mit der Abiendung des Stückeverzeichnis geht das Eigentum an den darin verzeichneten Wertpapieren auf den Kommittenten über, soweit der Kommissionär über die Papiere zu verfügen berechtigt ist. Die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts, nach welchen der Uebergang des Eigentums schon in einem früheren Zeitpunkte eintritt, bleiben unberührt.

Der Kommissionär hat bezüglich der in seinem Gewahrsam befindlichen, in das Eigentum des Kommittenten übergegangenen Wertpapiere die im § 1 bezeichneten Pflichten eines Verwahrers.

1. Inhalt des § 3.

Der § 3 des Gesetzes bezieht sich auf den Fall eines einem Kommissionär erteilten und von diesem ausgeführten Auftrags zum Einkauf von Wertpapieren (Einkaufskommission).

2. Der bisherige Rechtszustand.

In Bezug auf den bisherigen, in vielfacher Beziehung recht verwickelten und unklaren Rechtszustand darf auf die maßgebenden Ausführungen von Prof. V. Goldschmidt in den Preussischen Jahrbüchern (1891 S. 876 ff.) verwiesen werden,¹⁾ da nach der Aufgabe, die ich mir gestellt habe, hier nicht der Ort ist, auf die verschiedenen juristischen Streitfragen näher einzugehen. Folgendes muß jedoch zum Verständnis des Zwecks und des Inhalts der §§ 3 und 7 vorangeführt werden:

¹⁾ Vgl. auch Begründung S. 70—73.

a) Der Einkaufskommissionär erwirbt selbst das Eigentum an den angeschafften Papieren.

Der Kommissionär handelt bei der Ausführung eines Auftrags zur Anschaffung von Wertpapieren, wenn auch für Rechnung seines Kommittenten, doch in eigenem Namen (Art. 360 HGB.). Er wird daher zunächst selbst Eigentümer der angeschafften Wertpapiere¹⁾, und ist dem Kommittenten lediglich kontraktmäßig (obligatorisch) verpflichtet, demnachst ihm (dem Kommittenten) das Eigentum zu übertragen und die Nummern der angeschafften Papiere aufzugeben.²⁾ Der Kommissionär ist aber der letzteren Verpflichtung bisher in der Regel erst dann nachgekommen, wenn er entweder für seine kontraktlichen Ansprüche aus dem Kommissionsauftrage vom Kommittenten befriedigt ist, oder wenn er letzterem ausdrücklich³⁾ Stundung für den Kaufpreis gewährt hat.

b) Das Recht des Kommittenten, die Besitz- (Eigentums-) Übertragung zu fordern, und die Mittel zur Durchführung dieses Rechts.

Aber selbst dann, wenn die letzteren Voraussetzungen vorliegen, hatte der Kommittent, falls demungeachtet der Kommissionär die Eigentums- (Besitz-) Übertragung nicht vornahm, nach bisherigem Recht nur die Befugnis, im Wege eines langwierigen, kostspieligen und vielleicht wegen des inzwischen eingetretenen Konkurses des Kommissionärs völlig nutzlosen Prozesses die Besitzübertragung zu verlangen.

c) Die Notwendigkeit und Folge des Besitzübertragungsakts.

Erst durch Vollziehung der Besitzübertragung aber erhält der Kommittent die Möglichkeit, in einem Konkurse des Kommissionärs die angeschafften Wertpapiere vindizieren (aus der Masse aussondern) zu können, statt sich mit der oft recht verlustreichen Stellung eines

¹⁾ Der Ansicht Strohal's (a. a. O. S. 204), daß auch bei angekauften Wertpapieren auf Grund des Art. 368 des HGB. dem Kommissionär nur ein formelles (prokuratorisches) Gläubigerrecht zustehe, kann ich mich schon für das bisherige Recht nicht anschließen; nach Erlass des Bankdepotgesetzes, speziell des § 7, hat sie aber für Deutschland m. E. jedenfalls keinen Boden mehr.

²⁾ Zu letzterem Punkte vgl. RG. Entsch. Bd. V S. 6.

³⁾ Ich möchte hier besonders betonen, daß ich die in der Begründung des Gesetzes (S. 80) aufgestellte Ansicht, daß „im Kontokorrentverkehr“ die Absicht Stundung zu gewähren, im Falle der (ohne volle Deckung) ausgeführten Einkaufskommission ohne weiteres anzunehmen sei, für irrig halte. Die Begründung kann zu dieser Ausnahme für den Kontokorrentverkehr — eine weitere Ausnahme macht sie für den Fall der Annahme von Aufträgen gegen bloßen Einschuß — nur infolge der Unterstellung gelangt sein, daß der Kontokorrentverkehr eine materielle Kreditgewährung mit sich bringe und voraussetze, was, wie ich an anderer Stelle betont habe (im Gutachten für den deutschen Juristentag von 1884 über die Frage: „Sind im deutschen HGB. Grundsätze über den Kontokorrentverkehr aufzustellen?“ S. 6—9) unrichtig ist.

Konkursgläubigers begnügen zu müssen; erst nach deren Vollziehung kann er, wenn der Kommissionär die angeschafften Wertpapiere widerrechtlich veräußert hat, die letzteren wenigstens von dem unredlichen Erwerber zurückfordern.

d) Die verschiedenen Formen der Besitz-(Eigentums)-Übertragung.

Die Eigentums-(Besitz-)Übertragung kann sich nun aber vollziehen: entweder auf dem einfachsten Wege der Aushändigung der angeschafften Wertpapiere an den Kommittenten oder, falls der Kommissionär die Papiere in seinem Gewahrsam behalten soll und behält, dadurch, daß der Kommissionär irgend einen Akt vornimmt, mittels dessen er in nach außen ersichtlicher Weise erklärt, daß er die angeschafften Papiere von nun ab für den Kommittenten besitze und verwahre; diesen letzteren Akt nennt man in der Juristensprache: *constitutum possessorium*. Im Gebiete des ig. gemeinen Rechts wird ein solcher Besitzübertragungsakt auch ohne jede Erklärung des Kommissionärs dann ohne weiteres als vorhanden erachtet, wenn der Kommissionär die von ihm für Rechnung des Kommittenten angeschafften Wertpapiere in irgend einer Weise für diesen ipesialisiert hat, sei es durch Absonderung in einem bestimmten Verhältnis, sei es durch Bezeichnung der Papiere mit dessen Namen oder endlich auch nur durch Buchung der Nummern der Papiere auf dem Konto des Kommittenten. Im Gebiete des preussischen Rechts wird aber außerdem noch gefordert: eine besondere nach Anschaffung der Papiere, wenn auch ohne Nummernangabe, erfolgende Aufbewahrungserklärung des Kommissionärs dem Kommittenten gegenüber. (Vgl. Begründung S. 70/71.)

3. Der jetzige Rechtszustand.

Das Gesetz will nun den von ihm vorgefundenen Rechtszustand dadurch verbessern, daß es in § 3 eine Form und eine Frist bestimmt, kraft deren bzw. innerhalb deren der Kommissionär die Besitzübertragung, also den Eigentumsübergang der angeschafften Papiere auf den Kommittenten, spätestens bewirken muß. Diese Verpflichtung des Kommissionärs soll durch § 10 Satz 2 strafrechtlich gesichert werden.

a) Die für das Stückeverzeichnis festgesetzte Form und Frist.

Die Form, welche zugleich die nach preuß. Landrecht erforderliche Erklärung ersetzt, ist die Uebersendung eines „Verzeichnisses der Stücke mit Angabe der Gattung, des Nennwerts, der Nummern oder sonstiger Unterscheidungsmerkmale“ (des „Stückeverzeichnis-

nisses“), die Frist ist eine dreitägige, welche von den im zweiten Satze des § 2 in zweckmäßiger Weise näher fixierten Zeitpunkten ab zu laufen beginnt. Zweckmäßig deshalb, weil, wenn der Kommissionär bei der Anzeige über die Ausführung des Auftrags einen Dritten als Verkäufer namhaft gemacht hat, die Frist mit Recht mit dem Erwerb der Stücke, also — was auch für den Zwischenkommissionär gilt — mit deren Aushändigung an ihn oder mit dem der letzteren rechtlich gleichkommenden anderweiten Besitzübertragungsakt, zu laufen beginnt, andernfalls aber „mit dem Ablauf des Zeitraums, innerhalb dessen der Kommissionär nach der Erstattung der Ausführungsanzeige die Stücke bei ordnungsmäßigem Geschäftsgange ohne schuldhaftes Verzögerung beziehen konnte.“ Sind also in letzterem Falle dem Zentralbankier — und dies gilt auch für den Lokalbankier — die Stücke ohne sein Verschulden, sei es von inländischen, sei es von ausländischen Verkäufern zu spät geliefert, und hat er dann auch in der Execution den ordnungsmäßigen Geschäftsgang nicht schuldhafter Weise verlegt, so beginnt die dreitägige Frist erst entsprechend später zu laufen. — Es ist aber bei diesen Vorschriften auf einen merkwürdigen Widerspruch derselben gegen den § 74 des Börsengesetzes hinzuweisen, der insofern vorliegt, als nach letzterem, wenn der Kommissionär nicht bei der Anzeige von der Ausführung ausdrücklich gesagt hat, daß er selbst eintrete, dies als Erklärung gelten soll, daß er das Geschäft durch Abschluß mit einem Dritten ausgeführt habe, während hier (im § 3 des Bankdepotgesetzes) offenbar im Gegenteil, wenn der Kommissionär nicht mit der Ausführungsanzeige einen Dritten als Verkäufer namhaft gemacht hat, der Selbsteintritt des Kommissionärs präsumiert wird.

b) Unterzeichnung des Stückeverzeichnisses.

Daß das Stückeverzeichnis „von einer zur Vertretung der betreffenden Bank befugten Person unterschrieben“ werde, was der Abgeordnete Triken in den Reichstagsverhandlungen als selbstverständlich annahm (s. stenogr. Reichstagsbericht über die Sitzung v. 10. Jan. 1896 S. 231),¹⁾ hat das Gesetz nicht bestimmt, es folgt auch m. E. um deswillen nicht aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen, da es sich nicht um Verpflichtungs- sondern nur um Beweisurkunden handelt, welche — mit der gesetzlich normierten Rechtsfolge — feststellen sollen, welche Wertpapiere für den Kommittenten spezialisiert sind. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß, was die Kon-

¹⁾ Ebenso Apt a. a. O. S. 33.

sequenz der Fritzen'schen Ansicht wäre, die Stückerzeichnisse, wenn etwa die notwendigen Unterschriften fehlen, oder wenn sie nicht von zur Vertretung der betreffenden Bank generell oder für die Unterfertigung solcher Verzeichnisse speziell bevollmächtigten Personen unterschrieben sind, ungültig wären, wie es eine Verpflichtungs-urkunde sein würde.

c) Wegfall der Verpflichtung zur Zusendung des Stückerzeichnisses.

Die Ueberendung des Stückerzeichnisses kann nur in drei Fällen unterbleiben, nämlich:

1. wenn der Kommittent auf diese Ueberendung ordnungsmäßig verzichtet hat. Betreibt der Kommittent gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte,¹⁾ so kann er sowohl generell (ein für alle mal), als mündlich verzichten, auch kann alsdann ein solcher Verzicht in den Geschäftsbedingungen stehen, und auch aus den Umständen gefolgert werden; in allen anderen Fällen muß der Verzicht ausdrücklich und schriftlich²⁾ erklärt werden und kann nur für den einzelnen Auftrag erteilt werden;
2. wenn die Auslieferung der angekauften Stücke an den Kommittenten erfolgt ist;
3. wenn ein Auftrag des Kommittenten zur Wiederveräußerung der angeschafften Stücke ausgeführt ist.

d) Rechtsfolgen der Ueberendung des Stückerzeichnisses.

Die Ueberendung des Stückerzeichnisses bezeichnet nach § 7 den spätesten Zeitpunkt, an welchem sich der Eigentumsübergang der angeschafften Stücke auf den Kommittenten vollziehen soll, während nach wie vor gemäß dem ausdrücklichen Vorbehalt des zweiten Satzes des § 7, abgesehen von der Aushändigung der Stücke an den Kommittenten, auch ein anderer und früherer Eigentumsübergang möglich ist. Letzterer tritt, wie wir sahen, im Gebiete des gemeinen Rechts ein, wenn, was sehr wohl vor Ablauf der für die Absendung des Stückerzeichnisses normierten Frist geschehen kann, irgend eine Spezialisierung der angeschafften Stücke für den Kommittenten vorgenommen ist, und gilt im Gebiete des allgem. preuß. Landrechts als eingetreten, wenn außer dieser Spezialisierung noch eine besondere Aufbewahrungs-Erklärung des Kommissionärs gegenüber dem Kommittenten erfolgt ist. Die Ueberendung des Stückerzeichnisses stellt

¹⁾ Ueber den event. zulässigen Gegenbeweis s. oben S. 19.

²⁾ Ueber die Bedeutung dieser Ausdrücke vgl. das oben S. 17 und 18 Gesagte.

Kieffer, Bankdepotgesetz.

also entweder den Besitzübertragungsakt (das *constitutum possessorium*) dar, oder sie folgt ihm. Zur Abschneidung von Zweifeln bestimmt der Absatz 2 des § 7, daß nach der Eigentumsübertragung an den Kommittenten der Kommissionär bezüglich der in seinem Gewahrsam befindlichen (also nicht ausgehändigten) Stücke die im § 1 bezeichneten Pflichten eines Verwahrers hat,¹⁾ also speziell die Pflicht der getrennten Aufbewahrung und Nummerneintragung.

c) Rechtsfolgen der (vorsätzlichen) Nicht-Überendung des Stückeverzeichnisses.

Das Gesetz hat die rechtzeitige Überendung des Stückeverzeichnisses dadurch zu sichern versucht, daß die vorsätzliche Nicht-Überendung desselben den Kommissionär gemäß § 10 des Gesetzes nicht nur zivilrechtlich, sondern dann auch strafrechtlich verantwortlich macht (Gefängnis bis zu zwei Jahren), wenn infolge dieser Unterlassung der Berechtigte im Falle der Zahlungseinstellung oder des Konkurses des Kommissionärs bezüglich seines Aussonderungsanspruchs an den angeschafften Wertpapieren benachteiligt wird.

Nach § 3 des Gesetzes ist in der oben (S. 33 c. Nr. 1) näher bezeichneten Form ein Verzicht auf Überendung des Stückeverzeichnisses zulässig. Er fragt sich nun, welche Folge ein solcher in gehöriger Form ausgesprochener Verzicht hat.

f) Rechtsfolge des Verzichts auf Überendung des Stückeverzeichnisses.

Nach meiner Ansicht bedeutet dieser Verzicht, also der Verzicht auf Nummernaufgabe, sowohl nach der Intention der Parteien, wie nach dem Willen des Gesetzgebers, daß der Kommissionär, welcher infolge der Anschaffung zunächst selbst Eigentümer der angeschafften Stücke wird, dies auch bleiben soll, wenn und insofern er nicht etwa in anderer Weise, als durch Aufgabe der Nummern, einen Besitzübertragungsakt zu Gunsten des Kommittenten vornehmen will, und vornimmt. Er soll also, falls die letztere Ausnahme nicht vorliegt, lediglich Stückschuldner des Kommittenten werden, welcher seinerseits nur einen persönlichen Anspruch auf Ausfolgung von Papieren gleicher Art, Güte und Menge erhält, im Konkurse des Kommissionärs also lediglich als gewöhnlicher Konkursgläubiger auftreten kann.

Wenn es richtig ist, daß die dem Kommissionär im Falle der Anschaffung von Wertpapieren gemachte gesetzliche Auflage, dem

¹⁾ Hierzu bemerkt die Begründung S. 89: „Wenn die Papiere, im Falle der Beteiligung mehrerer Bankiers an der Ausführung der Kommission, bei dem hauptstädtischen Bankier in Verwahrung bleiben . . ., so können dem Zwischenbankier, welcher alsdann gar nicht in den Gewahrsam der Papiere gelangt, auch die Pflichten des Verwahrers nicht zugemutet werden.“

Kommittenten binnen 3 Tagen nach Ausführung des Auftrags ein Stückeverzeichnis zu senden, sich als die Verpflichtung darstellt, „innerhalb dieser Frist das *constitutum possessorium* zu vollziehen, und dadurch den Kommittenten zum Eigentümer der bezogenen Wertpapiere zu machen“ (Begr. S. 78), so halte ich die Folgerung für unabweisbar, daß es in der Intention des auf dies Stückeverzeichnis verzichtenden Kommittenten liegt, den Kommissionär von der Verpflichtung, das *constitutum possessorium* vorzunehmen, zu befreien. Dagegen läßt sich auch m. E. nicht mit Erfolg einwenden, daß der Verzicht — was überdies bei Bankiers nicht einmal zutrifft — ausdrücklich erteilt sein müsse, daß aber aus dem bloßen Verzicht auf Ueberendung des Nummernverzeichnis nicht erhelle, ob sich der Kommittent über die Rechtsfolge seines Verzichts vollkommen klar geworden ist. Denn da im Gesetz ausdrücklich steht, daß mit der Absendung des Stückeverzeichnis das Eigentum übergeht, so muß der Kommittent schon deshalb sich vollkommen klar darüber sein, daß er mit dem Verzicht auf das Nummernverzeichnis auch auf den Eigentumsübergang verzichtet, zumal ihm die anderen im § 7 vorbehaltenen Möglichkeiten eines (früheren) Eigentumsübergangs in der Regel völlig unbekannt sind. Ferner würde er schon gleich nach der Ausführung des ersten Auftrags aus dem desfalligen Schreiben seines Bankiers erkennen, daß ihn dieser infolge jenes Verzichts nur auf „Stücke-Konto erkannt“ hat, ein Vorgang, über dessen Bedeutung, wie zahlreiche Urteile beweisen, die Geschäftswelt sich schon seit langen Jahren völlig klar geworden ist. Endlich ist fast die gesamte Geschäftswelt in Deutschland durch das unten (S. 38) näher zu erwähnende Zirkular fast aller großen Berliner Banken und Bankiers (Anlage 6), dem gerade in diesem Punkte eine große Reihe von norddeutschen und süddeutschen Bankiers beigetreten sind, mehr als ausreichend über die rechtliche Bedeutung des Verzichts auf das Stückeverzeichnis aufgeklärt worden. —

Dies ist aber nicht nur die Intention des Kommittenten, sondern die Intention beider Kontrahenten, da, wenigstens in der Regel, der Kommittent den qu. Verzicht nur auf Verlangen des Kommissionärs aussprechen wird. Dieser aber verlangt den Verzicht gerade um deswillen, weil er eben nicht Willens ist, den Kommittenten, der nicht bezahlt hat, zum Eigentümer zu machen und weil ihm dies billigerweise auch gar nicht zugemutet werden kann.

Denn wenn man in der Reichstagskommission¹⁾ den § 4 der

¹⁾ Bericht S. 5.

Regierungsvorlage gestrichen hat, weil der Kommissionär „durch Art. 374 und 375 des HGB“, also durch sein gesetzliches Pfandrecht, „genügend geschützt“ sei, so beruht diese Ansicht auf einer Verkennung der Rechtslage. Einmal setzt die erfolgreiche Geltendmachung dieses Pfandrechts den Nachweis der Existenz von „Forderungen in Kommissionsgeschäften“, also bei Bestreiten des Kommittenten den Beweis voraus, daß diese bestimmte Forderung noch existiere. Dieser Nachweis aber ist in der Mehrzahl der Fälle kaum zu erbringen, da es einerseits in der geschäftlichen Praxis völlig ausgeschlossen ist, ebensoviele Geldkonten für einen Kunden zu führen, als derselbe Aufträge erteilt, und weil andererseits der Kunde bei den inzwischen seinerseits erfolgten Zahlungen, wo es sich zudem meist um Rimesen im Kontoforrentverkehr handelt, nicht ausdrücklich zu erklären pflegt (was überdies dem Begriffe der Leistung im Kontoforrent widersprechen würde), auf welche seiner verschiedenen Kaufpreischulden die einzelne Leistung anzurechnen sei. Angenommen aber auch, die Forderung selbst ließe sich evident halten, so würde doch im Kontoforrentverkehr — nach der herrschenden Ansicht in der Literatur und Rechtsprechung — wenn inzwischen der Saldo gezogen und anerkannt ist, das Pfandrecht, welches für eine einzelne in den Saldo aufgegangene Forderung bestellt ist, untergehen¹⁾; ein Kontoforrentverkehr wird aber in den hier vorausgesetzten Fällen zwischen den Parteien in der Regel bestehen.

Aus allen diesen Gründen kann sich der Bankier durch das ihm zustehende gesetzliche Pfandrecht nicht als genügend geschützt betrachten, dies aber noch aus einem anderen Grunde,²⁾ den die Motive

¹⁾ Vgl. meine Ausgabe von J. A. Levy: „Der Kontoforrentvertrag“ (J. C. B. Mohr, Paul Siebeck, Freiburg 1884), S. 192—195, Anm. a, und mein „Handelsrechts-Praktikum“ (J. C. B. Mohr, Freiburg 1893), zweite Auflage, S. 149/150, Anm. 2. Zur Behebung dieses Uebelstandes ist der § 327 in den Entwurf des neuen Handelsgesetzbuchs aufgenommen worden, welcher Paragraph folgendermaßen lautet: „Forderungen, die durch Pfand, Bürgschaft oder in anderer Weise gesichert sind, sowie Forderungen aus Wechseln oder anderen Wertpapieren bleiben von der laufenden Rechnung ausgeschlossen. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn ein Anderes vereinbart oder nach der Art der Geschäftsverbindung als beabsichtigt anzusehen ist. In einem solchen Falle wird der Gläubiger durch die Aufnahme der Forderung in die laufende Rechnung nicht gehindert, aus der Sicherheit insoweit Befriedigung zu suchen, als sein Guthaben aus der laufenden Rechnung und die Forderung sich decken.“

²⁾ Obiges mag auch als Widerlegung der Bemerkung Strohal's (a. a. O. S. 206) dienen: „Auch ist nicht einzusehen, mit welchem Rechte aus dem bloßen Verzicht auf das Nummernverzeichnis auf die Intention des Kommittenten geschlossen werden will, daß der Kommissionär ihm nur als Stückschuldner gegenüberstehe.“

zur Rechtfertigung des oben wiedergegebenen (von der Kommission gestrichenen) § 4 mit Recht angeführt haben: „denn, wenn er (der Kommissionär) gezwungen sein soll, sich das Recht der Verfügung über die eingekauften Stücke vor seiner Befriedigung (durch Uebersendung des Stückerzeichnisses) zu entäußern, so erleidet er den — namentlich für Bankiers mit kleinerem Betriebskapital schwer ins Gewicht fallenden — Nachteil, daß er einen Teil seiner Geldmittel in dem für den Kommittenten zu verauslagenden Kaufpreise festlegen muß, und gleichzeitig doch gehindert ist, die eingekauften Papiere noch zur Kreditbeschaffung zu benutzen.“ (Begr. S. 80.)

Der Kommissionär ist also geradezu genötigt, sich an Stelle des Pfandrechts die einzige Sicherheit, die ihm bleibt, dadurch zu verschaffen, daß er sich von dem Kommittenten den Verzicht auf Uebersendung des Stückerzeichnisses in dem Sinne gewähren läßt, sich das Eigentum an den von ihm angeschafften Stücken zu erhalten, um darüber frei verfügen zu können und nur Stückeschuldner des Kommittenten zu werden.

Soviel über die Intention der Parteien, deren Verwirklichung mittels des Verzichts auf Uebersendung des Stückerzeichnisses keine gesetzliche Vorschrift, soweit ich sehen kann, entgegensteht. Im Gegenteil ist in der Kommission, welche im preuß. Handelsministerium zur gutachtlichen Vorberatung des damaligen (später vielfach geänderten) Entwurfs zusammengetreten war, auch seitens der Regierungsvertreter auf eine Anfrage ausdrücklich bemerkt worden, „daß derjenige, der auf die Uebersendung des Stückerzeichnisses bezw. der Verwahrungsanzeige verzichte, dadurch auch auf die Vollziehung des *constitutum possessorium* Verzicht leiste, also nicht Eigentümer bestimmter Stücke werde und mithin nur einen Anspruch auf Lieferung in *genere* habe.“

Ich vermag daher die Ansicht von Apt¹⁾ in keiner Weise zu teilen, welcher — ohne jede nähere Begründung — sagt: „Der Verzicht hat aber nicht die Bedeutung, daß die im § 1 bezeichneten Pflichten nicht mehr (?) zu erfüllen sind,“ eine Ansicht, die so wie sie lautet („nicht mehr zu erfüllen sind“), schwer verständlich ist, da von den Pflichten des Verwahrers bei dem zunächst selbst Eigentum erwerbenden Kommissionär doch überhaupt erst dann die Rede sein kann, wenn die angeschafften Papiere in das Eigentum des Kommittenten übergegangen sind, wie dies zum Ueberfluß auch noch im zweiten Absätze des § 7 ausdrücklich ausgesprochen ist.

¹⁾ a. a. O. S. 34 sub 5 in fine.

g) Etwaige engere Bedeutung des Verzichts auf das Stückverzeichnis.

Wenn daher anzuerkennen ist, daß die Parteien den Verzicht auf das Stückverzeichnis bewußt und in rechtlich erlaubter Weise präsumtiv in dem Sinne gefordert, ausgestellt und angenommen haben, daß damit der Kommittent auf die Uebertragung des Eigentums der angeschafften Stücke an ihn selbst verzichten und nur einen persönlichen Anspruch auf Ausfolgung von Papieren gleicher Art, Menge und Güte erhalten will und soll, so ist doch selbstredend andererseits anzuerkennen, daß ein solcher Verzicht auch in einem anderen, begrenzteren Sinne gemeint sein kann, aber ein solcher kann nur angenommen werden, wenn er in durchaus klarer Weise ausgedrückt ist. M. a. W.: die Präsumtion spricht für die erstere, nicht für die letztere Auslegung.

Zimmerhin entspricht es der Vorsicht, wenn zur Abschneidung aller Zweifel so vorgegangen wird, wie dies in einem Ende Juli d. J. ergangenen Zirkular von größeren Berliner Banken und Bankinstituten (Anlage 6)¹⁾ geschehen ist, worin für einen Spezialfall folgendes gesagt ist:

„Wenn uns Bankiers Aufträge zum Ankauf von Wertpapieren mit der Erklärung erteilen, daß die Anschaffung für fremde Rechnung erfolge, so können und werden wir solche Aufträge nur unter der Bedingung ausführen, daß wir von der Uebersendung des Stückverzeichnisses befreit sind. Diese Befreiung hat zur Folge, daß die angeschafften Effekten von uns nicht für den Auftraggeber in Verwahrung und Besitz genommen werden, sondern ihm auf **unserem** Stückkonto ohne Nummernangabe gutgeschrieben, also auf keinem der beiden Depotkonti verbucht werden.“

oder wenn man die Kunden in mir bekannt gewordenen Auftragsformularen der Klausel des Verzichts auf die Uebersendung des Stückverzeichnisses noch den (die Rechtsfolge klarstellenden) Zusatz beifügen läßt:

„und sind damit einverstanden, daß Sie uns die anzuschaffenden Papiere auf Ihrem Stückkonto kreditieren“ (vgl. Anlage 4),

¹⁾ Die Eingangsbestimmungen dieses Zirkulars werden wir noch später zu erörtern haben (vgl. S. 47). Jedenfalls aber hat dies Zirkular, welches demnächst auch von einer sehr großen Reihe nord- und süddeutscher Banken und Bankinstitute gleichlautend erlassen wurde, das Gute, daß sich die Kommittenten, welche eine gleichlautende Erwiderung zu unterzeichnen hatten, in den weitesten Gegenden und Kreisen Deutschlands über die Bedeutung eines solchen Verzichts völlig klar geworden sind, falls sie es nicht schon waren.

wobei in manchen Formularen noch weiter hinzugefügt ist:

„ohne daß die Belastung mit dem Kaufpreise im Kontokorrent hieran etwas ändern soll“. ¹⁾

Aber wenn solche Zusätze auch sicherlich vorsichtig und deshalb empfehlenswert sein müssen, notwendig sind sie nach meiner Ansicht nicht. —

Was die heutigen Zustände betrifft, so haben sie sich, soweit ich sehen kann, teils schon so entwickelt, teils sind sie offensichtlich in dieser Entwicklung begriffen, daß aus den oben erörterten Gründen (also wegen der Schwierigkeiten in der Geltendmachung des Pfandrechts und wegen der dadurch für den Kommissionär, der Blankofredite in größerem Umfange weder geben will, noch kann, erwachsenden Notwendigkeit, sich in anderer Weise zu sichern, endlich wegen der Unerträglichkeit der Gesetzesvorschrift, den Kommittenten durch Uebersendung eines Stückverzeichnis auch dann zum Eigentümer machen zu sollen, wenn dieser selbst seine Verpflichtungen aus dem Kommissionsauftrage noch nicht erfüllt hat) die Kommissionäre in der Mehrzahl der Fälle bereits jetzt verlangen oder in der Folge verlangen werden, daß sie von der Uebersendung des Stückverzeichnis befreit werden. Daß diesem Entwicklungsgange nur die angegebenen Motive zu Grunde liegen, beweist die Thatfache, daß er sich vollzogen hat und sich m. E. mit jedem Tage bestimmter vollziehen wird, obwohl eine große Anzahl von Berliner Banken und Bankinstituten in der schon oben erwähnten Sitzung vom 21. Juli 1896 einer solchen Entwicklung mit dem Beschlusse entgegengetreten sind: „die Verzichtleistung auf die Erteilung von Nummernverzeichnissen nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes weder generell von den Provinzialbankiers, noch für die einzelnen Geschäfte durch einen Vordruck auf dem Orderformular zu verlangen.“ Allerdings soll nach Ablauf einer Probezeit eine neue Versammlung an Hand der inzwischen gemachten Erfahrungen prüfen, ob diese „Beschlüsse für die weitere Zukunft als endgültige adoptiert werden können.“

Damit aber wäre wiederum, im Anschluß an die Vorschriften des Bankdepotgesetzes selbst, ein großer Teil der regulären Bankdepots beseitigt: das Stückkonto des Kommissionärs verdrängt das (reguläre) Bankdepot des Kom-

¹⁾ Dies geschieht offenbar, um der oben (S. 30 Anm. 3) erörterten Ansicht der Motive, daß schon in der Belastung des Kommittenten im Kontokorrent ein demselben seitens des Kommissionärs gewährter Ausstand zu finden sei, ausdrücklich entgegenzutreten.

mittenten, welches letztere an sich nach Anschaffung der Stücke entstehen müßte. —

Die Vorschriften der §§ 4, 5 und 6, welche folgendermaßen lauten:

§ 4. Ist der Kommissionär mit Erfüllung der ihm nach den Bestimmungen des § 3 obliegenden Verpflichtungen im Verzuge und holt er das Versäumte auf eine danach an ihn ergangene Aufforderung des Kommittenten nicht binnen drei Tagen nach, so ist der Kommittent berechtigt, das Geschäft als nicht für seine Rechnung abgeschlossen zurückzuweisen und Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu beanspruchen.

Die Aufforderung des Kommittenten verliert ihre Wirkung, wenn er dem Kommissionär nicht binnen drei Tagen nach dem Ablaufe der Nachholungsfrist erklärt, daß er von dem im Absatz 1 bezeichneten Rechte Gebrauch machen wolle.

§ 5. Der Kommissionär, welcher einen Auftrag zum Umtausche von Wertpapieren der im § 1 bezeichneten Art oder zur Geltendmachung eines Bezugsrechts auf solche Wertpapiere ausführt, hat binnen zwei Wochen nach dem Empfange der neuen Stücke dem Kommittenten ein Verzeichnis der Stücke mit den im § 3 Absatz 1 vorgezeichneten Angaben zu übersenden, soweit er ihm die Stücke nicht innerhalb dieser Frist aushändigt.

§ 6. Der Kommissionär, welcher den in § 5 ihm auferlegten Pflichten nicht genügt, verliert das Recht, für die Ausführung des Auftrages Provision zu fordern (Artikel 371 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs).

geben keinen erheblichen Anlaß zu einer besonderen Erläuterung oder Kritik. Nur mag zu § 5 bemerkt werden, daß hier von einer Möglichkeit des Verzichts auf die Uebersendung des Stückerzeichnisses, wie solcher im § 3 Abs. 2 im Falle der kommissionsweisen Anschaffung von Wertpapieren vorgesehen ist, überhaupt nicht die Rede ist. Es wäre aber nach meiner Meinung unrichtig, hieraus schließen zu wollen, daß ein Verzicht sonach überhaupt vom Gesetze nicht als zulässig betrachtet werde. Einen Verzicht auf Rechte, wie das in § 5 normierte Recht des Kommittenten, in den hier bestimmten Fällen ein Nummernverzeichnis zu empfangen, wird man nach allgemeinen Grundsätzen immer als zulässig erachten müssen, wenn nicht etwa die Vorschrift, um die es sich handelt, als eine im öffentlichen Interesse gegebene absolute Vorschrift zu erachten wäre, was ich hier umsoweniger annehmen kann, als auf die Einhaltung der mindestens gleichbedeutenden Vorschrift des § 4 nach dessen ausdrücklicher Bestimmung ein Verzicht speziell für zulässig erklärt worden ist.

Da nun aber zu § 5 des Verzichts überhaupt nicht gedacht ist, so kann, mangels einer speziellen desfalligen Vorschrift, gar nicht die Rede davon sein, daß hinsichtlich der Form und Voraussetzungen dieses Verzichts etwa die singulären Vorschriften des § 3 Abs. 2 analog anwendbar seien. Er kann daher auch von Nichtbankiers ein für allemal, und nicht schriftlich, sondern auch mündlich erklärt werden und kann auch „aus den Umständen gefolgert“ werden.

Ein Kaufmann, der als Kommissionär den Vorschriften des § 5 vorsätzlich zuwider gehandelt hat, unterliegt nach § 10 im Falle seiner Zahlungseinstellung oder seines Konkurses einer besonderen Strafe (Gefängnis bis zu 2 Jahren) dann, wenn dadurch der Berechtigte bezüglich des Anspruchs auf Aussonderung der von jenem eingekauften, eingetauschten und bezogenen Wertpapiere benachteiligt wird.

Der § 7, welcher folgendermaßen lautet:

§ 7. Mit der Abjendung des Stückerzeichnisses geht das Eigentum an den darin verzeichneten Wertpapieren auf den Kommittenten über, soweit der Kommissionär über die Papiere zu verfügen berechtigt ist. Die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts, nach welchen der Uebergang des Eigentums schon in einem früheren Zeitpunkte eintritt, bleiben unberührt.

Der Kommissionär hat bezüglich der in seinem Gewahrsam befindlichen, in das Eigentum des Kommittenten übergegangenen Wertpapiere die im § 1 bezeichneten Pflichten eines Verwahrers.

Ist schon oben S. 28 bis 34, zusammen mit dem § 3 ausführlich erläutert worden; es kann daher hier auf diese Erörterungen verwiesen werden.

Wir gehen nunmehr zur Erörterung des § 8 über, welcher lautet:

§ 8. Ein Kaufmann, welcher im Betriebe seines Handelsgewerbes fremde Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art einem Dritten zum Zweck der Aufbewahrung, der Veräußerung, des Umtausches oder des Bezuges von anderen Wertpapieren, Zins- oder Gewinnanteilscheinen ausantwortet, hat hierbei dem Dritten mitzuteilen, daß die Papiere fremde seien. Ebenso hat er in dem Falle, daß er einen ihm erteilten Auftrag zur Anschaffung solcher Wertpapiere an einen Dritten weitergibt, diesem hierbei mitzuteilen, daß die Anschaffung für fremde Rechnung geschehe.

Der Dritte, welcher eine solche Mitteilung empfangen hat, kann an den übergebenen oder an den neu beschafften Papieren ein Pfandrecht oder ein Zurückbehaltungsrecht nur wegen solcher Forderungen an seinen Auftraggeber geltend machen, welche mit Bezug auf diese Papiere entstanden sind.

Die in diesem Texte gesperrt gedruckten Worte, also die Worte: „der Veräußerung“, sowie die Worte:

„Ebenso hat er in dem Falle, daß er einen ihm erteilten Auftrag zur Anschaffung solcher Wertpapiere an einen Dritten weitergibt, diesem hierbei mitzuteilen, daß die Anschaffung für fremde Rechnung erfolge“

sind Zusätze der Reichstagskommission zum § 9 der Regierungsvorlage, welcher letztere, nachdem der § 4 der Regierungsvorlage gestrichen ist, zum § 8 des Gesetzes geworden ist.

1. Zweck des § 8.

Die Vorschriften des § 8 sollen nach der Begründung (S. 82/83, 74 und 69) für den Fall der sehr häufig notwendig werdenden Mitwirkung mehrerer Bankiers bei der Ausführung eines Auftrages — also insbesondere im Falle der Mitwirkung eines Lokal- und eines Zentralbankiers — den Kunden des Lokalbankiers vor der Gefahr schützen, daß nicht das Pfandrecht des Zentralbankiers, welches sehr häufig in den Geschäftsbedingungen über den gesetzlichen Umfang hinaus erweitert ist, auch seine in den Gewahrsam des Zentralbankiers gelangte Papiere, und zwar wegen aller Forderungen ergreife, die dem Zentralbankier gegen den Lokalbankier zustehen. Fälle dieser Art sind sehr häufig vorgekommen und haben mit Recht großes Mergernis erregt, zumal sie bei der Uebersendung von Papieren zur Aufbewahrung, zum Umtausch u. nur vorgekommen konnten, weil bei jener Uebersendung die Bezeichnung als fremde seitens der Lokalbankiers (wissentlich oder in irriger Auslegung ihrer Rechte bzw. Pflichten) unterlassen worden war, während dies bei der Weitergabe von Anschaffungsaufträgen naturgemäß vorkam, weil hierbei der Lokalbankier in eigenem Namen dem Zentralbankier gegenüber auftrat und auftreten durfte.

Verfiel nachher der Lokalbankier in Konkurs, so hatte infolge der Geltendmachung des Pfandrechts des Zentralbankiers der Kunde in vielen Fällen einfach das Nachsehen, häufig sogar da, wo er selbst seinem Lokalbankier gar nichts schuldig war, während ein Schuldverhältnis des Kunden gegenüber dem Zentralbankier in der Regel überhaupt nicht in Frage kommen konnte. Dies war zwar eine dem bisherigen Recht entsprechende, aber doch, wie man zugeben muß, ganz unhaltbare und unerträgliche Rechtsfolge.

2. Entstehungsgeschichte des § 8.

Auch ich habe daher zu denen gehört, welche es freudigst begrüßten, daß der Regierungsentwurf des Bankdepotgesetzes eine Bestimmung enthielt, welche bestimmt war und auf den ersten Blick geeignet erschien, diesem Zustande ein Ende zu machen. Diese — auch in das Gesetz übergegangene — Bestimmung lautete:

„Ein Kaufmann, der im Betriebe seines Handelsgewerbes fremde Wertpapiere der in § 1 bezeichneten Art einem Dritten zum Zwecke der Aufbewahrung, des Umtausches oder des Bezuges von anderen Wertpapieren, Zins- oder Gewinnanteilen ausantwortet, hat hierbei dem Dritten mitzuteilen, daß die Papiere fremde seien.“

Der Entwurf hatte es abgelehnt, weiter zu gehen, er hatte insbesondere bei der an einen Zentralbankier weitergegebenen Verkaufskommission dem Lokalbankier nicht die Verpflichtung auferlegen wollen, mitzuteilen, daß die zum Verkauf überjandten Papiere fremde seien, und ebensowenig bei der Einkaufskommission den Lokalbankier zwingen wollen, mitzuteilen, daß die Anschaffung „für fremde Rechnung“ erfolge (s. Begr. S. 83).

Bei der Verkaufskommission insbesondere hatte die Begründung zum Regierungsentwurfe betont, daß die Auferlegung einer solchen Verpflichtung „erhebliche Schwierigkeiten“ mit sich bringen müsse, welche insbesondere in der Gestaltung des Rechnungsverhältnisses beider Kommissionäre ihren Ausdruck finden würden.

In der Kommission hat man — wenigstens nach dem erstatteten Bericht (S. 6) — zur Begründung des Antrages, der zur Einfügung der oben (S. 42) gesperrt gedruckten Worte führte, nichts weiter angeführt, als daß es sich in den Fällen einer Verkaufskommission „nicht um eine Uebergabe zur Veräußerung und Utschrist, sondern um ein einfaches Vertrauensmandat“ handle, und daß der Antrag „eine berechnete und notwendige Konsequenz der Vorlage“ sei, wozu bemerkt wird, daß diese Ansicht „die allseitige Zustimmung der Kommission“ gefunden habe, so daß die einstimmige Annahme des § 9 mit dieser Abänderung erfolgte, „da auch seitens der Bundesratskommissionäre ernstliche Bedenken dagegen nicht erhoben wurden.“

Wie hieraus zu ersehen ist, wurde der praktisch überaus wichtige Teil des Antrages, der sich auf die Weitergabe eines Anschaffungskommissionsauftrages bezieht, überhaupt nicht begründet, wenn man nicht die Worte, daß der Antrag eine berechnete und notwendige Konsequenz der Vorlage sei, auch hierauf beziehen will.

3. Rechtsfolgen der Mitteilung nach § 8.

Rechtsfolge der im § 8 Abs. 1 vorgeschriebenen Mitteilungen ist nach Abs. 2 des § 8 die nachstehende:

„Der Dritte, welcher eine solche Mitteilung empfangen hat,¹⁾ kann an den übergebenen oder an den neu beschafften Papieren ein Pfandrecht oder ein Zurückbehaltungsrecht nur wegen solcher Forderungen an seinen Auftraggeber geltend machen, welche mit Bezug auf diese Papiere entstanden sind“.

Das Pfandrecht des Zentralbankiers nach Art. 374 HGB („wegen aller Forderungen aus laufender Rechnung in Kommissionsgeschäften“), welches an sich nach Art. 306 auch bei als fremd bezeichneten vom Lokalbankier übergebenen Papieren entstehen könnte, weil ungeachtet dieser Bezeichnung der Zentralbankier davon ausgehen kann, daß dem Lokalbankier, wenn auch kein Eigentumsrecht, so doch das Verfügungsrecht bez. der übergebenen Papiere zustehe, ist also hier hinsichtlich der übergebenen und der neu beschafften Papiere auf konnexe Forderungen beschränkt worden.

¹⁾ Man hat die Frage aufgeworfen, ob in der Erklärung: „in Kommission“ eine Mitteilung zu finden sei, daß die Papiere, z. B. die dem Zentralbankier seitens des Lokalbankiers zum kommissionsweisen Verkauf überlieferten Papiere, fremde seien. Für die Zeit vor dem Inkrafttreten des Börsengesetzes ist diese Frage wohl ohne jeden Zweifel zu verneinen, da hier mit der Erklärung: „in Kommission“, die sich überdies meist nur durch Ausstellung einer einen solchen Zusatz enthaltenden Schlussnote vollzieht, in Gemäßheit des § 12 des Reichsgesetzes vom 27. April 1894 über die Reichsstempelabgaben lediglich bewirkt werden sollte, daß der Lokalbankier seinerseits für das Abwicklungsgeschäft zwischen ihm und seinen Kunden von der Stempelabgabe der Tarifnummer 4 befreit werde. Eine Mitteilung, daß die Papiere fremde seien, wurde damit nicht beabsichtigt und jedenfalls darin nicht gesehen. Die Frage ist um deswillen praktisch besonders wichtig, weil, wenn man sie bejahen wollte, ein Pfandrecht des Zentralbankiers an solchen bereits beim Inkrafttreten des Bankdepotgesetzes vorhandenen Depots nicht vorhanden wäre. — Wird eine solche Erklärung („in Kommission“) nach dem Inkrafttreten des Bankdepotgesetzes abgegeben, so könnte man immerhin zweifeln, ob nicht alsdann die Erklärung, daß die Papiere fremde seien, darin zu finden sei mit Rücksicht auf die nunmehr im § 8 zum Gesetz erhobene Rechtspflicht, eine Erklärung über die Thatsache abzugeben, daß die Papiere fremde sind. Ich neige mich jedoch auch hier mehr der Verneinung der Frage zu, da die an und für sich in jener Erklärung nur zu findende Mitteilung, daß der Lokalbankier als Kommissionär eines Dritten handle (§ 12 a. a. O.) dem Erfordernis des § 8 des Bankdepotgesetzes an sich nicht genügt, und überdies die Möglichkeit bestehen läßt, daß die Papiere, z. B. weil der „Kommissionär“ schon vorher als Selbstkontrahent eingetreten ist, doch nicht „fremde“ sind.

Ebenso soll aber auch im Abs. 2 nach der ganzen Tendenz des § 8 das Zurückbehaltungsrecht des Zentralbankiers beschränkt und nicht etwa über den Rahmen des Art. 313 HGB. hinaus erweitert werden. Da nun aber Art. 313 dem Zentralbankier nur an den für Rechnung des Lokalbankiers angeschafften und demnächst im Falle der Besitzübertragung in dessen Eigentum übergehenden Papieren, nicht aber an den ihm vom Lokalbankier übergebenen fremden Papieren ein Zurückbehaltungsrecht gewährt, so hätte es im Abs. 2 richtiger heißen müssen: „kann an den übergebenen oder an den neu beschafften Papieren ein Pfandrecht oder an den letzteren ein Zurückbehaltungsrecht“ u.

4. Die Wirkungen des § 8 in der Praxis.

Um nun zu prüfen, ob und inwieweit die Absichten des Gesetzes mittelst der Vorschriften des § 8 durchführbar sind und sein konnten, wollen wir uns nunmehr über die Wirkungen klar zu werden versuchen, welche diese Vorschriften in der Praxis notwendigerweise hervorrufen mußten bzw. müssen. Wir betrachten die beiden im Gesetze hervorgehobenen Fälle besonders, und zwar zunächst:

- A) Die Ueberendung fremder (vertretbarer) Wertpapiere seitens des Lokalbankiers an den Zentralbankier zum Zwecke der Aufbewahrung, der Veräußerung, des Umtausches oder des Bezuges von anderen Wertpapieren.

Nachdem das Bankdepotgesetz in Kraft getreten war — was, im Gegensatz zu den ursprünglichen Intentionen und Erklärungen, vor dem Inkrafttreten des Börsengesetzes¹⁾ und ohne eine längere als die gesetzliche Uebergangsfrist (14 Tage nach Publikation) erfolgte — ist man sich bald allseitig darüber klar geworden, daß die Entgegennahme einer Mitteilung nach § 8 den Zentralbankier den größten Gefahren aussetzt.

¹⁾ Vgl. die Begründung zum Regierungsentwurf des Börsengesetzes (Druck. d. Reichstags 9. Legisl.-Per. IV. Session 1895/96) S. 64: „Wenn es auch nicht in Frage kommen konnte, die Vorschriften über das Depotgeschäft in das Börsengesetz selbst aufzunehmen, so war man doch schon in der Enquete-Kommission der Ansicht, daß jene Vorschriften in mehrfacher Hinsicht eine notwendige Ergänzung der auf die Börsenreform bezüglichen Vorschläge darstellten. Mit Rücksicht hierauf erschien es angezeigt, die legislative Behandlung der beiden Materien nicht zu trennen, den Entwurf des Depotgesetzes vielmehr nur zusammen mit demjenigen des Börsengesetzes vorzulegen.“

a) Die für den Zentralbankier bei Entgegennahme einer Mitteilung gemäß § 8 entstehenden Gefahren.

Daß im Abj. 2 des § 8 dem Zentralbankier, wenigstens für die aus dem einzelnen Geschäft resultierenden Forderungen, gewährte Pfandrecht würde naturgemäß nur dann von Wert sein, wenn es möglich wäre, sowohl die einzelne Forderung, wie die einzelne Sicherheit in Evidenz zu halten. Dies ist aber nicht möglich:

b) Die geschäftliche Undurchführbarkeit der Anlegung und Evidenzhaltung von den einzelnen Aufträgen entsprechenden Depot- und Geld-Konten.

Dem geschäftlich ist es kaum denkbar, dem Lokalbänkier ebenso viele einzelne Depotkonti zu eröffnen, als er dem Zentralbankier Papiere mit der Bezeichnung „fremde Wertpapiere“ übersendet, schlechterdings ausgeschlossen aber wäre es, ihm, was an sich notwendig wäre, ebenso viele einzelne Geldkonti anzulegen, als er Papiere übersendet. Was zunächst die Einrichtung einzelner Depotkonti angeht, so würde eine solche naturgemäß nur dann einen Sinn haben, wenn ebenso viele Depotkonti angelegt würden, als der Lokalbänkier einzelne Kunden hat, für die er Papiere zu einem der oben ad A (S. 45) bezeichneten Zwecke dem Zentralbankier übersendet. Die Durchführung einer solchen Einrichtung aber scheitert schon daran, daß es dem Lokalbänkier gar nicht einfällt, und vernünftigerweise gar nicht einfallen kann, die Namen seiner Kunden anzugeben, die er vielleicht damit direkt dem Zentralbankier zuführen würde. Zudem wird er in der Regel, namentlich aber dann, wenn es sich um die nämlichen Papiere handelt, die ihm von mehreren Kunden zugegangenen Orders seinerseits in einer Order zusammenfassen, so daß es der Lokalbänkier gar nicht erfährt (was er, wenn er die verschiedenen Orders trennen sollte, erfahren müßte), daß es sich hier um eine Reihe von einzelnen Orders verschiedener Personen handelt.

Die ev. gleichermaßen nötige Anlegung korrespondierender, also oft zahlloser, Geldkonti ist aber nicht nur aus den gleichen Gründen und deshalb ausgeschlossen, weil eine solche Belästigung des inneren Geschäftsbetriebs auf die Dauer unerträglich und undurchführbar wäre, sondern auch um deswillen, weil es, wo ein Kontokorrentverhältnis zwischen den Parteien besteht — und dies wird die Regel sein —, dem Begriffe desselben widerstreiten würde, bei den einzelnen Zahlungen zu erklären, auf welchen einzelnen Posten, auf welches einzelne Geschäft dieselben validieren sollen. Es kommt aber auch hier hinzu, daß, insbes. bei telegraphischen und sonstigen Ueberweisungen, der Lokalbänkier die bei ihm von verschiedenen Kunden eingegangenen Beträge, schon zur Erspargung

von Depeschen- und Stempelspesen, dem Zentralbankier gegenüber in einer Ueberschreibung zusammengefaßt wird und muß.

Aus alledem erhellt, daß sowohl eine Spezialisierung der einzelnen Depotkonti für jeden Kunden des Lokalbankiers, als eine Evidenzhaltung der Geldkonti, also derjenigen Forderungen des Zentralbankiers, „welche mit Bezug auf diese Papiere entstanden sind“, und für welche er nach § 8 Abs. 2 ein Pfand- oder Zurückbehaltungsrecht ausüben dürfte, in der Regel aus praktischen Gründen unmöglich bzw. undurchführbar ist, so daß für den Zentralbankier in der Mehrzahl der Fälle die praktische Durchführung jenes Pfand- und Retentionsrechts ausgeschlossen sein wird.

c) Die hieraus erwachsenen Beschlüsse der Berliner Vereinigung von Banken und Bankinstituten d. d. 21. Juli 1896.

Hiermit aber erklärt und rechtfertigt sich der am 21. Juli 1896, also in den ersten Tagen nach Publikation des Gesetzes, von einer Vereinigung Berliner Banken und Bankinstituten einstimmig gefaßte Beschluß:

„im laufenden Geschäft es abzulehnen, mehr als zwei Depotkonti anzulegen, und zwar das eine Konto (A) für diejenigen Effekten, welche dem Kommissionär für seine Ansprüche haften, das zweite Konto (B) für diejenigen Wertpapiere, welche nach § 8 des Gesetzes als fremde bezeichnet werden würden. Dabei soll der Kundschaft mitgeteilt werden,¹⁾ daß dieses zweite Konto (B) nicht geeignet sei, im laufenden Geschäft als Kreditunterlage zu dienen, und zwar auch nicht für Forderungen, die aus den einzelnen Geschäften, speziell über diese fremden Wertpapiere, herrühren.“

Mit diesen, wie man zugeben muß, durch die Bedürfnisse des Geschäftslebens gebotenen Beschlüssen ist also klargestellt, daß derjenige Lokalbankier, welcher Wertpapiere zu einem der ad A (§. 45) bezeichneten Zwecke seinem Berliner Bankier mit der ihm durch das Gesetz vorgeschriebenen Erklärung übersendet, daß sie fremde seien, hierauf irgend einen Kredit (gegen Lombardierung der Papiere) nicht erhalten kann, während er sich, wenn er diese Mitteilung unterließe, ev. strafbar machen würde.

Auch in Folge dieser im Interesse der Sicherung des Zentralbankiers notwendig gewordenen Maßregel ist folgeweise der Lokalbankier, der über so bedeutende Mittel, wie sie von der Kund-

¹⁾ Dies ist denn auch demnächst in dem Zirkular (Anlage 6) seitens der beteiligten Banken und Bankfirmen geschehen.

schaft bei ihm in Anspruch genommen werden, selbst in der Regel nicht verfügen kann, im Interesse der Erhaltung seines Geschäfts geradezu genötigt, sich von seinen Kunden die Ermächtigungen des § 2 ausstellen zu lassen (andere Nummern zurückzugewähren oder zu seinem Nutzen über die Papiere verfügen zu dürfen) oder, im Falle der Weitergabe einer Verkaufskommission als Selbstkontrahent, also als Käufer, einzutreten (vgl. unten S. 53/54).

Denn in allen diesen Fällen sind die Papiere, was auch die Begründung ausdrücklich anerkennt,¹⁾ nicht mehr als fremde anzusehen, und entfällt damit für den Lokalbankier jede Mitteilungspflicht aus § 8.

Hiermit ist aber dann wieder ein neuer Grund und Anstoß zur Einschränkung des Gebiets des regulären Depots und zur Einengung des Anwendungsgebiets des § 8 gegeben, derart, daß vielleicht in der Mehrzahl der Fälle das generelle Pfandrecht des Zentralbankiers nach wie vor auch die ihm vom Lokalbankier übergebenen Papiere wegen aller jenem gegen diesen zustehenden Forderungen ergreifen wird! Damit aber würde auch hier einer der Hauptzwecke des Gesetzes, vielleicht der Hauptzweck, welchen man wohl als Ausgangspunkt der ganzen Reformbewegung betrachten kann, in einer sehr großen Anzahl von Fällen, vielleicht in der Mehrzahl aller Fälle, vereitelt sein.

d) Dispositionsbefugnis des Lokalbankiers über die von ihm dem Zentralbankier als fremde übergebenen Papiere.

Bei den übrig bleibenden Fällen würde aber die gutgemeinte Absicht und der solchenfalls auch an sich eintretende Erfolg des Gesetzes (die Beseitigung des mehrerwähnten generellen Pfandrechts des Zentralbankiers an den ihm als fremd bezeichneten Papieren wegen aller ihm gegen den Lokalbankier zustehenden Forderungen: § 8 Abs. 2) dann illusorisch gemacht werden können, wenn anzunehmen wäre, daß der Lokalbankier dem Zentralbankier gegenüber auch über die von ihm als fremd bezeichneten Papiere disponieren, also eventuell auch zu seinen Gunsten disponieren darf.

¹⁾ Begr. S. 83 und, für den Fall der Verkaufskommission, S. 82, wo es heißt: „Uebrigens würde der Versuch einer Sicherung des Verkaufskommitenten an den dem Kommissionär zum Verkauf übergebenen Papieren regelmäßig an der Berechtigung des letzteren scheitern, selbst als Käufer einzutreten und dadurch, unter Erwerb des Eigentums der Papiere, den Kommittenten auf einen persönlichen Anspruch auf den Kaufpreis zu beschränken.“

Eine solche Befugnis des Lokalbänkiers ist allerdings von Praktikern lebhaft bestritten worden, sie ist aber ohne weiteres anzuerkennen. Die gegenteilige Ansicht muß schon deshalb als unhaltbar bezeichnet werden, weil sie die einmal als fremd bezeichneten Papiere zu herrenlosem Gute (res nullius) machen würde. Denn derjenige, welcher die Papiere als fremde eingekandt hat, könnte nicht mehr disponieren, weil er ja selbst erklärt hat, nicht ihr Eigentümer zu sein, der Eigentümer aber könnte dem Zentralbankier gegenüber noch weniger verfügen, weil er dem letzteren (in der Regel) völlig unbekannt ist.

Es bleibt also schon aus diesen praktischen Gründen, mit welchen aber die allgemeinen Grundsätze übereinstimmen, nach denen die Dispositionsbefugnis sehr scharf von dem Eigentumsrecht zu scheiden ist, nichts anderes übrig, als anzuerkennen, daß der Einsender der Papiere (der Lokalbänkier) dadurch, daß er sie dem Zentralbankier gegenüber als fremde bezeichnet hat¹⁾, in keiner Weise sein Verfügungsrecht dem Zentralbankier gegenüber verliert, ein Verfügungsrecht, dessen dem Kunden gegenüber als widerrechtlich zu betrachtende Ausübung ihn strafbar macht, welches er aber dem Zentralbankier gegenüber ausschließlich besitzt und behält, weil er eben allein als Einsender der Papiere, als Auftraggeber, als Kontrahent dem Zentralbankier gegenübersteht. Es kann deshalb insbesondere kein Zweifel darüber bestehen, daß der Lokalbänkier den Zentralbankier beauftragen kann, die diesem als fremd bezeichneten Papiere an den Eigentümer oder an eine dritte Person zu übersenden, daß er ihn ferner beauftragen kann, die Papiere zu veräußern, und noch dazu den Erlös ihm, dem Lokalbänkier, auf seinem Konto gutzuschreiben.

Von angesehenen Praktikern, welche alle vorbezeichneten Dispositionsbefugnisse dem Lokalbänkier ohne weiteres zugestehen, ist aber ein Fall ausgeschieden worden, für welchen sie ein solches Dispositionsrecht des Lokalbänkiers nicht zugeben wollen. Er soll nämlich nicht befugt sein, den Zentralbankier zu beauftragen, Papiere, die als fremde im Depot B lagen, nunmehr dem Depot seiner eigenen Effekten (Depot A s. Zirkular Anl. 6) beizufügen, womit er allerdings die Papiere wieder eben jenem generellen Pfandrechte des Zentralbankiers unterwerfen würde, welches durch die Mitteilungspflicht des § 8 nach Abs. 2 des § 8 gerade bejeitigt werden sollte.

¹⁾ Anders wäre m. E. die Frage zu beantworten, wenn der Name des fremden Eigentümers seitens des Lokalbänkiers genannt wäre.

Rieser, Wankdepotgesetz.

Nach meiner Ansicht läßt sich auch dieser Fall, so bedauerlich man diese Konsequenz auch finden mag, nicht anders beurteilen, wie der — oben bereits als zulässig erklärte — Auftrag des Lokalbankiers, die qu. Papiere zu verkaufen und den Erlös ihm (dem Lokalbankier) zu zahlen oder gutzuschreiben, durch welche Zahlung oder Gutschrift übrigens der Kunde meist in noch höherem Grade geschädigt werden wird.

Der Zentralbankier hat, wenn nicht ganz besondere Umstände vorliegen, keine Veranlassung und keinen Grund, anzunehmen, daß der Auftrag des Lokalbankiers, die Papiere von Depotkonto B auf Depotkonto A zu legen, ein rechtswidriger sei. Im Gegenteil: da er weiß, daß gerade nach dem neuen Gesetze der Lokalbankier, wenn er ihm irgend eine dem Kunden gegenüber als rechtswidrig zu betrachtende Order giebt, sich event. direkt strafbar machen würde, hat er zwingenden Grund anzunehmen, daß der Lokalbankier auf Grund irgend einer Abmachung mit seinem Kunden¹⁾, die er (der Zentralbankier) weder kennt noch kennen muß, noch kennen kann, zu seiner Disposition durchaus berechtigt ist. Der Zentralbankier ist zudem gar nicht in der Lage, das innere Verhältnis zwischen dem Lokalbankier und dessen Kunden, falls ihm eine solche Prüfungspflicht obliegen sollte, zu prüfen. Denn bei wem sollte er sich über die Berechtigung der von dem Lokalbankier in Anspruch genommenen Dispositionsbefugnis erkundigen? Immer doch wieder nur bei dem letzteren selbst, da ihm (wenigstens in der Regel) der Eigentümer der Papiere, der Name des Kunden des Lokalbankiers, gänzlich unbekannt sein wird. Angenommen aber auch, der Lokalbankier würde ihm, was er sicherlich unterlassen wird, den Namen dieses Kunden mitteilen, so müßte sich nun der Zentralbankier doch wieder auf diese Angabe des Lokalbankiers, der Mitgeteilte und kein anderer sei der Eigentümer und könne also die Rechtmäßigkeit seiner qu. Disposition bescheinigen, durchaus verlassen.

Der Zentralbankier kann also nicht nur, sondern er muß auch dieser Verfügung des Lokalbankiers, die Papiere von Depot B auf Depot A zu legen, ohne weiteres nachkommen. Ich kann demnach die Ansicht derer nicht teilen, die für diesen einen Fall eine Ausnahme machen zu sollen glauben, zumal eine solche

¹⁾ Also z. B. er hat ihn bereits durch Uebergabe gleichartiger Papiere oder durch Zahlung des ausmachenden Betrages oder sonstwie befriedigt, oder der Kunde hat ihn zu der qu. Disposition für diesen Einzelfall ausdrücklich ermächtigt u. c.

Ansicht, wenn man alle anderen Fälle als möglich zugiebt, doch nur, wie ich mich schon oben gelegentlich einer anderen Erörterung ausdrückte, auf eine theoretische Spielerei hinauslaufen würde. Denn es würde nach dieser Ansicht genau der nämliche Effekt auf dem kleinen Umwege zu erreichen sein, daß der Lokalbänkier die fremden Papiere zunächst auf Schalter 1 (Depot B) sich ausliefern und demnächst auf Schalter 2 (Depot A), also ohne mitzuteilen, daß die Papiere fremde sind, wieder einliefern läßt. Es bleibt sonach in der That m. E. nichts anderes übrig; man muß entweder die Dispositionsbefugnis des Einjenders der als fremd bezeichneten Papiere nach allen Richtungen negieren, was nach dem oben Erörterten unmöglich ist, oder man muß sie für alle Fälle anerkennen. Damit aber ist bedauerlicher Weise zugleich anerkannt, daß das Gesetz sich eine unmögliche Aufgabe gestellt hat, indem es anonyme Personen schützen wollte.

Wenn aber keine widerrechtliche Order des Lokalbänkiers an den Zentralbänkier erfolgt, dann wenigstens hat der Kunde in der Mehrzahl der zu A (§. 45) übrig gebliebenen Fälle das mehrerwähnte Pfandrecht des Zentralbänkiers nicht zu fürchten, kann also, wenn der Lokalbänkier inzwischen in Konkurs geraten sein sollte, mit oder ohne Abtretung der Rechte der Konkursmasse, die bei dem Zentralbänkier liegenden Papiere vindizieren ev. im Konkurse aussondern.

c) Das Aussonderungsrecht des Eigentümers in den zu A bezeichneten Fällen des § 8, insbes. im Falle einer Verkaufskommission.

Dieses Aussonderungsrecht ist aber doch für einen der wichtigsten der ad A (§. 45) bezeichneten Fälle, den der Verkaufskommission, noch etwas näher zu erörtern:

Die Frage bietet keine Schwierigkeit, wenn:

1. die Papiere noch unverkauft bei dem Zentralbänkier liegen, dem sie bei der Einlieferung als fremde zum Verkauf übergeben wurden, es ist dann wie in den gleichliegenden anderen ad A bezeichneten Fällen zu entscheiden. Nach Art. 368 HGB. wird der Eigentümer der Papiere die Herausgabe direkt von dem Zentralbänkier verlangen können, er wird aber behufs Erleichterung des Legitimationsbeweises besser thun, den ihm nach Art. 368 auch freistehenden Weg zu beschreiten und zunächst von der Masse des Lokalbänkiers die Abtretung ihrer Ansprüche an den Zentralbänkier auf Herausgabe der qu. Papiere oder eine authentische Bescheinigung zu verlangen, daß er in der That Eigentümer der qu. Papiere ist.

2. Sind aber die Papiere seitens des Zentralbankiers verkauft, so ist zu unterscheiden:

- a) Hat der Zentralbankier, wozu er vollkommen befugt ist, den Kaufpreis für die verkauften Papiere dem Lokalbankier bezahlt, so ist der Eigentümer lediglich auf eine Ersatzforderung gegen die Masse des Lokalbankiers angewiesen, welche Forderung er nur als gewöhnlicher Konkursgläubiger geltend machen kann. Denn da in diesem Falle der Lokalbankier selbst, welcher allein mit dem Zentralbankier kontrahiert hat, an diesen keine Ansprüche mehr hat, der Eigentümer aber nur dessen Rechte gegen den Zentralbankier geltend machen kann, so stehen dem Eigentümer der Papiere Rechte gegen den Zentralbankier überhaupt nicht zu, und kommt deshalb auch Art. 368 HGB. gar nicht in Betracht.
- b) Ist dagegen der Kaufpreis der seitens des Zentralbankiers verkauften Papiere dem Lokalbankier noch nicht bezahlt, so kann der Eigentümer der Papiere von dem Zentralbankier (mit oder ohne Zession der Ansprüche der Konkursmasse des Lokalbankiers, s. oben sub 1) zwar die Herauszahlung des Kaufpreises fordern, muß sich aber nach § 47 der Konkursordnung gefallen lassen, daß der Zentralbankier die ihm etwa gegen den Lokalbankier zustehenden Forderungen in Höhe seiner Kaufpreisschuld gegen diese kompensiert (zur Aufrechnung bringt),¹⁾ so daß er vielleicht in der Mehrzahl der Fälle leer ausgehen wird.

Alle diese Fälle (1 und 2, a und b) aber würden ebenso zu entscheiden sein, wenn der § 8 des Bankdepotgesetzes nicht existierte, durch die im § 8 vorgeschriebene Mitteilungspflicht ist also im Falle der Verkaufskommission der Eigentümer der Papiere dem Zentralbankier gegenüber nicht besser gestellt, weder in Bezug auf sein Aussonderungsrecht, noch in Bezug auf seine sonstigen Ansprüche.

Wir haben nun noch den letzten (in der Reichstagskommission hinzugefügten) Fall des § 8 zu betrachten:

- B) Die Weitergabe eines Auftrags zur Anschaffung vertretbarer Wertpapiere an einen Dritten (Weitergabe einer Einkaufskommission).

¹⁾ Vorausgesetzt ist hierbei, daß der Verkauf vor der Konkursöffnung erfolgt ist.

a) Die Voraussetzungen der Mitteilungspflicht, daß die Anschaffung für fremde Rechnung erfolge.

Der § 8 (zweiter Satz des Abs. 1) bestimmt, daß derjenige „Kaufmann“, welcher einen ihm erteilten Auftrag zur Anschaffung vertretbarer Wertpapiere an einen Dritten weitergibt, diesem hierbei mitzuteilen hat, daß die Anschaffung für fremde Rechnung geschehe.

Es steht hier also in Frage eine Einkaufskommission, die behufs Ausführung von dem Beauftragten (meist dem Lokalbankier) an einen Dritten (meist den Zentralbankier) weitergegeben werden muß und weitergegeben wird. In einem solchen Falle die Mitteilungspflicht nach § 8 Satz 1 zu statuieren, hatte der Regierungsentwurf mit der sehr richtigen Motivierung abgelehnt, daß dieselbe „erheblichen Schwierigkeiten“ begegnen dürfte, wozu speziell bemerkt ist: „dies gilt sowohl bezüglich der Bestimmung des Zeitpunktes, in welchem die Beschränkung des Pfandrechts des zweiten Kommissionärs einzutreten hätte, als bezüglich der Gestaltung des Rechtsverhältnisses der beiden Kommissionäre, da für dieses die bloße Trennung in ein eigenes Konto des Provinzialbankiers und ein allgemeines Konto der sämtlichen Kunden desselben jedenfalls nicht ausreichen würde.“ Die Reichstagskommission ist über diese Bedenken hinweggegangen und hat die Mitteilungspflicht auch für diesen Fall festgestellt, bei Vermeidung der Bestrafung aus § 9 Abs. 2, wenn dieser Pflicht vorsätzlich zu eigenem Nutzen oder zum Nutzen eines Dritten zuwidergehandelt wird.

Voraussetzungen der somit in diesem Falle eintretenden Pflicht zur Mitteilung, daß die Anschaffung „für fremde Rechnung“ erfolge, sind nach dem Gesetze:

1. Der Anschaffungsauftrag muß sich auf vertretbare Wertpapiere (s. oben S. 12) beziehen;
2. Der Anschaffungsauftrag muß weitergegeben werden.

Mit der Aufstellung des letzteren Erfordernisses scheidet auch hier wieder eine große Anzahl von Fällen von vornherein aus dem Anwendungsgebiete des § 8 aus.

b) Wegfall der Mitteilungspflicht für den als Selbstkontrahent (Verkäufer) eingetretenen Lokalbankier.

Denn überall da, wo der Lokalbankier in den Geschäftsbedingungen im voraus ein für allemal erklärt hat — und eine solche Erklärung bleibt auch nach dem Inkrafttreten des Börsengesetzes

gültig¹⁾ —, daß er in allen Fällen der Anschaffung von Wertpapieren, wenn er nicht das Gegenteil sofort ausdrücklich erkläre, stets als Selbstkontrahent, also als Verkäufer, eintrete, und, sofern solche generelle Abmachungen nicht existieren, überall da, wo der Lokalbänkier vor Weitergabe des Auftrags erklärt hat, daß er selbst als Verkäufer eintrete, wird der Auftrag des Kommittenten nicht „weitergegeben.“ Vielmehr ist er durch den Selbsteintritt des Lokalbänkiers bereits erfüllt, und der Lokalbänkier setzt sich nur zur Erfüllung seiner eigenen Lieferungs-pflicht in den Stand, wenn er nimmehr seinerseits, und zwar sowohl in eigenem Namen als für eigene Rechnung, einem Dritten einen Auftrag zur Anschaffung gleicher Wertpapiere erteilt (nicht: weiter-giebt)²⁾. In diesen Fällen würden also die angeschafften Papiere, wenn sie durch Besitzübertragungsakt seitens des mit der Anschaffung

¹⁾ S. Begründung des Entwurfs des Börsengesetzes S. 57. Es wird sich empfehlen und wird für den Fall des Inkrafttretens des § 74 des Börsengesetzes erforderlich sein, solche generellen Erklärungen in die Geschäftsbedingungen aufzunehmen; der Lokalbänkier, der ohne eine solche vorherige Erklärung im konkreten Falle erst mit der Mitteilung über die Ausführung des Auftrages sich entscheiden und erklären wollte, würde inzwischen, da er den Auftrag von dem Zentralbänkier ausführen läßt, den Auftrag „weitergegeben“ haben.

²⁾ Man könnte diese ganze Deduktion mit dem Hinweis darauf bestreiten wollen, daß nach der reichsgerichtlichen Judikatur, im Gegensatz zu derjenigen des R.D.H.G., der Eintritt des Kommissionärs als Selbstkontrahent „nichts von der Ausführung des Auftrages Verschiedenes, sondern nur eine Art der Ausführung des Auftrages“ sei (vgl. u. A. R.G. I S. 289). Wollte man aber daraus schließen, daß der Kommissionär ungeachtet des Selbsteintritts in der ursprünglichen Stellung als Kommissionär verbleibe, also dennoch den erhaltenen Auftrag „weitergebe“, so würde dieser Schluß unrichtig sein, auch mit der Judikatur des Reichsgerichts m. E. nicht in Einklang stehen, welches gerade gegen eine solche Ansicht mit Recht Nachstehendes ausgeführt hat: „Wegen diese hauptsächlich von Grünhut . . . vertretene Auffassung spricht schon der Wortlaut des Art. 376, welcher dem Kommissionär, für den Fall, daß der Kommittent nichts anderes bestimmt, die Befugnis einräumt, das Gut, welches er einkaufen soll, „als Verkäufer zu liefern“, und das Gut, welches er zu verkaufen beauftragt ist, „als Käufer für sich zu behalten“ . . . Wenn der Kläger dem Beklagten gegenüber als Verkäufer anzusehen und zu behandeln war, ergibt sich daraus aber von selbst, daß er den mit der Warenliquidationskasse abgeschlossenen Kaufvertrag, durch welchen er sich die Möglichkeit verschaffen wollte, als Verkäufer liefern zu können, nicht für Rechnung des Beklagten, sondern für seine eigene Rechnung abgeschlossen hat“ . . . (R.G. 25 S. 72). Vgl. Staub's Kommentar zum R.D.H.G. 3. und 4. Aufl. S. 980 § 10: „Nach der Eintrittserklärung hat er (der Kommissionär) die Stellung eines Käufers oder Verkäufers“.

beirauten Zentralbankiers in das Eigentum des Lokalbankiers gelangt sind, trotz § 8 dem mehrfach geschilderten generellen und weitgehenden Pfandrecht des Zentralbankiers unterliegen, da der Lokalbankier eben aus dem geschilderten Grunde überall da, wo er als Selbstkontrahent (Verkäufer) aufgetreten ist, die Vorschriften des § 8 nicht zu beachten braucht, welchenfalls der Zentralbankier berechtigt ist, die angeschafften Papiere als eigene des Lokalbankiers anzusehen und sie seinem Pfandrecht zu unterwerfen.

Da aber die Fälle des Selbsteintritts bei der Anschaffungskommission in der Praxis wohl die Mehrzahl aller Fälle bilden werden, so ist auch hier wiederum in der überwiegenden Anzahl aller Fälle die Durchführung der guten Absichten des Gesetzgebers ausgeschlossen.

c) Mitteilungspflicht auch dem ausländischen Bankier gegenüber.

Man hat nun in der Praxis vielfach die Ansicht vertreten, daß eine Mitteilungspflicht nach § 8 im Falle der Weitergabe einer Anschaffungskommission an einen Dritten überhaupt nicht vorliege, wenn dieser Dritte im Auslande seinen Wohnsitz oder Sitz habe. Die für diese Ansicht vorgebrachten Gründe gehen im wesentlichen dahin, daß der Gesetzgeber Vorschriften über den Geltungsbereich seiner Gesetze hinaus überhaupt nicht geben könne und auch nicht habe geben wollen, daß aber auch eine solche Vorschrift Ausländern gegenüber zwecklos sei, weil im Auslande die vom Gesetzgeber beabsichtigten Rechtsfolgen sich an die Mitteilung, daß die Anschaffung „für fremde Rechnung“ erfolge, voraussichtlich gar nicht knüpfen würden, zumal der Ausländer in der Regel darauf erwidern werde, daß er von einer solchen Mitteilung „keine Vormerkung nehmen könne.“¹⁾ Endlich aber werde der Kommittent, den man mit einer solchen Vorschrift schützen wolle, in diesem Falle geradezu geschädigt, da die ausländischen Bankiers in einer solchen ausdrücklichen Mitteilung, der Auftrag erfolge „für fremde Rechnung“, möglicher-, ja gar wahrscheinlicher Weise einen plumpen Versuch des deutschen Bankiers sehen würden, sich der eigenen Haftung aus der erteilten Order zu entziehen; in diesem Falle aber würden sie die Ausführung einer solchen Order überhaupt ablehnen, was um so schwerer in's Gewicht falle, als hier meist Papiere in Frage kämen, die nur im Auslande gehandelt würden oder zu beschaffen seien. So wenig ich mich dem Gewichte dieser Gründe, namentlich des letzteren, zu ent-

¹⁾ Dies ist in der That von einer erheblichen Anzahl großer österreichischer Bankinstitute bereits geschehen.

ziehen vermag, kann ich dennoch aus denselben ein durchschlagendes Argument gegen die Richtigkeit der von mir vertretenen entgegengesetzten Ansicht — wie ich gestehe, zu meinem Bedauern — nicht gewinnen. Nach meiner Ansicht sind die im Bankdepotgesetz aufgelegten Pflichten dem deutschen Kommissionär als solchem aufgelegt, möge er Wertpapiere im Inlande oder im Auslande aufbewahren, beschaffen oder veräußern. Zudem wird die im § 8 vorgeschriebene Mitteilung in der Regel auch im Auslande den beabsichtigten Zweck in der That erreichen, da wohl nach den meisten Modifikationen oder Rechten im Falle einer solchen Mitteilung der Dritte an den fremden Papieren ein weitergehendes Pfandrecht, als ev. dasjenige für die Kaufpreisforderung, nicht wird geltend machen können. Endlich aber wird daraus, daß solchenfalls die Ausführung des Auftrages im Auslande vielleicht abgelehnt werden könne, wohl ein starkes und zutreffendes Argument de lege ferenda, also gegen den Erlaß einer derartigen den geschäftlichen Verkehr lähmenden Bestimmung, nicht aber ein Argument gegen die obige Auslegung der ungeachtet solcher Bedenken dennoch in ganz allgemeiner Form erlassenen Vorschrift zu gewinnen sein.

Uebrigens wird ja auch dem ausländischen Bankier gegenüber im Falle des Selbsteintritts, wenn meine obigen Ausführungen richtig sind, die Mitteilung nach § 8 unterlassen werden können, d. h. wenn der Kommissionär, bevor er den Auftrag nach dem Auslande weitergibt, auf Grund einer desfallsigen generellen Erklärung der Geschäftsbedingungen oder auf Grund einer sofort nach Empfang und vor Ausführung des Auftrags abgegebenen speziellen Erklärung als Selbstkontrahent (Verkäufer) eingetreten ist. —

d) Rechtsfolge der Mitteilung in Bezug auf das Aussonderungsrecht des Kommittenten im Falle der Weitergabe einer Einkaufskommission.

Es bleibt noch zu untersuchen, ob wenigstens in denjenigen Fällen, welche bei der Einkaufskommission für die Anwendung des § 8 übrig bleiben, etwa das Aussonderungsrecht des Kommittenten eine Stärkung oder Erweiterung erfahren hat. Es erhellt nun von selbst, daß durch die gesetzlich vorgeschriebene Mitteilung, daß die Anschaffung „für fremde Rechnung“ erfolge, schon theoretisch kaum ein Schutz oder gar die Stärkung der Rechte bestimmter Personen erreichbar ist, die ja gar nicht genannt werden; es läßt sich dies aber auch an den einzelnen Gestaltungen der Einkaufskommission ganz ebenso nachweisen, wie es oben (S. 51/52) für die Verkaufskommission nachgewiesen wurde:

Wenn der Lokalbänkier, der den Anschaffungsauftrag einem Zentralbänkier mit der Erklärung „weitergegeben“ hat, daß die Anschaffung „für fremde Rechnung“ erfolge, in Konkurs verfällt, nachdem der Zentralbänkier die Papiere angeschafft hat, so ist zu unterscheiden:

- a) Hat der Zentralbänkier bereits den Besitzübertragungsakt, z. B. durch Uebersendung des Stückverzeichnis, zu Gunsten des Lokalbänkiers vorgenommen, und hat ihn dieser zu Gunsten seines Kommittenten vollzogen, so kann der letztere ohne weiteres die Herausgabe der im Besitze des Zentralbänkiers verbliebenen Papiere von diesem verlangen.
- b) Hat jedoch der Zentralbänkier den Besitzübertragungsakt durch Uebersendung des Stückverzeichnis oder sonstwie noch nicht vollzogen, so kann der Kommittent gegenüber dem Zentralbänkier auf Grund des Art. 368 HGB. den der Konkursmasse des Lokalbänkiers zustehenden Anspruch auf Besitzübertragung, mit oder ohne Abtretung dieses Anspruchs, geltend machen.¹⁾
- c) Hat zwar der Zentralbänkier den Besitzübertragungsakt hinsichtlich der angeschafften Papiere gegenüber dem Lokalbänkier, z. B. durch Uebersendung des Stückverzeichnis, vollzogen, der (in Konkurs geratene) Lokalbänkier aber seinem Kommittenten gegenüber noch nicht, so gehören die Papiere ungeachtet der Mitteilung nach § 8 nicht dem Kommittenten, sondern zur Konkursmasse des Lokalbänkiers, und der Kommittent ist lediglich Konkursgläubiger bei dieser Masse.²⁾ Denn Art. 368 HGB. geht eben nicht so weit, daß der Lokalbänkier Besitz und Eigen-

¹⁾ Ist dies richtig, so folgt daraus, daß der Zentralbänkier, worauf ausdrücklich aufmerksam gemacht werden mag, das Stückkonto nur bis zur Höhe des Anschaffungspreises, nicht aber des jeweiligen (vielleicht höheren) Kurswertes als Sicherheit dem Lokalbänkier gegenüber betrachten kann.

²⁾ Es sei hier nicht unerwähnt gelassen, daß in der Sachverständigen-Kommission, welche im Februar 1892 beauftragt wurde, gutachtliche Aeußerung über den damaligen Entwurf eines Bankdepotgesetzes im kgl. preuß. Handelsministerium zusammengetreten war, von einer Minderheit der Antrag gestellt worden war, dem Kommittenten auch dann ein Aussonderungsrecht einzuräumen, wenn die Verpflichtung zur Bewirkung des constitutum possessorium fällig, aber noch nicht erfüllt ist, oder wenn in einem ausgehändigten Stückverzeichnis Papiere verzeichnet sind, die sich in der Masse nicht vorfinden, in beiden Fällen unter der Voraussetzung, daß Stücke derselben Art sich in der Masse vorfinden.

tum am Kommissionsgut mit der Besitzübertragung seitens des Zentralbankiers sofort für den Kommittenten erwirbt (vgl. R.D.G. XVI S. 69 und 211).

Alle diese Fälle würden ohne den § 8 ebenso zu entscheiden sein. Es muß daher gesagt werden, daß der von der Reichstagskommission beschlossene Zusatz bezüglich der Ankaußkommission, welcher dem Auslande gegenüber zu einer großen Belästigung des geschäftlichen Verkehrs führt, die Rechtsstellung des Kommittenten nur in wenigen Fällen, und auch da nicht in erheblichem Umfange, verbessert. —

Hiermit kann ich die Erörterungen über die zivilrechtlichen Vorschriften des Bankdepotgesetzes abschließen.

Die §§ 9—12 des Gesetzes, lautend:

§ 9. Wenn ein Kaufmann über Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art, welche ihm zur Verwahrung oder als Pfand übergeben sind, oder welche er als Kommissionär für den Kommittenten in Besitz genommen hat, außer dem Falle des § 246 des Strafgesetzbuchs zum eigenen Nutzen oder zum Nutzen eines Dritten rechtswidrig verfügt, wird er mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der gleichen Strafe unterliegt, wer der Vorschrift des § 8 zum eigenen Nutzen oder zum Nutzen eines Dritten vorsätzlich zuwiderhandelt.

Ist der Thäter ein Angehöriger (§ 52 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs) des Verletzten, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig. Der § 247 Absatz 2 und 3 des Strafgesetzbuchs findet entsprechende Anwendung.

§ 10. Ein Kaufmann, welcher seine Zahlungen eingestellt hat oder über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wenn er den Vorschriften des § 1 Ziffer 1 oder 2 vorsätzlich zuwidergehandelt hat und dadurch der Berechtigte bezüglich des Anspruches auf Aussonderung der von jenem zu verwahrenden Wertpapiere benachteiligt wird, desgleichen wenn er als Kommissionär den Vorschriften der §§ 3 oder 5 vorsätzlich zuwidergehandelt hat und dadurch der Berechtigte bezüglich des Anspruches auf Aussonderung der von jenem eingekauften, eingetauschten oder bezogenen Wertpapiere benachteiligt wird.

§ 11. Ein Kaufmann, welcher seine Zahlungen eingestellt hat oder über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, wird mit Zuchthaus bestraft, wenn er im Bewußtsein seiner Zahlungsunfähigkeit

oder Ueberschuldung fremde Wertpapiere, welche er im Betriebe seines Handelsgewerbes als Verwahrer, Pfandgläubiger oder Kommissionär in Gewahrsam genommen, sich rechtswidrig zugeeignet hat.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§ 12. Die Strafvorschrift des § 9 findet gegen die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sowie gegen die Liquidatoren einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft Anwendung, wenn sie in Ansehung von Wertpapieren, die sich im Besitze der Gesellschaft oder Genossenschaft befinden oder von dieser einem Dritten ausgeantwortet sind, die mit Strafe bedrohte Handlung begangen haben.

Die vorbezeichneten Personen werden, wenn die Gesellschaft oder Genossenschaft ihre Zahlungen eingestellt hat, oder wenn über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, bestraft

1. gemäß § 10, wenn sie den Vorschriften des § 1 Ziffer 1 oder 2 oder den Vorschriften der §§ 3 oder 5 vorsätzlich zuwidergehandelt haben und dadurch der Berechtigte bezüglich des Anspruches auf Aussonderung der von der Gesellschaft oder Genossenschaft zu verwahrenden oder von ihr eingekauften, eingetauschten oder bezogenen Wertpapiere benachteiligt wird,
2. gemäß § 11, wenn sie im Bewußtsein der Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung der Gesellschaft oder Genossenschaft fremde Wertpapiere, welche von dieser als Verwahrer, Pfandgläubiger oder Kommissionär in Gewahrsam genommen sind, sich rechtswidrig zugeeignet haben.

enthalten strafrechtliche Vorschriften, welche meist im Obigen bereits gestreift sind, und zu welchen hier nur folgendes hervorgehoben sei:

Es ist nachdrücklichst darauf aufmerksam zu machen, daß die „rechtswidrige Verfügung“ nach dem ersten Satze des § 9 auch die rechtswidrige Verpfändung umfaßt, daß aber jene Verfügung, wie in der Begründung der Regierungsvorlage zu § 10 (jetzt § 9) ausdrücklich hervorgehoben ist (Begr. S. 89; vgl. aber auch § 59 StrGB.), nicht nur objektiv rechtswidrig, sondern auch subjektiv vorsätzlich erfolgt sein muß, und daß ferner das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit auf Seiten des Thäters erfordert wird (Begr. S. 89). Die objektive Rechtswidrigkeit fehlt selbstverständlich da, wo die „Verfügung in Ausübung eines bestehenden Rechts“ vorgenommen wird, wie z. B. der Zwangsverkauf des Kommissions-

gutes oder des Faustpfandes auf Grund der Artikel 375 und 310 des Handelsgesetzbuchs" (Begr. eod.).

Auch die Vorschrift im Abs. 2 des § 9 setzt voraus, daß der Thäter nicht nur „zum eigenen Nutzen oder zum Nutzen eines Dritten“ vorsätzlich gehandelt hat, was zum Ausdruck gelangt ist, sondern daß er auch, was nicht besonders ausgedrückt ist, im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gegen die Vorschriften des § 8 gefehlt hat.

Im § 10 ist die Thatsache der Zahlungseinstellung oder Konkursöffnung für die beiden dort näher bezeichneten Thatbestände Voraussetzung der Strafbarkeit. (Zu § 10 vgl. oben S. 25 sub 2.)

Zu § 11 (früher § 12) wird in der Begründung der Regierungsvorlage (S. 90) hervorgehoben, „daß die zur Zeit der rechtswidrigen Zueignung bestehende Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung zu derjenigen Zahlungseinstellung oder Konkursöffnung geführt“ haben müsse, die als zweites Thatbestandsmerkmal in Betracht kommt. —

Zu § 12 lautet:

§ 12. Die Strafvorschrift des § 9 findet gegen die Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sowie gegen die Liquidatoren einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft Anwendung, wenn sie in Ansehung von Wertpapieren, die sich im Besitze der Gesellschaft oder Genossenschaft befinden oder von dieser einem Dritten ausgeantwortet sind, die mit Strafe bedrohte Handlung begangen haben.

Die vorbezeichneten Personen werden, wenn die Gesellschaft oder Genossenschaft ihre Zahlungen eingestellt hat, oder wenn über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist, bestraft

1. gemäß § 10, wenn sie den Vorschriften des § 1 Ziffer 1 oder 2 oder den Vorschriften der §§ 3 oder 5 vorsätzlich zuwidergehandelt haben und dadurch der Berechtigte bezüglich des Anspruches auf Aussonderung der von der Gesellschaft oder Genossenschaft zu verwahrenden oder von ihr eingekauften, eingetauschten oder bezogenen Wertpapiere benachteiligt wird,
2. gemäß § 11, wenn sie im Bewußtsein der Zahlungsunfähigkeit oder Ueberschuldung der Gesellschaft oder Genossenschaft fremde Wertpapiere, welche von dieser als Verwahrer, Pfandgläubiger oder Kommissionär in Gewahrsam genommen sind, sich rechtswidrig zueignet haben.

mag hervorgehoben werden, daß es zur Bestrafung der hier hervorgehobenen Personen (Mitglieder des Vorstandes einer Aktiengesell-

schaft zc.) anseicht, aber auch erforderlich ist, daß sich der Thatbestand in ihrer Person erfüllt, sie müssen die mit Strafe bedrohte Handlung selbst begangen haben (allein oder mit Anderen), oder zu ihrer Begehung angestiftet oder hierzu mit Rat oder That vorsätzlich Hülfe geleistet haben, sie können aber nicht bestraft werden, wenn ohne ihr Wissen die mit Strafe bedrohte Handlung seitens eines unteren Beamten der Aktiengesellschaft, Genossenschaft zc. zc. begangen worden ist.

Der § 13 giebt zu Erläuterungen keinen Anlaß. Derselbe lautet (unter Beifügung der Schlußformeln und Unterschriften) wie folgt:

§ 13. Dieses Gesetz findet auf diejenigen Klassen von Kaufleuten keine Anwendung, für welche gemäß Artikel 10 des Handelsgesetzbuchs die Vorschriften über die Handelsbücher keine Geltung haben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Odde, an Nord M. D. „Hohenzollern“, den 5. Juli 1896.

(L. S.)

Wilhelm.

von Boetticher.

III. Resultat der Erörterungen.

Fassen wir zum Schluß das Resultat unserer Erörterungen kurz zusammen:

Es wäre unbillig, bei der Beurteilung des Gesetzes außer Acht zu lassen, daß es den, soweit ich sehen kann, ersten, noch in keinem anderen Lande unternommenen, Versuch einer umfassenden gesetzlichen Regelung des Bankdepotwesens darstellt. Es kann also in keiner Weise befremden, wenn dieser erste Versuch nicht alle Anforderungen befriedigt, welche man an eine solche gesetzliche Regelung glaubt stellen zu können und zu müssen.

Dies vorausgeschickt, hoffe ich nicht mißverstanden zu werden, wenn ich es für meine Pflicht halte, auf im Verlaufe der Arbeit schon mehrfach erwähnte Lücken und Mängel des Gesetzes an dieser Stelle nochmals besonders aufmerksam zu machen:

Das Gesetz hat das Aussonderungsrecht der Eigentümer von Wertpapieren in den Fällen des § 1 (reguläres Depot und Verpfändung) durch die Vorschrift gesonderter Aufbewahrung und Nummerneintragung auf einen festeren Boden gestellt und keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß in diesen Fällen, soweit nicht ein besonderer Rechtsgrund vorliegt (zweiter Absatz des § 2; vgl. oben S. 14/15), kein, wie immer geartetes, Verfügungsrecht des Kommissionärs besteht.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß dieses reguläre Bankdepot seit dem Inkrafttreten des Gesetzes aus den oben (insbesondere S. 24/25, 39, 45—48) erwähnten Gründen in immer wachsendem Umfange zurückgegangen ist und zurückgeht, und zwar zu Gunsten des depositum irregulare einerseits und des Stückkontos des Kommissionärs andererseits, und es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß wenigstens einen Teil der Schuld an diesem vom Gesetzgeber sicherlich nicht beabsichtigten Resultat die Vorschriften des Gesetzes selbst tragen, insbesondere die des § 2 Abs. 2 und die weit über

den Regierungsentwurf hinausgehenden und mit erheblichen Strafandrohungen gesicherten Bestimmungen des § 8 (s. oben S. 45—48).

Was aber die Fälle des § 3 — Einkaufskommission — und die des § 8 angeht (Uebersendung von Papieren oder Weitergabe eines Anschaffungsauftrages seitens des Lokalbankiers an einen Zentralbankier), so ist eine Erweiterung des Aussonderungsrechts der Kommittenten nicht, oder doch nicht in irgend erheblichem Umfange, durch das Gesetz erreicht worden. Die Vorschriften des § 8 konnten auch wohl dieses wünschenswerte Ziel kaum erreichen, weil man sich m. E. eine unerfüllbare Aufgabe stellte, wenn man erwartete, es lasse sich mit generellen Mitteilungen des Inhalts, daß die übersandten Papiere „fremde seien“, oder daß die Anschaffung „für fremde Rechnung geschehe“, ein spezieller Schutz bestimmter, in diesen Mitteilungen gar nicht genannter Personen herbeiführen. Die Zwecklosigkeit dieses Versuches wird wohl am schlagendsten dann erwiesen sein, wenn die oben (S. 51/52 und S. 56/57) für die Hauptfälle des § 8, die Weitergabe einer Verkaufskommission und einer Einkaufskommission, aufgestellte Behauptung als richtig zugegeben werden muß, wonach in diesen beiden praktisch wichtigsten Fällen das Aussonderungsrecht des Kommittenten auch nach dem Inkrafttreten des Bankdepotgesetzes genau ebenso zu beurteilen ist, wie wenn die Mitteilungspflicht nach § 8 gar nicht existierte.

Ob man überhaupt eine Erweiterung des Aussonderungsrechts der Kommittenten ohne grundsätzliches Abgehen von den aus Art. 360 Abs. 2 des HGB. gezogenen und zu ziehenden Folgerungen wird erreichen können — gegen eine solche Umkehr von den bisher maßgebenden Grundsätzen sprechen aber auch gewichtige Bedenken — erscheint mir in hohem Grade zweifelhaft. —

Ungeachtet aller dieser Einwendungen wäre es verfrüht, also übereilt, ein abschließendes Urteil über das Gesetz und seine voraussichtlichen Wirkungen abgeben zu wollen. Es wird abzuwarten sein, ob nicht die Gesamtwirkung des Gesetzes in der Praxis eine günstigere werden wird, als dies heute theoretisch angenommen werden kann. —

Anlage 2. *)

, den

189

Ich erlaube Sie hiermit, nachstehende Aufträge für mich in
Nota zu nehmen, nämlich
den Ankauf von

den Verkauf von

die Prolongation von

Ich erkläre mich mit der Art der Hinterlegung der anzuschaffenden
resp. zu prolongierenden Papiere gemäß § 2 des Gesetzes vom 5. Juli
1896 (**Rückgewähr gleichartiger Wertpapiere, siehe unten-
stehenden Abdruck**) einverstanden und entbinde Sie von den Be-
stimmungen der §§ 3 und 4 des gleichen Gesetzes (**siehe gleichfalls
untenstehenden Abdruck**).

Von der Ausführung wollen Sie mich _____ unterrichten.

Hochachtung

§ 2. Eine Erklärung des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt wird, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren oder über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen, ist, falls der Hinterleger oder Verpfänder nicht gewerbsmäßig Bank- oder Wechselergeschäfte betreibt, nur gültig, soweit sie für das einzelne Geschäft ausdrücklich und schriftlich abgegeben wird.

Wird der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der in § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren, so finden die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung.

§ 3. Der Kommissionär (Artikel 360, 378 des Handelsgesetzbuchs), welcher einen Auftrag zum Einkauf von Wertpapieren der im § 1 bezeichneten Art ausführt, hat dem Kommittenten binnen drei Tagen ein Verzeichnis der Stücke mit Angabe der Gattung, des Nennwertes, der Nummern oder sonstiger Unterscheidungsmerkmale zu übersenden. Die Frist beginnt, falls der Kommissionär bei der Anzeige über die Ausführung des Auftrags einen Dritten als Verkäufer namhaft gemacht hat, mit dem Erwerb der Stücke, andernfalls mit dem Ablauf des Zeitraums, innerhalb dessen der Kommissionär nach der Erstattung der Ausführungsanzeige die Stücke bei ordnungsmäßigem Geschäftsgange ohne schuldhafte Verzögerung beziehen konnte.

Ein Verzicht des Kommittenten auf die Uebersendung des Stückerzeichnisses ist, falls der Kommittent nicht gewerbsmäßig Bank- oder Wechselergeschäfte betreibt, nur dann wirk- sam, wenn er bezüglich des einzelnen Auftrags ausdrücklich und schriftlich erklärt wird.

Soweit die Auslieferung der eingekauften Stücke an den Kommittenten erfolgt oder ein Auftrag des Kommittenten zur Wiederveräußerung ausgeführt ist, kann die Uebersendung des Stückerzeichnisses unterbleiben.

§ 4. Ist der Kommissionär mit Erfüllung der ihm nach den Bestimmungen des § 3 ob- liegenden Verpflichtungen im Verzuge und holt er das Versäumte auf eine danach an ihn ergangene Aufforderung des Kommittenten nicht binnen drei Tagen nach, so ist der Kommittent berechtigt, das Geschäft als nicht für seine Rechnung abgeschlossen zurückzuweisen und Schaden- ersatz wegen Nichterfüllung zu beanspruchen.

Die Aufforderung des Kommittenten verliert ihre Wirkung, wenn er dem Kommissionär nicht binnen drei Tagen nach dem Ablaufe der Nachholungsfrist erklärt, daß er von dem im Absatz 1 bezeichneten Rechte Gebrauch machen wolle.

*) Vgl. E. 17/18 sub a.

Rießer, Bankdepotgesetz.

Anlage 2a. *)

, den

189

Ich erkläre hiermit ausdrücklich mein Einverständnis damit, daß Sie mir an Stelle der bei Ihnen deponierten

im Sinne und gemäß § 2 des Gesetzes vom 5. Juli 1896 (**siehe untenstehenden Abdruck**) gleichartige Wertpapiere zurückgewähren, oder daß Sie auch gemäß dem eben angezogenen § 2 des Gesetzes über die Papiere zu Ihrem Nutzen verfügen.

Hochachtend

§ 2. Eine Erklärung des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt wird, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren oder über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen, ist, falls der Hinterleger oder Verpfänder nicht gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, nur gültig, soweit sie für das einzelne Geschäft ausdrücklich und schriftlich abgegeben wird.

Wird der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der in § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren, so finden die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung.

*) Vgl. E. 17/18 sub a.

Anlage 3. *)

An

Hiermit überfende
übergebe ich Ihnen in Gemäßheit Ihrer von mir
vollzogenen Kontokorrentbedingungen:

Auf Grund des § 2 des Gesetzes betreffend die Pflichten der
Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere vom 5. Juli 1896
lautend:

Eine Erklärung des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche
der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt wird, an Stelle hinter-
legter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art
gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren oder über die Papiere zu
seinem Nutzen zu verfügen, ist, falls der Hinterleger oder Verpfänder
nicht gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, nur
gültig, soweit sie für das einzelne Geschäft ausdrücklich und schriftlich
abgegeben wird.

Wird der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt, an Stelle
hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art
gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren, so finden die Bestimmungen
des § 1 keine Anwendung.

erteile ich Ihnen für obige Wertpapiere hiermit ausdrücklich und
schriftlich die in dem obengedachten § 2 bezeichneten Ermächtigungen.

, den 18

*) Vgl. E. 17/18 sub a.

Anlage 4. *)Auftragsformular.

Hiermit beauftrage ich Sie, unter ausdrücklichem Verzicht auf Uebersendung des Stückverzeichnis, für meine Rechnung zu **kaufen**:

und erliche Sie, mir die auf Grund dieser Order angeschafften Papiere auf Ihrem Stückkonto gutzuschreiben.

Sollten diese Papiere demnächst in mein Depot übergehen, so ertheile ich Ihnen auf Grund des § 2 des Bantdepotgesetzes vom 5. Juli 1896, lautend:

Eine Erklärung des Hinterlegers oder Verpfänders, durch welche der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt wird, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren oder über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen, ist, falls der Hinterleger oder Verpfänder nicht gewerbsmäßig Bank- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, nur gültig, soweit sie für das einzelne Geschäft ausdrücklich und schriftlich abgegeben wird.

Wird der Verwahrer oder Pfandgläubiger ermächtigt, an Stelle hinterlegter oder verpfändeter Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren, so finden die Bestimmungen des § 1 keine Anwendung.

hiermit ausdrücklich hinsichtlich dieser Papiere und für dieses einzelne Geschäft die in vorstehendem § 2 bezeichneten Ermächtigungen.

_____, den _____ 18____

*) Bgl. E. 17/18 sub a.

Anlage 5. *)Schreiben von Bankier zu Bankier.

Zu Gemäßheit des Gesetzes betreffend die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung von fremden Wertpapieren ermächtige $\frac{\text{ich}}{\text{wir}}$ Sie — und zwar mit Rücksicht darauf, daß $\frac{\text{ich}}{\text{wir}}$ gewerbsmäßig Bank- bzw. Geldwechslergeschäfte betreibe, ein für alle Mal — an Stelle bei Ihnen hinterlegter oder verpfändeter Papiere $\frac{\text{mir}}{\text{uns}}$ gleichartige Wertpapiere zurückzugewähren. Bei Aufträgen zum Einkauf von Wertpapieren verzichte $\frac{\text{ich}}{\text{wir}}$ auf die Uebersendung eines Stückeverzeichnisses. $\frac{\text{Ich}}{\text{Wir}}$ behalte $\frac{\text{mir}}{\text{uns}}$ vor in besonderen Fällen hievon abweichende Verfügung zu treffen.

Hochachtungsvoll

*) Vgl. S. 19/20 sub 5.

Anlage 6. *)

Juli 1896.

Herr _____

Mit Rücksicht auf das am 30. Juli d. J. in Kraft tretende Bankdepotgesetz beehren wir uns, Ihnen in Gemäßheit der von einer Vereinigung hiesiger Bankiers und Banken gefassten Beschlüsse Nachstehendes ergebenst mitzuteilen:

Es können für unsere Kommittenten im laufenden Geschäftsverkehr lediglich zwei Depots geführt werden: dem einen, **Depot „A“**, werden diejenigen Effekten einverleibt, welche uns nicht als fremde bezeichnet werden, uns also in Gemäßheit unserer Geschäftsbedingungen für alle unsere Forderungen gegen den betreffenden Kommittenten haften, dem anderen, **Depot „B“**, diejenigen Effekten, die uns ausdrücklich als fremde bezeichnet werden.

Die im Depot „B“ befindlichen Effekten sind ihrer Natur nach nicht geeignet, im laufenden Geschäft als Kreditunterlage zu dienen.

Weiter ist beschlossen worden, den Herren Kommittenten mitzuteilen:

Wenn uns Bankiers Aufträge zum Ankauf von Wertpapieren mit der Erklärung erteilen, daß die Anschaffung **für fremde Rechnung** erfolge, ohne daß zugleich der volle Kaufpreis berichtigt wird, so können und werden wir solche Aufträge nur unter der Bedingung ausführen, daß wir von der Ueberjendung des Stückerzeichnisses befreit sind. Diese Befreiung hat zur Folge, daß die angeschafften Effekten von uns nicht für den Auftraggeber in Verwahrung und Besitz genommen werden, sondern ihm lediglich auf unserem Stückerkonto ohne Nummernangabe gutgeschrieben, also auf keinem der beiden Depotkonti verbucht werden. Der Auftraggeber erwirbt also lediglich eine Forderung gegen uns auf Herausgabe der Stücke gegen Vollzahlung des Kaufpreises. Ist aber der volle Kaufpreis auf die angeschafften Wertpapiere berichtigt, sei es durch besondere Anschaffungen, sei es durch Belastung im Kontokorrent auf Grund getroffener Vereinbarungen, so wird das Stückerzeichnis dem Gesetze gemäß überhandt, und erfolgt alsdann der Eigentumsübergang auf den Auftraggeber, bezw. die Zuführung der Stücke zum **Depot „B“**.

Wir ersuchen Sie, uns gest. Ihr Einverständnis mit Obigem und namentlich bestätigen zu wollen, daß wir, falls Sie uns beauftragen, Effekten in Kommission bezw. für fremde Rechnung anzuschaffen, ohne daß gleichzeitig der volle Kaufpreis in obengedachter Weise berichtigt wird, ein für allemal von der Ueberjendung des Stückerzeichnisses befreit sind, wobei wir Ihnen anheimgeben, sich vor Erteilung der betreffenden Ordre an uns für jeden einzelnen Fall die gleiche Befreiung auch von Ihrem Herrn Kommittenten zu beschaffen.

Ferner bitten wir Sie, betreffs der unter uns für Sie **an fremden Plätzen** lagernden Effekten und der künftig etwa für Sie **an fremden Plätzen** zu kaufenden oder zu empfangenden Effekten, die in § 2 des Bankdepotgesetzes vorgesehene Erklärung uns generell zu erteilen, wodurch Sie sich einverstanden erklären, daß wir an Stelle der ursprünglichen Wertpapiere gleichartige (andere Nummern) zurückgewähren, und endlich für solche Fälle uns von Lieferung der Stückerzeichnisse in Gemäßheit des Gesetzes generell zu entbinden.

*) Vgl. S. 26 Anm. 1 u. S. 38, 39, 47.

Sachregister.

Die größeren Zahlen beziehen sich auf die Seiten, die kleinen Zahlen auf die Anmerkungen.

- Aktien**, als vertretbare Wertpapiere 12.
Anfechtung der gemäß § 2 aufgestellten formlosen oder generellen Ermächtigungen 19, 20.
Anstellungs-Geschäft an Stelle des Kommissionsgeschäfts 28.
Ansantwortung fremder Wertpapiere i. Ueberfendung.
Ausdrückliche Ermächtigung im Sinne des § 2 16/17.
Ausländische Bankiers, ob die Mitteilungs-pflicht des § 3 auch diesen gegenüber besteht 55, 56.
Aussonderungsanspruch des Hinterlegers in den Fällen des § 2 ausgeschlossen 25.
 — des Kommittenten bei Weitergabe
 a) einer Einkaufskommission 56-58.
 — — b) einer Verkaufskommission 51/52.
Banknoten, von den Vorschriften des § 1 ausgenommen 12.
Belastung im Kontokorrent läßt nicht ohne weiteres auf die Absicht schließen, den Kaufpreis zu stunden 30^a.
Beratung des Bankdepotgesetzes 5/6.
Berliner Vereinigung von Banken und Bankinstituten, Beschlüsse derselben vom 21. Juli 1896 26¹, 38, 39, 47.
Besitzübertragung bei der Einkaufskommission 31.
Bisheriger Rechtszustand im Bankdepotwesen 2-4.
Constitutum possessorium 31.
Depositum irregulare im Falle der Ermächtigungen nach § 2: 20-24.
Depotbücher, Fortbenutzung der vorhandenen 13.
Depotnummernbuch 11.
Dispositionsrecht des Lokalbankiers über die von ihm dem Zentralbankier als fremde übergebenen Papiere 48-51.
 — des Verwahrers und Pfandgläubigers 14, 15.
Eigentumsübergang der vom Kommissionär angeschafften Stücke auf den Kommittenten spätestens mit Ueberfendung des Stückverzeichnisses 33.
Einkaufskommission (§ 3) 28-40.
 — Bisheriger Rechtszustand 29-31.
 — Tzeitiger Rechtszustand 31-40.
 — Weitergabe einer solchen 52-58.
 — Aussonderungsrecht des Kommittenten im Falle der Weitergabe einer Einkaufskommission 56-58.
Ermächtigungen des § 2: 16-26.
 — Form derselben 16-20.
 — — Rechtsfolgen 20-22 und zwar:
 a) der Ermächtigung, gleichartige Papiere zurückzugewähren 20.
 b) der Ermächtigung des Verwahrers und Pfandgläubigers, über die Papiere zu seinem Nutzen zu verfügen 20-22.

- Erneuerungsscheine (Talons) als vertretbare Wertpapiere 12.
- Form der Ermächtigungen nach § 2: 16-20.
 a) für den Nichtbankier 16-18.
 b) für den Bankier 18-20.
- Frist zur Erfüllung der Vorschriften des § 1 Ziffer 1 und 2: 15, 16.
- Generelle Ermächtigungen nach § 2 nur Bankiers gestattet 18.
- Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Strafbarkeit nach § 9: 60.
- Handelsbücher s. Depotbücher.
- Interimscheine, als vertretbare Wertpapiere 12.
- Irreguläres Depot s. depositum irregulare.
- Kaufmann, Begriff (§ 1) 11¹.
- Kommission zur Vorberatung des Gesetzesentwurfs 4¹.
- Kommissionär, Ablehnung als solcher zu handeln, Abschluß reiner Kauf- und Verkaufsgeschäfte 27, 28.
- Kommissionsweise Ausführung von Aufträgen, Ablehnung derselben 27, 28.
- Konnossemente, als nicht vertretbare Wertpapiere 12.
- Kontokorrent, Belastung in demselben läßt nicht ohne weiteres auf die Absicht schließen, den Kaufpreis zu stunden 30³.
- Kuge, als vertretbare Wertpapiere 12.
- Ladescheine, als nicht vertretbare Wertpapiere 12.
- Lagerscheine, als nicht vertretbare Wertpapiere 12.
- Lagerpfandscheine, als nicht vertretbare Wertpapiere 12.
- Liquidation einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, Strafbarkeit nach § 9: 60.
- Minderkaufleute, auf diese ist das Gesetz unanwendbar 11¹, 61.
- Mitteilungspflicht nach § 8 bei Uebersendung fremder Wertpapiere an einen Zentralbankier oder bei Weitergabe einer Einkaufskommission, Rechtsfolgen und praktische Wirkungen 41-57.
 — nach § 8 auch dem ausländischen Bankier gegenüber 55-56.
- Nummernaufgabe bei regulär deponierten oder verpfändeten Wertpapieren 14¹.
- Offerten s. Anstellungsverträge.
- Papiergeld, von den Bestimmungen des § 1 ausgenommen 12.
- Pfandgläubiger, Pflichten und Rechte des, 11-16.
- Pfandrecht, Einschränkung desselben bezüglich der dem Zentralbankier mit der Mitteilung des § 8 übergebenen oder von ihm für fremde Rechnung neu beschafften Papiere 44, 45.
- Publikation des Bankdepotgesetzes s. Veröffentlichung.
- Rechtsfolgen der Ermächtigungen nach § 2 s. Ermächtigungen.
- Rechtszustand, Lücken und Mängel des vor dem Depotgesetz auf dessen Gebiet vorhanden gewesenen 2-4.
- Reguläres Depot (§ 1) 10-16.
 — — Niedergang desselben 26, 39.
- Retentionsrecht s. Zurückbehaltungsrecht.
- Rückwirkung des § 1: 15.
- Sammeldepots 12, 13, 13².
- Schriftliche Ermächtigung nach § 2: 18.
- Schuldverschreibungen, auf Namen und nicht indossabel, als nicht vertretbare Wertpapiere 12.
- Schuldverschreibungen, auf Inhaber lautende oder indossabel, als vertretbare Wertpapiere 12.

- Selbstkontrahent**, Wegfall der Mitteilungsspflicht des § 8 für den als Selbstkontrahent (Verkäufer) eingetretenen Totalbankier 53, 54.
- Spätester Zeitpunkt des Eigentumsübergangs** der kommissionsweise angekauften Papiere auf den Kommittenten 33, 34.
- Strafvorschriften** des Bankdepotgesetzes 15/16; 58-60.
- Stückkonto**, Verwandlung des bisherigen in ein Depot 15¹.
- der Zentralbankier ist bei der Anschaffungskommission durch sein Stückkonto nur bis zur Höhe des Anschaffungspreises, nicht des Kurswertes gesichert 57¹.
 - — Kreditierung auf dem Stückkonto des Kommissionärs 35.
 - Verdrängung des regulären Depots durch das Stückkonto des Kommissionärs 39, 40.
- Stückverzeichnis**. Keine Pflicht zur Ueberendung eines solchen bei regulärem Depot und Verpfändung 13, 14.
- Pflicht zur Ueberendung eines solchen durch den Einkaufskommissionär (§ 3) 28, 29.
 - Form desselben und Frist für die Ueberendung 31, 32.
 - Unterzeichnung 32, 33.
 - Wegfall desselben 33.
 - Rechtsfolgen der Ueberendung 33, 34.
 - Rechtsfolgen der Nichtüberendung 34.
 - — des Verzichts auf die Ueberendung 34-40.
- Stundung**, Absicht einer solchen folgt nicht notwendig aus der Belastung im Kontokorrent 30³.
- Talons** s. Erneuerungsscheine.
- Ueberendung** des Stückverzeichnisses s. Stückverzeichnis.
- fremder vertretbarer Wertpapiere an einen Dritten, Mitteilungspflicht: § 8 Abs. 1 Satz 1: 41-44.
- Umtausch**, Ueberendung fremder Wertpapiere an Zentralbankiers zum Zwecke des Umtausches (§ 8) 45-52.
- Unterzeichnung** des Stückverzeichnisses 32, 33.
- Veräußerung**, Ueberendung fremder Wertpapiere an Zentralbankiers zum Zwecke der Veräußerung (§ 8) 45-52.
- Verfügungen**, Rechte und Pflichten des Verwahrers oder Pfandgläubigers zu solchen 14, 15, 16.
- Verfügungsrecht** s. Dispositionsrecht.
- Verkaufskommission**, Weitergabe einer solchen (§ 8 Abs. 1) 41-52.
- — — Aussonderungsrecht 51, 52.
- Verkündigung** des Bankdepotgesetzes 5, 6.
- Formelle Mängel der Verkündigung und Rechtsfolgen 6-8.
- Vermengungsdepositum** 13².
- Verpfändung** vertretbarer Wertpapiere 10-16.
- Verschlossene Depots** 15.
- Vertretbare Wertpapiere**, Begriff 12.
- Verwahrer**, Pflichten und Rechte des 11-16.
- Verwaltungshandlungen**, Rechte und Pflichten des Verwahrers oder Pfandgläubigers zu solchen 14, 15.
- Verzeichnisse**, Bezugnahme auf neben dem Depotnummernbuch geführte 11.
- Verzicht** auf Ueberendung des Stückverzeichnisses:
- a) im Falle des § 3: 33-40.
 - b) im Falle des § 5: 40.
- Verzug** des Kommissionärs mit Erfüllung der Verpflichtungen des § 3: 40.
- Vorsätzliche Nichtüberendung** des Stückverzeichnisses, Rechtsfolgen 34.
- Vorstand** einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, Strafbarkeit desselben im Falle des § 9: 60.

- Wechsel, als nicht vertretbare Wertpapiere 12.
 Weitergabe einer Einkaufskommission:
 § 8 Abs. 1 Satz 2: 41.
 — — Begriff und Voraussetzungen 52-56.
 — — Mitteilungspflicht, Rechtsfolge 44, 45.
 Wertpapiere, vertretbare, Begriff 12.
 Zentralbankier, Uebergabe von Papieren oder Weitergabe einer Einkaufskommission an einen solchen 41-52.
 Zentralbankier, Einschränkung des ihm zustehenden Pfand- und Retentionsrechts 44, 45.
 Zurückbehaltungsrecht, Einschränkung des dem Zentralbankier an den für fremde Rechnung angeschafften Papieren zustehenden 44, 45.
 Zurücknahme der Ermächtigungen nach § 2: 19.
 Zwangsverkauf des Kommissionsguts keine rechtswidrige Verfügung 59.
 Zweck des § 1: 11.
 — des § 2: 16.

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35.

Kommentar
zum
Preussischen Stempelsteuergesetz
nebst Tarif
vom 31. Juli 1895.

Mit Tabellen, den gesamten Ausführungsbestimmungen, dem
Reichsstempelgesetz, dem Erbschaftssteuergesetz
und
einem Anhang:

Die den Notaren als Amtsstellen der Steuerverwaltung zustehenden
Befugnisse und obliegenden Verpflichtungen.

Von

Ernst Seinitz,

Rechtsanwalt am Landgericht I zu Berlin.

1896. Lexikon-Ottav. Mart 12.—; in eleg. Halbfranzband Mart 14.—.

„... Gründlichkeit und Vollständigkeit der Behandlung, Durcharbeitung, kritische Sichtung und übersichtliche Ordnung des reichen Stoffes, klare und dabei scharfe Fassung des Vortrages machen das Buch zu einem unentbehrlichen Repertorium, Nachschlagebuch und Ratgeber für alle mit dem Stempelrecht befaßten Beamten, Behörden, Vereine etc.“
(Juristisches Literaturblatt.)

„... Die Erläuterungen beweisen, daß der Verf. das schwierige Gebiet der Stempelsteuer im ganzen Umfange von Grund aus beherrscht, sie sind von anerkannter wissenschaftlicher Gründlichkeit und Schärfe und eknen bisher auf diesem Gebiete nicht erreichten Vollständigkeit, niemals Kritik überg, ohne die etwa abweichende eigene Auffassung eingehend zu begründen. Zu verschiedenen Fragen werden ganz neue Gesichtspunkte geltend gemacht. ... Besondere Sorgfalt ist auf die Erläuterung des Zusammenhanges der Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes unter einander und mit den einschlägigen Bestimmungen des bürgerl. Rechts verwendet, wobei stets neben dem W.R. auch das gemeine und das französische Recht herangezogen ist. Das gebotene Material ist vollständig. Die drei Ausf.-Verordn. sind hinter dem Kommentar zusammenhängend abgedruckt und inhaltlich in die Erläuterungen eingeflochten. ... Die einschlägigen Bestimmungen anderer Gesetze sind zwischen den Erläuterungen abgedruckt. Das Sachregister ist sehr ausführlich, der Preis des Werkes nicht hoch. Der Kommentar ist seiner ganzen Anlage nach zum Gebrauch für die Notare, die Gerichte und die mit der Verwaltung der Stempelsteuer betrauten Behörden bestimmt und wird diesen Amtsstellen ein nur selten versagender Führer sein; er wird verhindern, daß in absehbarer Zeit ein Buch in der Art des Hoyer-Waupp'schen sich wieder unentbehrlich wird machen können.“
(Verwaltungsarchiv.)

Ausführliche Prospekte gratis und franko.

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35.

Das Reichsgesetz
betreffend die
Gesellschaften mit beschränkter Haftung
vom 20. April 1892.

Mit einer Einleitung über die Entstehungsgeschichte des Gesetzes und die
Charakteristik der neuen Gesellschaftsform.

Erläutert von

Th. Sergenhahn,
† Oberlandesgerichtsrat.

Dritte, vermehrte und wesentlich veränderte Auflage

bearbeitet von

Dr. J. Liebmann,
Rechtsanwalt in Frankfurt a. M.

—◇— 1895. Preis kartoniert Mark 3.—. —◇—

„Die bereits nötig gewordene 3. Auflage bestätigt, daß der Kommentar sich bereits als ein trefflicher Führer durch das Gesetz bewährt. Die 3. Auflage ist als eine in allen Teilen noch wesentlich verbesserte zu bezeichnen. Unzweifelhaft wird das Buch trotz der zahlreichen anderen Bearbeitungen eine bevorzugte Stellung einnehmen und dauernd behaupten.“
(Deutscher Reichs-Anzeiger.)

Das Reichsgesetz,
betreffend die
Kommandit-Gesellschaften auf Aktien
und die
Aktien-Gesellschaften
vom 18. Juli 1884.

Mit einer Einleitung über die Entwicklung des Aktienrechts
und die Ergebnisse des Gesetzes.

Erläutert von

Th. Sergenhahn,
† Oberlandesgerichtsrat.

1891. Preis gebunden Mark 8.50.

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35.

Kommentare zu den strafrechtlichen Nebengesetzen.

I. Band:

Die strafrechtlichen Nebengesetze des Deutschen Reiches.

Erläutert von

Dr. M. Stenglein, Dr. H. Appelius, Dr. G. Kleinjesser,
Reichsgerichtsrat, Staatsanwalt in Gelle, Professor a. d. Univ. Kiel.

Zweite, vermehrte und wesentlich veränderte Auflage

bearbeitet von

Dr. M. Stenglein,
Reichsgerichtsrat.

1895. Preis brosch. Mark 25.—; in eleg. Halbfranzband 27.50.

Hierzu befindet sich in Vorbereitung: **Supplement** (Verf. Dr. Stenglein) enthaltend:
Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, das Börsen- und
Bankdepotgesetz u. s. w.

II. Band:

Die Preussischen Strafgesetze.

Erläutert von

M. Großhuff,

Senatspräsident beim Kammergericht,

G. Eichhorn,
Kammergerichtsrat,

Dr. H. Delius,
Landrichter.

1894. Preis brosch. Mark 17.—, in eleg. Halbfranzband Mark 19.—.

Neu: **Supplement** (das Preussische Stempelsteuergesetz, erläutert von
Kammergerichtsrat Eichhorn, enthaltend) eleg. gebunden Mark 22.—.

Die Werke, von welchen der erste Band — 2 Jahre nach Vollendung der ersten
Auflage — in völlig veränderter Gestalt und zu bedeutend vermindertem Preis bereits
in zweiter Auflage erschienen ist, umfassen sämtliche Strafgesetze außer dem Reichs-
strafgesetzbuch und bilden eine notwendige Ergänzung zu diesem. Die Werke zerfallen
in mehrere Abteilungen. Band I enthält 85, Band II 107 Gesetze.

Jeder Band bildet ein in sich abgeschlossenes Ganzes und ist apart käuflich.

Zusätzliche Prospekte gratis und franko.

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35.

Entwurf
eines
Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Dem Reichstage vorgelegt
in der vierten Session der neunten Legislaturperiode.

516 Seiten groß 8°. Mark 3.20; elegant gebunden Mark 4.—.

Für die Abonnenten der „Deutschen Juristen-Zeitung“ Mark 2.50;
elegant gebunden Mark 3.—.

Die
Reichs- und Landesgesetze

vom 24. Mai 1880 und 19. Juni 1895.

Erläutert von

Dr. J. Meisner,
Oberlandesgerichtsrat in Posen.

1894. Preis Mark 1.60.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung
in
Industrie- und Handelsstädten.

Bericht

über den

am 8. und 9. Oktober 1895 vom freien Deutschen Hochstift
zu Frankfurt am Main

veranstalteten sozialen Kongress.

1894. Preis Mark 3.20.

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35.

Kritische Betrachtungen
zum
Entwurf eines Handelsgesetzbuchs.

Vortrag,

gehalten auf dem Deutschen Anwaltstage zu Berlin
am 12. September 1896

von

Rechtsanwalt Dr. Hermann Staub.

Preis 80 Pf.

Alte und neue Formen
der
Handelsgesellschaft.

Vortrag in der Juristischen Gesellschaft zu Berlin
gehalten den 18. März 1892

von

Dr. L. Goldschmidt,

Geheimer Justizrat und ordentlicher Professor der Rechtswissenschaft
an der Universität Berlin.

1892. Preis M. 1.—.

Die Sonderrechte der Aktionäre.

Von

Rechtsanwalt Dr. Edmund Alexander.

1892. Preis Mark 4.50.

Welche Rechte
hat die
Minderheit der Aktionäre
gegenüber der Gesellschaft?

Von

Rechtsanwalt Dr. Jul. Lubszynski.

1893. Preis Mark 1.50.

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung, Berlin W. 35.

Deutsche Juristen-Zeitung.

Herausgegeben

von

Dr. P. Laband, Dr. M. Stenglein, Dr. H. Staub,
Professor. Reichsgerichtsrat. Rechtsanwalt.

Aus dem Inhalt des ersten Jahrganges:

Weissler, Rechtsanwalt, Die neuen Preussischen Kostengesetze. — Heinitz, Rechtsanwalt, Das am 1. April 1896 in Kraft getretene Preussische Stempelsteuergesetz. — Riesser, Justizrat, Die Kommissions-Beratungen über den Entwurf e. Handelsgesetzbuchs. — Liebmann, Rechtsanwalt, Das Binnenschiffahrtsgesetz. — Helfferich, Dr., Die juristische Seite der Währungsfrage. — Staub, Rechtsanwalt, Polizei und Handelsrecht. Entgegnungen hierauf von Förtsch, Reichsgerichtsrat u. Groschuff, Senatspräsident. — Weber, Prof., Die technische Funktion des Terminhandels. — Cohn, Prof., Das neue Reichsbörsengesetz. — Laband, Prof., Das Verhältnis des Handelsrechts zum bürgerl. Recht nach dem Entwurf e. Handelsgesetzbuchs. — Endemann, Syndikus, Das Depotgesetz. — Staub, Rechtsanwalt, Das Differenzgeschäft vor und nach dem Börsengesetz. — Ring, Landrichter, Das Aktienrecht in dem Entwurf e. Handelsgesetzbuchs. — Stephan, Regierungsrat, Das Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. — Petri, Bankdirektor, Der Kaufmannsbegriff nach dem Entwurf e. Handelsgesetzbuchs. — Dernburg, Prof., Diebstahl an Elektrizität. — Freund, Assessor, Zum Differenzzeinswand. — Marcus, Landgerichtsrat, Gründungsrevisoren nach dem Entwurf e. Handelsgesetzbuchs.

Ständige Rubriken:

Staub, Juristische Rundschau. Vermischtes, Vereine u. Gesellschaften. Sprechsaal. Personalien. Kritiken. Literaturbericht. Mitgeteilt von Schulz, Bibliothekar beim Reichsgericht. Die Beilage enthält Entscheidungen des Reichsgerichts, Reichsversicherungsamts, Kammergerichts, Oberverwaltungsgerichts, Bayrische, Hessische Entscheidungen u. s. w.

Die „Deutsche Juristen-Zeitung“ erscheint seit 1. Januar 1896
am 1. und 15. jeden Monats.

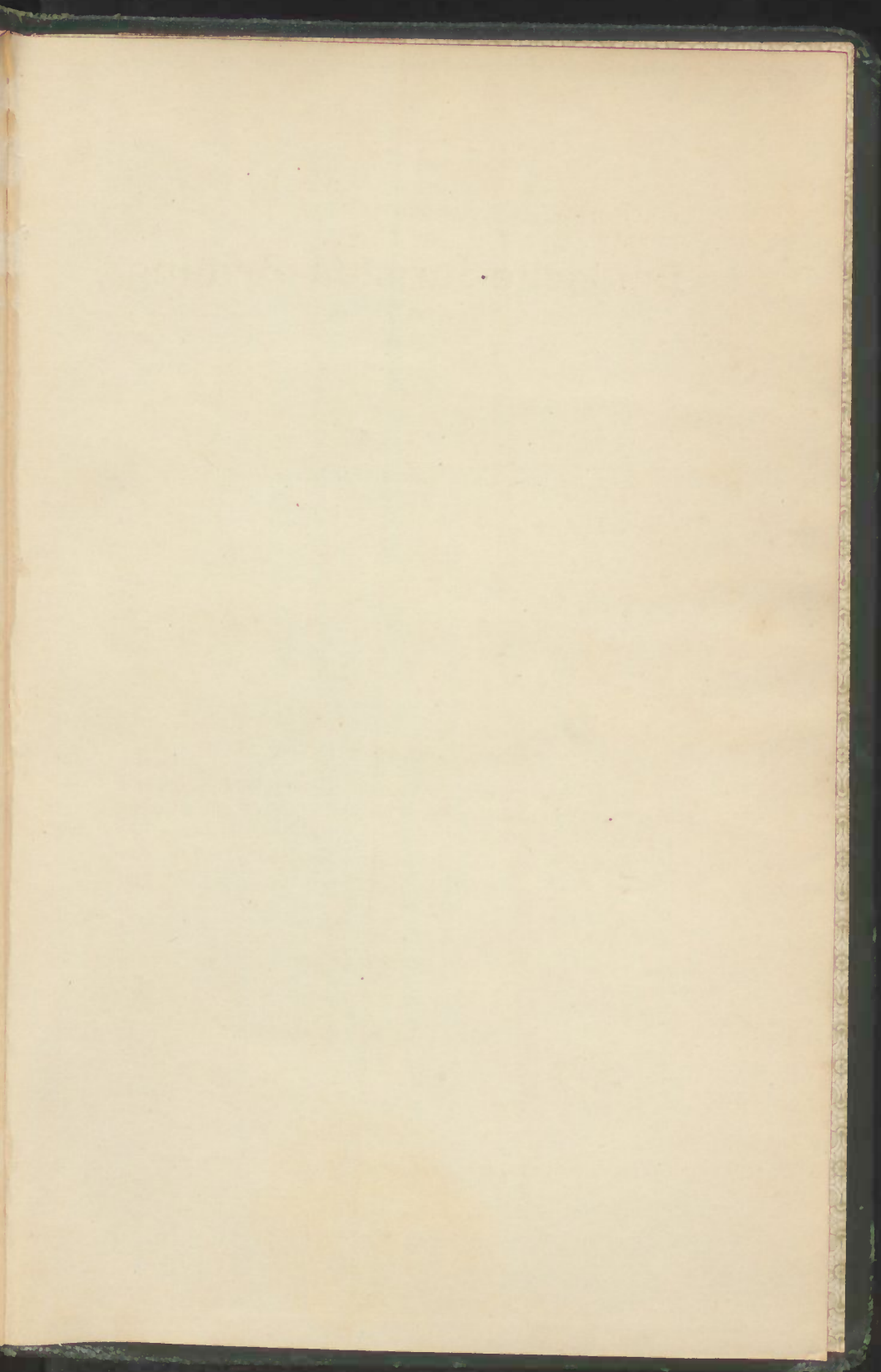
Preis Mk. 3.50 vierteljährlich.

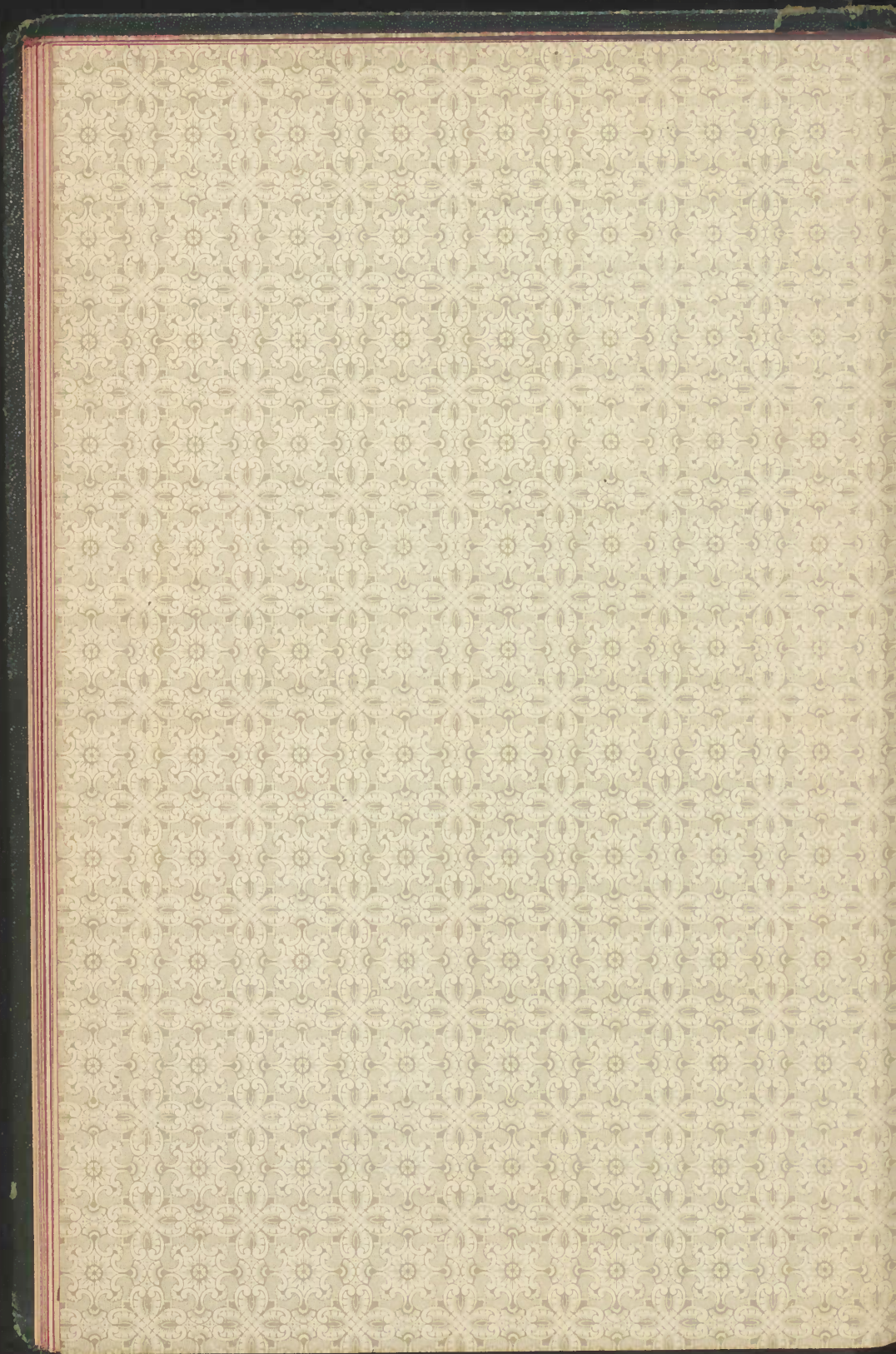
Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten (Liste 1783) u. Buchhandlungen, sowie direkt der Verlag entgegen. — Die bisher erschienenen Quartale stehen — soweit Vorrat reicht — zum Preise von à Mk. 3.50 noch zur Verfügung.

I. Jahrgang. Komplet sehr elegant geb. Mk. 16.—.

== Probenummern gratis. ==

Druck von C. W. Naumann, Leipzig.





Heine W.



206\$07968426